

ferien-tips **ferien-tips**

Studentenmagazin Mai/Juni 1974 4. Jahrgang 1,- DM

rote blätter 18

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS



**Befreites
Afrika:
Guinea-Bissau**



**Sozialistischer
Realismus**

**Bezahlt und
beauftragt
vom Großkapital:**

**RCDS -
Polizeiagenten
und Faschisten
kollaborateure**



Steffen Lehndorff

VDS Allianz – Beispiel für gesamte fortschrittliche Bewegung

Nach Verhandlungen rund um die Uhr konnte die vertagte 26. o. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften ein Aktionsprogramm verabschieden und später einen Vorstand wählen. Die Astenvertreter wählten einen VDS-Vorstand, dem jeweils ein Vertreter des SHB, des LHV, der Juso-Hochschulgruppen und des MSB Spartakus angehören.

Diese Einigung zwischen Gruppen, die große politische und weltanschauliche Unterschiede haben auf gemeinsame Aktivitäten gegen Großkapital und Reaktion ist ein großer Erfolg. Die Verwirklichung dieses Aktionsprogramms, das von Sozialdemokraten, linksliberalen Studenten und dem MSB SPARTAKUS getragen wird, kann beispielgebend wirken für die gesamte fortschrittliche Bewegung in der Bundesrepublik.

Diese Einigung ist bitter nötig in einer Situation, die durch eine verschärzte Unterdrückungspolitik der Herrschenden gegen alle demokratischen Kräfte und das Wiedererstarken der äußersten Reaktion charakterisiert ist. Deshalb ist diese Allianz der fortschrittlichen Kräfte im vds von großer Bedeutung für die politische Entwicklung an den Hochschulen, aber auch darüber hinaus.

Sie ist ein Schlag gegen die Spaltungsmanöver der herrschenden Klasse.

Die reaktionären Kräfte und die bürgerliche Presse erhoffen sich eine völlige Umorientierung des vds, einen grundsätzlichen Bruch mit der bisherigen vds-Politik. Diese Spekulationen sind nach der Verabschiedung des Programms gegenstandslos. Die Politik des vds in den letzten 5 Jahren war darauf ausgerichtet, die gegen das Großkapital gerichteten Interessen der Studenten zu vertreten, die Studenten auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu orientieren und einen wirkungsvollen Beitrag zur antiimperialistischen Bewegung zu leisten. An dieser Grundlinie wird sich nichts ändern.

Wir verschweigen dabei nicht, daß unserer Meinung nach die Alternativen der demokratischen Studentenbewegung zur staatlich betriebenen Studienreform, zur kapitalistischen Bildungsfinanzierung hätten deutlicher herausgearbeitet werden müssen.

Die vds-Mitgliederversammlung hat ein Aktionsprogramm verabschiedet, das die Studenten auf richtige Kampfziele orientiert. Es bietet eine Grundlage für breite Massenaktionen zur Durchsetzung der sozialen und demokratischen Rechte der Studenten. Der vds wird deshalb auch zukünftig ein wichtiger Faktor sein, bei der Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Grundrechte, bei der Mobilisierung der Studenten für Frieden, Abrüstung und antiimperialistische Solidarität, bei dem Kampf für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten und bei der Verwirklichung sozialer Verbesserungen für die Masse der Studenten.

Gerade gegenwärtig schafft die jetzt zustandegekommene Einigung günstige Bedingungen für die Verteidigung und Stärkung der verfaßten Studentenschaft. Wir rufen deshalb die Studenten auf, auf der Basis dieses Aktionsprogramms die Angriffe der Reaktion auf die verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat zurückzuweisen.

Der MSB Spartakus stellt mit Nachdruck fest: Dieses Aktionsprogramm hätte schon vor 6 Wochen verabschiedet werden können. Es hat sich gezeigt, daß, wenn der untaugliche Versuch unterlassen wird, im vds eine vollständige politische und weltanschauliche Vereinheitlichung durchzusetzen, eine Einigung möglich ist. Die zentrale Frage ist und bleibt für eine Aktionseinheit im vds, die Herstellung gemeinsamer Auffassungen zu den konkreten politischen Aufgaben der Studentenbewegung.

S. Lehndorff

Thema	Titel	Thema	Titel
4	Briefe	34	Kolumne
6	rb Nachrichten		Matthias Dohmen: Der Ölkrimi hat viele Folgen ...
11	Gastkommentar	35	Paul Schäfer/Andreas Mölich: Französische Zustände oder die Ängste der SPD
12	Internationales	38	Theorie
	Harald Stappmanns: Befreites Afrika – Aufbau der Republik Guinea-Bissau		Freiheit und Unfreiheit im Sozialismus
18	Otto Niebergall: Erinnerungen eines Kommunisten an den 1. Mai	41	Kultur
21	Dokumentation	44	rb Musik
	RCDS: Polizeiagenten und Faschistenkollaborateure		Ulrich Maske: 1848 – Dieter Süverkrüp und das deutsche Volkslied
27	Kultusminister von Oertzen zu den Berufsverboten	46	rb Buch
28	Max Reimann: Wie das Grundgesetz entstand		K. P. Zyweck: Entlarvende Realität des kapitalistischen Strafvollzugs Zu: B. Driest, Die Verrohung des Franz Blum
30	Zum Beispiel: Köln Aus der Arbeit einer SDAJ-Gruppe		Oskar Neumann: Marxistische Ästhetik und Kulturpolitik – Neue Reihe bei „kürbiskern“ und „tendenzen“ Neuerscheinungen
32	Sozialismus	50	Ferientips
	Regina Scheer: Mit Baby im Wohnheim Studentenalltag in der DDR		

rote blätter

Studentenmagazin

Organ des
Marxistischen Studentenbundes
SPARTAKUS**Herausgeber**Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS
53 Bonn, Postfach
Telefon 0 22 23 / 63 12 02**Verantwortlich**
Franz Hutzfeld**Gestaltung**
Friederike Görke**Fotos**
Scholz, Arbeiterfotografie Hamburg,
H. Stappmanns, MSB-Gruppen**Druck**
Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH
404 Neuss, Xantener Straße 7**Auflage**
25 000**Preis**

1,- DM

Erhältlichbei jedem SPARTAKUS-Büchertisch
oder beim
MSB SPARTAKUS-Bundesvorstand,
BonnDieser Ausgabe liegen Beilagen von
„die tat“ bei

briefe

Viele Leser nahmen Stellung zu der in den rb 17 formulierten Aufgabe, die roten blätter zu einem Magazin der Studenten zu machen. Die Reaktionen waren fast alle positiv. Viele wichtige Vorschläge wurden gemacht.

Ich habe gestern die neuen roten blätter in die Finger bekommen (vor der Mensa gekauft) und habe fast das Essen stehen lassen, um das es auch nicht schade war, mit solchem Interesse habe ich die neue Nummer durchgeblättert. Zunächst einmal, ich finde es ganz dufte, die roten blätter zum „Studentenmagazin“ entwickeln zu wollen, was ich zumindest der neuen Kopfleiste und auch dem ganzen Inhalt, der Aufmachung usw. entnommen habe. Ich will aber trotzdem Euren Vorschlag aufgreifen und ein wenig konstruktive Kritik üben.

Als Studentenmagazin müßtet Ihr meiner Meinung nach auch mehr allgemeinpolitische Artikel bringen. Warum greifen denn so viele Studenten zum Spiegel? In meinem Seminar am Montagmorgen blättert fast jeder Dritte in diesem Magazin herum, in der Meinung, er erfährt Hintergrundinformationen, könne sich umfangend politisch informieren. Nehmen wir die gegenwärtige politische Situation. Bei den letzten Wahlen hatte die CDU Stimmen gewinne. Die Studenten, die 1972 noch SPD gewählt haben, sich nicht entschließen konnten, der DKP ihre Stimme zu geben, diskutieren doch das! Oder jetzt die Neuwahlen in Frankreich. Ich meine, zu solchen Themen müßtet Ihr auch schreiben.

Soweit erst mal, vielleicht nach der nächsten Nummer mehr.

Viel Erfolg für Eure Arbeit.

Fritz Jecher, Hamburg

Selt der Neugestaltung gefallen mir die „roten blätter“ noch besser. Das größere Format, die Titelblattgestaltung, der nahezu durchgängig einheitlich gehaltene Satzspiegel und die Reduzierung auf nur eine Schriftart im Fließtext wirken sich sehr zu Gunsten der Übersichtlichkeit aus. Ich finde gut, daß Ihr durch eine lokale Gestaltung den Lesern, die nicht im SPARTAKUS sind (wie z. B. ich), den Einstieg in Eure Politik wesentlich erleichtert.

Mit freundlichen Grüßen
Reiner Ostmeyer
Düsseldorf FHS (Gestaltung)



...erstmal recht herzlichen Glückwunsch zu den neuen roten blättern, die sowohl von der Form — Format, Gestaltung, viel „leerer Raum“, Arbeiten mit Überschriften — als auch vom Inhalt her (z. B. Interview mit Udo Lindenberg) endlich ein echtes Studentenmagazin zu werden versprechen! Vielleicht könnt Ihr bei elan mehr „klauen“; z. B. so etwas Ähnliches wie deren Seite 2 (Rückseite des Titelblattes) und deren letzte Seite (Witze!). Die Leute möchten auch in unseren Zeitungen lachen) oder die ganzseitigen Karikaturen (Kurowski, Poth und andere). Hoffentlich hältet Ihr das durch. Ich kann das ja aus meiner eigenen Arbeit, daß die Tendenz da ist, „auch das noch“ auf eine Seite draufzubekommen, wobei dann ein Foto oder eine Karikatur statt drei- nur noch zweispaßig kommt etc. Das hat allerdings mit schöpferischem Leninismus wenig zu tun, denn Lenin hat nirgendwo verboten, daß wir unser Organe auch an den Mann bringen sollen.

Matthias Dohmen Wuppertal

Interview mit Udo Lindenberg

Studentenmagazin April 1972 4. Jahrgang 1.- DM

rote blätter 17

Organ des Marxistischen Studienkreises SPARTAKUS



Beiträge von:
W. Abendroth
Gerhard Stubig
und G. Fuchs

rb 17 — S. 16 — Zur Titelgeschichte über die Frankfurter Polizeiprovokationen erreichte uns eine Reihe von Zuschriften:

... Es scheint ganz normal, wenn ein Herr von Friedeburg, Kultusminister von Hessen, ehemaliger „Gegner“ dieser Hausordnung für Studenten, sich nunmehr dafür einsetzt. Ein Professorenfunktionär der Frankfurter Uni bedauert dann auch im Fernsehmagazin Report, daß das Ordnungsrecht nicht bundesweit für alle Hochschulen gilt, „da sei eine Lücke in dem Hochschulgesetz“.

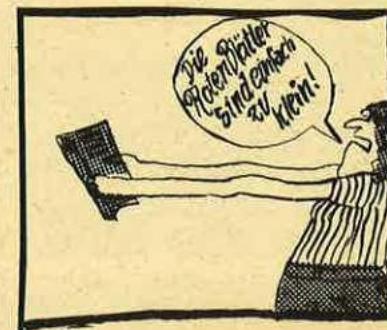
Also: Nicht nur ein Ausbau des Bundesgrenzschutzes mit Millionen von Geldern ist die Auswirkung der Frankfurter Ereignisse, sondern demnächst erwartet uns auch bundesweit das Ordnungsrecht an den westdeutschen Unis. Jeder, der politisch unbequem wird, kann dann auch auf diesem „gesetzlichen“ Weg reglementiert werden.

Benita Weisberg, Essen

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Tage fiel mir die neue Nummer der rb in die Hände, die mit dem gewagten Format. Ich finde sie alles in allem sehr gut, die grafische und typografische Aufmachung macht sie attraktiver als die vorangegangenen Nummern. Auch die Verbreiterung in der Thematik (Artikel über Kultur u. ä.) macht sie interessanter, obwohl da — den guten Anfang eingerechnet — noch einiges aufzuholen ist. (Es gibt übrigens nicht nur lesenswerte und rezensierte Bücher aus dem VMB oder der Kleinen Arbeiterbibliothek.) Die meisten Artikel (allerdings konnte ich sie nur überfliegen) sind „unverkrampfter“ und kommen nicht mehr so kommuniquéhaft gespreizt daher, das erleichtert den Einstieg in die Lektüre. Da muß man aber noch mutiger werden, finde ich. Nach wie vor fehlt eine regelmäßige Nonnenpalte, ein Klacks Unterhaltung, eine Ecke zum „ausruhen“. (Sowas sollte man nicht unterschätzen.) Manchmal hat man das Gefühl, Spartakisten schrauben ihren Humor aus, bevor sie eine Zeitung machen. Versucht außerdem (das alte Problem) nicht nur Demonstrations- Händeschüttel- Fäusteschweng- und Hörsalfotos abzudrucken; irgenwie müssen doch auch noch andere Motive aufzutreiben sein. Meines Erachtens immer noch zu lang ist der Leitartikel (Seite 2). Ob das mit dem Format durchzuhalten ist, bezweifle ich. Es macht sich zwar nicht schlecht, verführt aber nicht zum Sammeln und Ordnen der rb. Aber man muß da wohl erst später Resonanz und Erfahrung auswerten. Macht's gut,

Roland Lang Nürnberg



"Südafrikas Wähler haben keine Überraschungen". "Für Premierminister Vorster ist die Entscheidung der Wähler und damit die Freiheit zum Handeln gerade im richtigen Augenblick gekommen." So beginnt und schließt ein Korrespondentenbericht des Süddeutschen Rundfunks zum Ausgang der Parlamentswahl. Tatsache aber ist: In Südafrika fand eine Wahlfarce statt.

Ungeniert reiht aber der Südfunksprecher seinen „Demokratie“-Bericht in die imperialistische Meinungsmanipulation ein. Der „Wahlausgang“ wird zu einem stabilisierenden Faktor für „Portugals Nachbargebiete“ hochstilisiert, wobei dem Kolonialismus erneut das „Prädikat wertvoll“ verliehen wird.

... Wer Informationen sucht, um sich in der lebendigen Wirklichkeit zu orientieren, findet die Bausteine dazu in den Roten Blättern, im AIB und in der UZ. Wer sich in den antiimperialistischen Kampf konsequent einreihen, gegen Rassismus, gegen Kolonialismus und seine Neuauflagen auch und gerade durch den Imperialismus der BRD zu kämpfen gewillt ist, kann mit und im Marxistischen Studentenbund Spartakus Tausende Genossen gewinnen.

Bernd Redweik, Stuttgart



rb 16 – „Die überwältigende Mehrheit der Chilenen im Kampf gegen die Tyrannie vereinen.“ Zu diesem Artikel berichtete unser Leser Jürgen Stopel über die Lage der Chilenen im Lager Friedland:

Vertreter der Bürgerinitiative „Chile-Solidarität Göttingen“ haben mehrmals die chilenischen Flüchtlinge in Friedland besucht und mußten bei ihren Besuchen in Friedland feststellen, daß das Land Niedersachsen und die Stadt Göttingen sich nur mangelhaft um die chilenischen Flüchtlinge kümmern. Bei ihrem Besuch in Friedland bot sich ihnen z. B. folgendes Bild:

Die ärztliche Versorgung der chilenischen Flüchtlinge in Friedland ist nach wie vor ungeklärt. Das Lager Friedland hat Vertragsärzte, damit ist allein schon die freie Wahl der Ärzte eingeschränkt. Dolmetscher stehen den Chilenen nur höchst selten zur Verfügung. Wie aber sollen sich die chilenischen Flüchtlinge gegenüber der Leitung des Lagers (die gleichzeitig als Vertreterin des Landes Niedersachsen fungiert) ohne Dolmetscher verständlich machen? Weiterhin fehlen den Chilenen wichtige Kleidungsstücke wie Schuhe, Mäntel etc. Die Bürgerinitiative „Chile-Solidarität Göttingen“ fordert das Land Niedersachsen und die Stadt Göttingen auf, die dafür benötigten Mittel sofort zur Verfügung zu stellen! Immerhin besaßen die chilenischen Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Friedland keine Winterkleidung und die 3 DM „Taschengeld“, die jeder täglich erhält, reichen nicht einmal aus, um eine Fahrt von Friedland nach Göttingen zu bezahlen.

Jürgen Stopel, Göttingen



Ausschneiden und einsenden an:

MSB Spartakus, 53 Bonn, Postfach

- Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB Spartakus
- Ich möchte zu einer Spartakus-Mitgliederversammlung am Ort eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied im Spartakus werden
- Ich bitte um ein Probeexemplar der roten blätter
- Ich abonneiere die roten blätter (Preis je Heft 1,-)
- Ich abonneiere facit (Preis je Heft 2,50 DM)
- Ich bestelle . . . Exemplare der Broschüre „Werde Mitglied“ (30 Seiten, 0,30 DM)
- Ich bestelle . . . Exemplare der Broschüre „Wenn wir die Maoisten bekämpfen, ist das gut und nicht schlecht“ (90 Seiten, 1,- DM)
- Ich bestelle . . . Exemplare des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten „Für die eigenen Interessen kämpfen – mit der Arbeiterklasse verbünden“ (Preis: mind. 50 Pfennig)

Name _____

Vorname _____

Hoch- bzw. FH-Schule _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

rb nachrichten

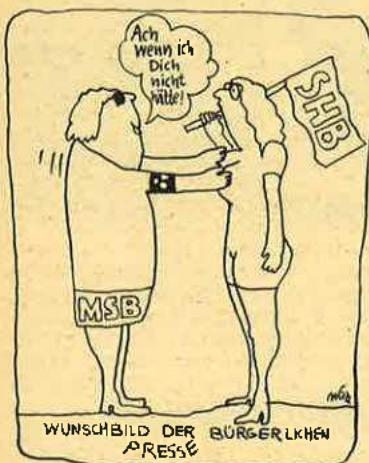
Hausverbot = Ausbildungsverbot!

Der Karlsruher Maschinenbaustudent Peter Ziegler hatte in der Zeit vom Januar 1973 bis Dezember 1973 im Laboratorium für Isotopentechnik im Kernforschungszentrum Karlsruhe seine Studienarbeit durchgeführt. Im Februar 1974 begann er am selben Institut seine Diplomarbeit. Am 17. 4. 1974 teilte die Verwaltung des Kernforschungszentrums Peter Ziegler mit, daß er mit sofortiger Wirkung das Gelände des KFZ nicht mehr betreten dürfe und zog seinen Werksausweis ein. Eine Begründung für diese Maßnahme wurde verweigert. Wie jedoch informierte Kreise mitteilen, wurde das Hausverbot ausgesprochen, weil Peter Ziegler auf Grund seines demokratischen Engagements gegen die NPD in den Jahren 1968/69 ein Sicherheitsrisiko darstelle. Zu dieser Zeit wurde gegen Peter Ziegler wegen „Rädelsführerschaft“ etc. ermittelt, eine Anklage wurde jedoch nicht erhoben.

Peter Ziegler arbeitete einige Semester lang aktiv in der Fakultät Maschinenbau und Chemieingenieurwesen mit, ist jedoch weder in einer politischen Hochschulgruppe noch einer Partei Mitglied.

Das Hausverbot stellt für Peter Ziegler ein drastisches Ausbildungsverbot dar, da er weder seine Diplomarbeit fortsetzen kann, noch die für sein Hauptfach Reaktortechnik notwendigen Vorlesungen und Seminare, die zum Teil im Kernforschungszentrum abgehalten werden, besuchen kann. Auf Initiative des MSB SPARTAKUS und mit voller Unterstützung durch SHB und Linksunabhängige beauftragte das Studentenparlament den AStA, alle notwendigen Maßnahmen politischer und rechtlicher Art zur solidarischen Unterstützung des Kommilitonen Peter Ziegler bei seinem Kampf um die Wiedererlangung seiner demokratischen Rechte auf freie politische Betätigung und freie Wahl der Ausbildung.

Solidaritätsschreiben an:
Peter Ziegler
75 Karlsruhe
Vorholzstr. 26



Bundeswehr muß Zeitungsfälschung zugeben!

Der Presseoffizier der 2. Jägerdivision, Major Eberhard Weiß, hat am 4. April ausdrücklich zu gegeben, daß eine Zeitung des Arbeitskreises demokratischer Soldaten Marburg durch den Sicherheitsoffizier eines Panzergrenadierbataillons gefälscht und während einer Übung im Bataillon verteilt wurde. Der Arbeitskreis hat gegen den gesetzwidrigen und strafbaren Vorgang scharf protestiert.

Ulrike Marks und Irmtraut Duhm eingestellt!

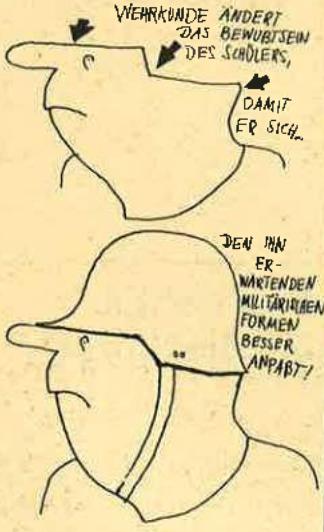
75 % der Facharbeiter gegen putzende „Stifte“

Nach einer Umfrage des Bonner Instituts für angewandte Sozialwissenschaften vertreten drei von vier Chefs, daß ein Lehrling zu Reinigungsarbeiten eingesetzt werden und Postbote spielen soll. 75 Prozent der Facharbeiter protestierten nach dieser Umfrage gegen die Beschäftigung von Lehrlingen mit Putzaufträgen, Botengängen und Einkäufen.

Vom 26.—30. April tagte in Bonn die Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften. In den neuen Vorstand wurden gewählt: Peter Loewen, Marburg (SHB); Klaus Fischer, München (MSB SPARTAKUS); Dieter Eitel, Stuttgart (Juso-Hochschulgruppen), und Hans Hermann Storck (LVH). Das Foto zeigt das Präsidium. (Siehe auch Kommentar auf S. 2)



KEINE WEHRKUNDE an unseren Schulen!



Bremer Wirtschafts- studenten gegen Prüfungs- verschärfung!

Mit einem eintägigen Warnstreik antworteten die Studenten der Bremer Hochschule für Wirtschaft. Anlaß war die Verschärfung des Prüfungs- und Klausurdrucks an der Hochschule durch einen Beschuß des Bremer Senats, der die sowieso schon total veraltete Prüfungsordnung aus dem Jahre 1965 noch zusätzlich verschärfte. Mit dieser Verschärfung wird eine 2 Jahre lang geübte Praxis aufgehoben, die das Rektorat selbst eingeführt hatte, nach der mit „5“ oder „6“ benotete Arbeiten durch bessere neue Zensuren ersetzt werden können. Diese Möglichkeit wurde gestrichen. Die Folgen: Noch mehr Anläufe vieler Kommilitonen bei Klausuren. Noch schärferer psychologischer Druck beim Klausurschreiben.

Die Studenten antworteten mit Vollversammlungen, aktive unorganisierte Studenten gingen in die einzelnen Seminare und diskutierten und gewannen ihre Kommilitonen für einen Protestmarsch. Nach dieser Mobilisierung folgte ein eintägiger Warnstreik. An Infoständen in der Stadt wurden Unterschriften gesammelt, so in 2 Stunden 400 Unterschriften. Damit wurde die Bevölkerung auf die Forderungen der Studenten aufmerksam gemacht.



Gegen gemeinsames Seminar mit Bundeswehr

Im SS 1974 soll an der Uni Hamburg von Bundeswehrhochschule und Hamburger Universität ein gemeinsames Seminar durchgeführt werden zum Thema: „Fragen der Bundeswehrverwaltung“. Das Studentenparlament der Uni forderte die sofortige Absetzung dieses Seminars. Denn dieses Seminar entspricht nicht den Interessen der Studenten an einer wissenschaftlichen Qualifikation für eine demokratische Berufspraxis und dem Interesse der Bevölkerung an Frieden, Entspannung und Abrüstung. Das Seminar ist ein erster Schritt, die Bundeswehrhochschule als Vorbild für die „Studienreform“ der Herrschenden dienen zu lassen. Das Studentenparlament protestierte schärfstens gegen die Versuche, die Lehrinhalte zu militarisieren.

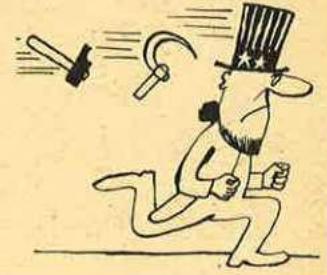
„Schnick- Schnack!“

Den Studenten der Frankfurter Universität steht ein Ordnungsrecht ins Haus, das künftig jeden, der in Lehrveranstaltungen diskutieren will, mit Disziplinarmaßnahmen bedroht. KuMi Friedeburg hat den Konvent der Universität aufgefordert, eine Hausordnung zu erlassen. Falls das durch die Hochschulgremien nicht „von selbst“ geschehe, drohte er, „werde ich unverzüglich die notwendigen Maßnahmen treffen.“ Der Frankfurter SPARTAKUS gab den Startschuß zur Anti-Maulkorb-Kampagne:

KuMi Friedeburg, dargestellt von einem Spartakisten, besuchte „höchstpersönlich“ die Uni, um den Studenten das Hausrecht zu beschaffen, das er in Form eines Pappschildes mit sich herumtrug. Den erstbesten Studenten, der ihm begegnet, nimmt er beiseite, um ihm die Wohltaten des Hausrechts zu schildern. „Sie sind doch auch so ein lernwilliger Student, der es nicht mehr hinnehmen will, daß radikale Elemente immer wieder die Lehrveranstaltungen behindern und den Lehrbetrieb lahmlegen.“ Student: „Aber es war doch Uni-Präsident Kantzenbach, der die Lehrveranstaltungen abbrechen ließ.“ Friedeburg: „Schnickschnack, der Streik war arbeitnehmerfeindlich.“

Weder hier, noch im weiteren Verlauf des Dialogs, konnte der KuMi den Studenten überzeugen. Schließlich bestanden seine Argumente nur noch darin, mit dem Hausrecht auf den Studenten einzuschlagen. Doch dann kam etwas, mit dem er nicht gerechnet hatte: Ein symbolischer Demonstrationszug stellte sich ihm entgegen: „Aktionseinheit ist unsere Kraft! Für das Volk die Wissenschaft!“ Unter dem Gelächter der zuschauenden Kommilitonen ergriß Friedeburg die Flucht.

Daran arbeiten nun die Frankfurter Genossen: Die Aktionseinheit der Studenten und anderer Hochschulangehörigen gegen das Hausrecht herzustellen. Ein Anfang ist gemacht. Während und nach dem „Freilicht-Theater“ diskutierten die Genossen mit zahlreichen Kommilitonen und luden sie zu Aktionsberatungen ein. 40 Stundenaktionsprogramme konnten verkauft werden.



UNESCO: Lenin an der Spitze

Die UNESCO stellte eine Liste der in den Sprachen verschiedener Völker am häufigsten gedruckten Autoren zusammen. An der Spitze steht Lenin. Seine Werke wurden in 125 Sprachen übersetzt und erschienen in 63 Ländern.

Ein Autorenkollektiv beim Institut für Marxismus-Leninismus des Zentralkomitees der KPdSU bemüht sich zur Zeit, alles zusammenzufassen, was der Wissenschaft über Wladimir Iljitsch bekannt ist. So entsteht in chronologischer Reihenfolge der Lebensweg Lenins. Vier der zehn geplanten Bände sind bereits erschienen. Besonders schwierig ist dabei die Sammlung von Materialien aus dem Ausland. Lenin war ja gezwungen, etwa 15 Jahre in der Emigration zu leben. Das waren Jahre überaus aktiver schöpferischer Arbeit und ange spannter revolutionärer Tätigkeit. Es ist überaus schwierig, dieses wertvolle Material zu gewinnen. So umfaßt die Liste der noch nicht aufgefundenen Arbeiten zur Zeit etwa 1000 Abhandlungen und Dokumente. Dabei wurden allein in den letzten Jahren seit dem Erscheinen der Gesammelten Werke fast 600 Dokumente dem „Leninfond“ geliefert.

- Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB
- Ich möchte zu einer SPARTAKUS-Mitgliederversammlung am Ort eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied im MSB SPARTAKUS werden
- Ich bitte um ein Probeexemplar der roten Blätter
- Ich abonniere die roten Blätter (Preis je Exemplar 1 DM)
- Ich abonniere facit (Preis je Exemplar 2,50 DM)
- Ich bestelle Exemplare des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“ (Preis: mind. 50 Pfennig)

RCDS Bielefeld für Plakatierverbot

Mit den Stimmen der RCDS hat die Fachbereichsratssitzung Wirtschaft in Bielefeld ein Plakatiervorbot beschlossen und zugleich die prinzipielle Nichtöffentlichkeit.

Dieser Beschuß war eine Reaktion auf studentische Proteste gegen den Diplompsychologen, Juristen und Lehrbeauftragten Dr. Peter John. John hatte arbeiterfeindliche Lehrinhalte verbreitet. So hatte er für Verträge mit Gästearbeitern in seiner Vorlesung empfohlen, sie zur Behandlung durch den Werksarzt und nicht durch einen Hausarzt zu verpflichten, um den Krankenstand zu senken. John dazu: „Das kann man ruhig machen, die können die Verträge doch nicht lesen und werden unterschreiben.“

Als sich die studentischen Proteste verschärften, Vollversammlungen stattfanden, versuchte der RCDS, durch das Plakatverbot die studentischen Proteste zu schwächen. Auch hier: RCDS als Agent der Großkonzerne und ihrer Meinungsmacher.

Beate Kruse und Helga Mies nicht eingestellt

Mit einer Resolution protestierte die Mitgliederversammlung des MSB Spartakus an der Fachhochschule Mannheim gegen die Entlassung und Nichteinstellung der Kolleginnen Beate Kruse und Helga Mies. In der Resolution heißt es u. a.:

Die derzeitige Praxis der Unternehmer, wie sie im Fall der beiden Kolleginnen deutlich wird, beweist, daß die verfassungswidrigen Berufsverbote nicht nur im öffentlichen Dienst gehandhabt werden, sondern daß verstärkt in den Betrieben, in denen fortschrittliche Kollegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der Belegschaft konsequent vertreten, mit Rausschmissen und „schwarzen Listen“ gearbeitet wird, um jegliche Interessenvertretung zu verhindern.



Inti-Illimani Tournee

Am 18. Mai beginnt eine große BRD-Tournee der chilenischen Folklore-Gruppe INTI-Illimani. Die Tournee wird vom Antimperialistischen Solidaritäts-Komitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Frankfurt, durchgeführt. Alle Veranstaltungen haben einen Einheitseintrittspreis von DM 5,—. Der Reinerlös der Tournee wird dem Chile-Solidaritäts-Konto Prof. Wulff, FSchK Frankfurt/M. 527055—602 zugute kommen.

Die Gruppe INTI-ILLIMANI entstand 1967 als Teil der anbrechenden großen Bewegung für das „Nueva Cancion Chilena“, das neue chilenische Lied. Ausdrückliches Ziel dieser Bewegung war von Anfang an, den Befreiungskampf der chilenischen Arbeiterklasse zu unterstützen. INTI-ILLIMANI stellt Musik aus der lateinamerikanischen Folklore vor und spielt verschiedene Instrumente der indianischen Tradition, vorzugsweise des amerikanischen Hochlandes, der „region del altiplano americano“.

20. Mai 1974, Hamburg, Universität Audi-max; 21. Mai 1974, Bremen, Die Glocke; 22. Mai 1974, Kiel, Universität Audi-max; 24. Mai 1974, Köln, Mülheimer Stadthalle; 27. Mai 1974, Marburg, Universität Audi-max; 28. Mai 1974, Nürnberg, Meistersingerhalle; 29. Mai 1974, Stuttgart, Gustav-Siegle-Haus; 30. Mai 1974, Mainz, Elzer Hof.

Anfang Mai hat der Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS eine neue Spendenmarke herausgegeben. Thema: „25 Jahre Grundgesetz“. Sie ist zweifarbig und für 2,— DM bei allen SPARTAKUS-Gruppen zu bekommen.

Hier geht's um die Wurst!

Am 24. 4. 74 startete der MSB Spartakus an der Fachhochschule München die „Aktion Wurst!“. Mit dieser Aktion — Verkauf von warmen Würstchen an die Studenten — wurde ein langjähriger Mißstand angeprangert: Die Studenten haben weder einen Aufenthaltsraum noch eine Mensa und sind somit auf teure Wirtschaften oder den langen Fahrweg zur UNI-Mensa angewiesen. Die Reaktion von Studenten und Dozenten zeigt den Erfolg: „Das ist 'ne gute Idee!“ Jedoch auf die Frage, ob wir das jetzt immer machen, müßten wir antworten, daß wir Studenten und keine Wurstverkäufer seien — aber um eine Mensa mit Aufenthaltsraum für immer zu haben, müßten wir uns organisieren und dafür kämpfen. So wurde ein Komitee gegründet, das diese Aufgabe in Angriff nehmen wird.

Auch die Antwort auf die Frage, wo denn das Geld herkommen soll, blieben die Studenten nicht schuldig. Die Lösung: „In der Rüstung sind sie fix, für 'ne Mensa tun sie nix!“ gab die Antwort. Diese Aktion reiht sich ein in die Bewegung des Sternmarsches: Für die eigenen Interessen kämpfen, mit der Arbeiterklasse verbinden!



Was braucht ein Student zum Leben?

Nach Ermittlungen von Wissenschaftsminister Johannes Rau kommt ein Student mit ca. 500 DM im Monat aus. Die allgemeine Verpflegung verschlingt 200 DM, die Miete 130 DM, für Kleidung und ihre Erhaltung würden 65 DM ausgegeben, für Lehrbücher 30 DM. An Fahrtkosten entstehen dem Studenten pro Monat 28 DM, die Körperpflege benötigt 15 DM. Der Sozialbeitrag stehe mit 14 DM fest. Sonstige Ausgaben wurden mit 102 DM beziffert. Gegenüber den letzten Erhebungen im Jahre 1966 haben sich nach den Worten des Ministers die monatlichen Ausgaben um rund 200 DM erhöht. Dies bedeutet eine Steigerung um über 50 %. Demgegenüber hatte das Deutsche Studienwerk als durchschnittliche Studienkosten 660 DM pro Monat errechnet und als durchschnittliche monatliche Ausgabe der Studenten 584 DM ermittelt. Jeder 3. der etwa 210 000 Studenten an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens erhält nach Angaben des Ministers für Wissenschaft und Forschung eine staatliche Studienbeihilfe.

346 Milliarden für die NATO – CDU fordert noch höhere Ausgaben

Insgesamt 346,782 Milliarden Mark hat die Bundesrepublik bisher in die Kasse des NATO-Militärpaktes gezahlt, der am 4. April sein 25-jähriges Bestehen begeht. Die Bundesrepublik gehört der westlichen Militärrallianz seit 1955 an, hat jedoch schon 1953 und 1954 Beiträge zum NATO-Militärhaushalt in Form von Besatzungs-

kosten gezahlt. 1973 betragen die Bonner Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien 31,597 Milliarden Mark, 1974 werden sie voraussichtlich auf rund 40 Milliarden Mark ansteigen.

Noch höhere Rüstungsausgaben und eine Neuauflage der west-europäischen Verteidigungsgemeinschaft hat der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und militärpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wörner, am Mittwoch vor hohen Bundeswehrhoffnungen in der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese gefordert. Wörner verlangte eine stärkere Priorität der NATO-Politik. Bonn müsse „bereit sein, die finanziellen Anstrengungen zu erhöhen.“

Leider hat ein studentisches Monatsmagazin einen frühen Redaktionsschluß bei seinen begrenzten finanziellen Mitteln. So erreichte uns die Nachricht von Brandts Rücktritt, nachdem alle Texte gesetzt waren. Trotzdem konnten wir die Stellungnahme des Bundesvorstandes zum Rücktritt Brandts noch mit ins Heft nehmen:

Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS

Bundesvorstand

53 Bonn 1, Postfach
Poppelsdorfer Allee 58a, Tel.: (0221) 631202-03

MSB SPARTAKUS, 53 Bonn 1, Postfach



Erklärung des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS

zum Rücktritt von Willy Brandt

Wer sich und anderen nichts vormachen will, der muß zugeben: Die Gründe für den Rücktritt Willy Brandts sind nicht in der Guillaume-Affäre zu suchen, allenfalls der Anlaß. Die Gründe liegen tiefer: Es ist die Krise einer Regierung, die einerseits Demokratie und soziale Reformen im Interesse der arbeitenden Menschen versprochen hat, andererseits mit Haut und Haaren dem kapitalistischen Profitsystem verschrieben ist und deshalb von der sich verschärfenden Krise dieses Systems erfaßt worden ist. Die Regierung Willy Brandts hat die Erwartungen des größten Teils ihrer Wähler, der Arbeiter, Angestellten, der arbeitenden und lernenden Jugend mißachtet. Auch die uns Studenten versprochene demokratische Hochschulreform hat sich zur Reaktion auf der ganzen Linie, zu finanzieller Restriktion und kapitalistischer Rationalisierung gemäusert.

In einer Zeit, da die Superkonzerne die Preise hemmungslos in die Höhe treiben, hat die Regierung die Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegenüber der Sicherung des großkapitalistischen Eigentums zurückgestellt. Gemeinsam mit den Rechtskräften ist die Bundesregierung gegen die kritischer werdenden Stimmen in der Bevölkerung vorgegangen durch den verstärkten Abbau demokratischer Rechte, durch Berufsverbote, durch Antikommunismus. Die Bundesregierung hat es damit der äußersten Reaktion, der CDU/CSU ungemein erleichtert, ein Kesseltreiben gegen Entspannungspolitik, gegen demokratischen und sozialen Fortschritt zu entfachen.

Darauf ist es zurückzuführen, daß der berechtigte Vertrauensschwund vieler Menschen in diese Regierung ausgesprochen von der CDU, der Hauptpartei der Inflationsmacher und der Feinde der Demokratie, massiv genutzt werden kann.

Das ist der Grund für die seit Wochen schwelende Regierungskrise, die jetzt zum Rücktritt des Bundeskanzlers geführt hat. Bereits jetzt ist deutlich, daß die rechten Kräfte in den Bonner Parteizentralen und die führenden Kreise des Großkapitals offen darauf hinarbeiten, mit diesem Rücktritt die politische Entwicklung in der Bundesrepublik weiter nach rechts zu drücken. Die Linkskräfte, die Kommunisten, die linken Sozialdemokraten sollen angeblich die Ursache der Regierungskrise sein! So wird nach der Methode "Halten den Dieb" weiterhin verschärfter Druck der Herrschenden dieses Landes auf die Werktagen, auf die arbeitende und lernende Jugend vorbereitet. Vor allem werden immer gefährlichere Mannöver gegen die Fortführung der Entspannungspolitik veranstaltet. Mit einer Naivität, die man zwar

selber nicht hat, die man aber bei anderen gerne sieht, wird jetzt in Bonn der Eindruck erweckt, die DDR habe den Rücktritt Brandts herbeigeführt. Die solches behaupten, sollten besser ihre Kraft dafür einsetzen, dem Angebot der DDR zu folgen und die nächsten Schritte der Verwirklichung des abgeschlossenen Grundlagenvertrages zu tun.

Vor den Feinden der Entspannung, vor den Kalten Kriegs-Einpeitschern und Antikommunisten dürfen wir jetzt keinen Schritt zurückweichen! Wir

dürfen auch nicht abwartend zuschauen, was aus den Ereignissen auf der Bonner Bühne herauskommt.

Die Probleme, die diese Regierung in die Krise hineingerissen haben, sind nicht dadurch zu lösen, daß die alte Politik, die sich gegen die Arbeiter wie gegen uns Studenten gerichtet hat, unverändert oder gar verschärft fortgeführt wird und nur ein paar Personen ausgewechselt werden.

Jetzt gilt es endlich, wirksam die vom Großkapital betriebene inflationäre Geldwertentwertung zu bekämpfen, die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung zu Lasten der Profite des Groß- und Rüstungskapitals zu erfüllen, die in der Verfassung verankerten demokratischen Grundrechte zu verteidigen und auszubauen anstatt sie durch Berufsverbote zu brechen, die überfälligen Reformen auf den Gebieten des Gesundheits- und Bildungswesens durchzuführen. Wie in der Vergangenheit werden wir auch in Zukunft solche Schritte der Bundesregierung unterstützen, die geeignet sind, die Entspannung zu fördern und genutzt werden können, um wenigstens Teilverforderungen der werktätigen Bevölkerung oder der Studenten zu verwirklichen. Zugleich werden wir uns weiterhin entschieden gegen alle Maßnahmen wenden, die den Interessen der Arbeiter und Studenten widersprechen und die den Entspannungsprozeß aufhalten.

Doch wir sagen klipp und klar: Wir dürfen uns nicht auf "die da oben" verlassen, sondern müssen selber, gemeinsam, noch breiter als bisher aktiv werden, um unsere Forderungen durchzusetzen. Das hilft uns weiter als die Verklärung der Person Willy Brandts. Deshalb dürfen wir uns durch keine Spaltungsmannöver davon abhalten lassen, die Zusammenarbeit aller Betroffenen, das Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte, die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten herzustellen.

Die Krise in Bonn bestätigt erneut: Die Arbeiterklasse unseres Landes, die arbeitende Jugend, die Studenten brauchen eine vorwärtsdrängende linke politische Kraft, eine starke Kommunistische Partei. Eine starke DKP liegt im Interesse aller derjenigen, die verhindern wollen, daß die CDU/CSU aus der entstandenen Situation noch mehr Kapital schlägt.

Auch an den Hochschulen bestätigen das all unsere Erfahrungen: Jeden noch so geringfügigen Fortschritt müssen wir uns mühsam selber erkämpfen, gegen Großkapital und Reaktion. Dazu brauchen wir eine kontinuierlich wirkende, initiiierende und einigende Kraft, einen starken MSB SPARTAKUS.

Vorwärts im Kampf

- um unsere berechtigten Sofortforderungen gegen das Hochschulrahmen-gesetz der Bundesregierung,
- um unsere sozialen Interessen,
- gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote!

Kämpft mit SPARTAKUS im SPARTAKUS!
Werdet Mitglied im MSB SPARTAKUS!

Unternehmer tagten an geheim gehaltenem Ort

Vor der Öffentlichkeit sorgsam verhüllt, tagte der „Arbeitgeberverband Südhannover“ in Göttingen. Natürlich im Hotel „Röpeter“ — also richtig standesgemäß. Einlaß erhielt, wer „ordnungsgemäß“ schriftlich eingeladen war. Man wollte um ein besseres „Image“ der Unternehmer kämpfen. Die Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung werden verteufelt. Nach Schleyer-Methode nimmt Dr. Ernst August Ostholt, Geschäftsführer des „Arbeitgeberverbandes Südhannover“, die berechtigten Forderungen zum Anlaß, an seine „Kollegen“ zu appellieren, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dem Trend eines Funktionärstaates entgegenzuwirken“. Dagegen wird das „Leistungsprinzip“ — sprich: die bestehende Ausbeuterordnung — hoch in Ehren gehalten. Der Arbeitgeberverband versucht in Südniedersachsen die Verbindung zwischen Wirtschaft und Schule zu vertiefen.

Am Abend des gleichen Tages traf man sich wieder: in der Weender Festhalle — und wieder sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Auch hier kann man sagen: Das brachte das Thema mit sich! Denn Unternehmer-Professor Heinz-Dietrich Ortlib, Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, redete Klartext. Nach Ortlib wird die in der BRD bestehende Gesellschaftsordnung von einer „Koalition zwischen radikalen Ideologen und politisch Faulen“ gefährdet. Die Forderung nach Mitbestimmung bedeute mehr eine „Frage des Klassenkampfes“ als eine „Frage der Mitverantwortung“. Schlimm sei auch, daß die Gewerkschaften „keine konkreten Vorschläge gemacht, sondern nur von anderen Opfer und Einsichten gefordert“ hätten. Ortlib versäumte auch nicht, seine Zuhörer darauf hinzuweisen, daß „die Einseitigkeit einer marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung, verstärkt durch das Steuersystem, zu lange unbeachtet geblieben“ sei.



Großkundgebung mit Martin Niemöller am Verfassungstag

Unter dem Titel Aktion „Grundrecht schützen!“ führen die organisierten Kriegsdienstverweigerer im April und Mai 1974 eine bundesweite Kampagne durch. Diese Aktion, an der sich über 300 örtliche Gruppen beteiligen werden, soll die Öffentlichkeit auf Verletzungen des Grundrechtes der Kriegsdienstverweigerung aufmerksam machen. Nach Mitteilung der Bundesvorstände der Deutschen Friedensgesellschaft — Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IDK) und des Verbandes für die Kriegsdienstverweigerung wird Höhepunkt und gleichzeitig Abschluß der bundesweiten Kampagne eine Großkundgebung, auf der u. a. Pastor D. Martin Niemöller sprechen wird, am 23. Mai in der Bonner Beethovenhalle sein. Mit dieser Kundgebung wollen die Kriegsdienstverweigerer am 25. Jahrestag des Grundgesetzes auf die Einschränkungen des Grundrechtes der Kriegsdienstverweigerung hinweisen und den Gesetzgeber auffordern, unverzüglich Maßnahmen zur Abschaffung des Prüfungsverfahrens einzuleiten.

Rektoren führen „schwarze Listen“

Die Einführung von sogenannten schwarzen Listen für „störende Studenten“ an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik hat die „Westdeutsche Rektorenkonferenz“ beschlossen. Nach Ansicht des Senats der „Westdeutschen Rektorenkonferenz“ muß die Leitung einer Hochschule die Möglichkeit erhalten, „bei schweren Störungen Studenten befristet von der Universität zu verweisen“ und den „Widerruf der Immatrikulation auch den anderen Hochschulen mitzuteilen“. Es sei auch zu regeln, forderten die Senatsmitglieder, „daß aufgrund dieser Entscheidung die Einschreibung an einer anderen Hochschule versagt werden kann.“ Als „Gründe“ für diesen neuerlichen Angriff gegen die Studenten nannte die Rektorenkonferenz die „Verhinderung von Prüfungen und Störungen von Lehrveranstaltungen oder Gremiensitzungen“.

Das neue Kittner-Programm ist da!

2½ Jahre lief Kittners Programm „Dein Staat — das bekannte Unwesen“ und erreichte in dieser Zeit über 700 Aufführungen. Das neue Programm heißt: „Schöne Wirtschaft“, Proteste, Parodien und Pamphlete.

Die Themen sind neu, aber auch die leider ewig alten. Das liegt nicht an Kittner, sondern an den Zeiten: Preisgebarung unserer schönen Wirtschaft, Bundeswehrhochschulen, Berufsverbote, das Rätsel um die verschwundene Stabilität, Reformwillen und Reformwirklichkeit, eine komplett Moritat über die Nervenleiden bundesdeutscher Vollzugsbeamter, Bonn für Mathematiker, die Jungs Union als gesamtdeutscher Kulturträger, vieles andere mehr und natürlich allerletzte Nachrichten.

Neben dem Song zur Gitarre gibt es diesmal wieder mehr Masken und Mimik, Radi-Kalauer und Kostüme.



SPARTAKUS zur sozialistischen Kinderorganisation:

Am 1. Juni 1974 soll eine sozialistische Kinderorganisation gegründet werden. In einer Presseerklärung verwies der Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS auf seine Aussagen während des 3. Bundeskongresses. Dort hieß es im Referat des Bundesvorstandes an den Kongreß: „Im Grunde geht es darum, das gesamte Leben der Kinder und Jugendlichen so zu gestalten, daß sie ihre Fähigkeiten allseitig entwickeln und humanistisch denkende und handelnde Persönlichkeiten werden. Wir begrüßen deshalb aus vollem Herzen die Initiative, eine sozialistische Kinderorganisation in der BRD zu gründen. Der Imperialismus braucht seelisch und geistig amputierte Werkzeuge. Seine Taten und Untaten im Erziehungswesen, aber auch sein Nichtstun in diesem Bereich dienen diesem Ziel. Aus einer sozialistischen Organisation für Arbeiterkinder, die zur Solidarität mit den Kindern in aller Welt, zur Achtung vor den arbeitenden Menschen erzieht, gehen selbstständig denkende, selbstbewußte Persönlichkeiten hervor, klassenbewußte Arbeiter, Gewerkschafter, Kommunisten. Sie sind dem Imperialismus ein Greuel, und sie sind es, die unser Land braucht.“ (Protokoll 1 des 3. Bundeskongress, S. 32)

gast- kommentar

• **Wolfgang Gehrcke
stellv.
Bundesvorsitzender
der SDAJ**

Der Bundesvorstand der SDAJ hat den IV. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend für den 18./19. Mai 1974 nach Hannover einberufen. In der Vorbereitung des Bundeskongresses wird es vor allem darum gehen, den Kampf um die Grundrechte der Jugend verstärkt fortzusetzen. Das erfordert, daß die Forderungen der Jugend unseres Landes offensiv und entschlossen gegen die Macht des Großkapitals durchgesetzt werden. Viele junge Sozialdemokraten und Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschafter, Christen und Liberale haben erkannt: Trennendes muß beiseite geschoben werden. Erfolg wächst aus gemeinsamem Handeln.

Im 25. Jahr der Bundesrepublik erlebt die Jugend unseres Landes bedrohliche Angriffe auf ihre Rechte, auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärft sich, erfaßt immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Rücksichtslos setzt sich das Großkapital über die Grundrechte der Jugend hinweg. Systematisch werden Ausbildungsplätze abgebaut. Lehrlinge werden entlassen. Junge Arbeiter finden keinen Arbeitsplatz. Interessenvertreter der Arbeiterjugend werden von den Bossen diszipliniert und gefeuert. Das Jugendarbeitsschutzgesetz wird von den Bossen behandelt wie ein Fetzen Papier. Das Streik- und Demonstrationsrecht wird der Jugend immer wieder streitig gemacht. Wirksame Mitbestimmungsrechte werden ihr vorenthalten. Die SDAJ will demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung. Wir kämpfen

für mehr und bessere Ausbildungsplätze, für ein Berufsbildungsgesetz im Interesse der Arbeiterjugend. Die SDAJ will Sicherheit der Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung für die Jugend. Wir kämpfen für mehr Lohn, für Schutz vor willkürlichen Entlassungen, für wirksamen Kündigungsschutz. Die SDAJ will sinnvolle Freizeit, Erholung, Sport und Gesundheit für die Jugend. Wir kämpfen für mehr Naherholungszentren, Jugendheime und andere Freizeitstätten der Jugend, für mehr staatliche Förderungsmittel zur Unterstützung der demokratischen Jugendverbände und des Breitensports — gegen die Umweltzerstörung durch die Großkonzerne. Die SDAJ will Mitbestimmung und Demokratie. Wir kämpfen für echte demokratische Willensbildung, an der die Jugend maßgeblichen Anteil hat, für wirksame Mitbestimmung der Jugend im Betrieb, Schule und

Vor dem 4. SDAJ- Kongreß



Wolfgang Gehrcke

Gesellschaft. Die SDAJ will Frieden. Wir kämpfen für die Verwirklichung der mit den sozialistischen Staaten geschlossenen Verträge, für Frieden in Europa und in der ganzen Welt, für Freundschaft mit der Jugend aller Länder, für antiimperialistische Solidarität mit den um ihre Rechte kämpfenden Völkern. Immer mehr junge Menschen fragen danach, woher die vielen Mißstände in der BRD kommen. Wir sagen ihnen: Die Jugend hat einen Feind — das Großkapital ist es, das der Jugend die Grundrechte verwehrt. Das Großkapital ist es, das die Preise hochtreibt und die Löhne kurz hält, weil es noch mehr Profite machen will. Das Großkapital ist es, das der Jugend notwendige Bildungsmöglichkeiten vorenthält, weil es die Bildungsinteressen der Jugend seinen Profitinteressen unterwirft. Das Großkapital — vor allem die Rüstungskonzerne — ist es, das den Frieden stört, weil es an Ausrüstung und Krieg verdient. Gegen diesen Feind müssen sich alle zusammenschließen, die es ernst meinen mit Demokratie, Mitbestimmung und besseren Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugend.

In den Kampf für diese Ziele haben sich die „Fünf Grundrechte der Jugend“ — beschlossen auf dem III. Bundeskongreß der SDAJ — als Plattform des gemeinsamen Handelns der Jugend bewährt. Die Arbeit mit den „Fünf Grundrechten“, die Entwicklung weiterer Aktionen — das ist die Aufgabe jeder SDAJ-Gruppe und jeden SDAJlers in der Vorbereitung des IV. Bundeskongresses, wie es auch im Aufruf formuliert wurde: „Es ist die Aufgabe jedes SDAJlers in den nächsten Wochen und Monaten, die Jugend mit den Aussagen der SDAJ bekannt zu machen. Unsere erfolgreiche Politik ist in den „Fünf Grundrechten“ dargelegt. Ringt gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften um die Durchsetzung gemeinsamer Forderungen!“

internationales

Be



Aufbau der Republik Guinea-Bissau Bericht des ersten Besuchers aus der BRD, Harald Stappmanns, VDS

Unsere Delegation sitzt im Büro der PAIGC in Conakry. Vasco Cabral, der Bruder des ermordeten Amilcar Cabral, Mitglied des Politbüros der PAIGC und Verantwortlicher für internationale Beziehungen, informiert uns über die aktuelle Lage in der seit dem 24. September 1973 unabhängigen Republik Guinea-Bissau. „Aber“, sagt er zum Schluß des Gespräches, „seht euch selbst um in unserer Republik und sprecht mit den Einwohnern, fotografiert, was ihr wollt.“

Am nächsten Tag holen wir uns auf der Kleiderkammer unsere Ausrüstung ab: Tarn- und Khaki-Anzug, Segeltuchschuhe, Sandalen, für jeden zwei Feldflaschen. Mittags brechen wir auf. Zusammen mit Soldaten der Befreiungsarmee fahren wir nach Norden, nach Bocé. Die Strecke führt über staubige Schotterstraßen durch den Dschungel. Im Führerhaus unseres Lkw ist es unerträglich heiß. Um so dankbarer sind wir, daß die Einwohner in den Dörfern, durch die wir fahren, unserer Kolonne nicht nur begeistert zuwinken, sondern uns auch mit frischen Apfelsinen und Wasser versorgen.

Nach der Übernachtung in Bocé, wo wir auf bulgarische Journalisten treffen, die sich vier Wochen in Guinea-Bissau aufgehalten haben und uns einige Tips geben, geht es weiter nach Norden. Am Nachmittag passieren wir die Grenze. Links und rechts des Wagens tauchen erste Flakstellungen der Befreiungsstreitkräfte auf. Eine Viertelstunde später stehen wir im Hauptquartier der Südfront. Der Minister für Jugend und Sport, Adelino Nunes, früher Vizepräsident des Internationalen Studentenbundes (ISB), sowie der militärische Kommandeur der Südfront, Umaro Djalo, empfangen uns. Umaro ist gleichzeitig Vizepräsident des

Staatsrates der Republik Guinea-Bissau. Ebenso sind anwesend Julino, Politischer Kommissar der Südfront, sowie Albino, Direktor des Internats Areolino Cruz. Dieses Internat ist nach dem Studenten Areolino Cruz benannt, der das Schulsystem in den befreiten Gebieten maßgeblich mitaufgebaut hat und bei der Verteidigung einer Schule gegen einen portugiesischen Angriff gefallen ist.

In allen größeren Dörfern sind unter der Leitung der PAIGC Schulen errichtet worden. Diese Schulen umfassen vier Klassen; Lehrfächer sind: Portugiesisch, Mathematik, Naturwissenschaften, bildende und darstellende Kunst. Manchen dieser Schulen sind Internate angeschlossen. Da zum Teil sehr lange Schulwege zu Fuß zurückgelegt werden müssen, soll die Zahl der Internate vermehrt werden.

In der Region Quatafini bestehen z. B. 24 Schulen und Internate mit insgesamt 915 Schülern und 46 Lehrern. Diese Region hat etwa 5000 Einwohner.

Religion ist kein Schulfach, religiöse Toleranz wird groß geschrieben. Christentum und Islam üben im religiösen Bereich den größten Einfluß aus.

Nach dem Abschluß der vierklassigen Schulen und Internate besteht die Möglichkeit, ein weiter-

freites Afrika



Harald Stappmanns wurde auf der 25. o. MV des VDS in den Vorstand gewählt und ist Mitglied des SHB.

Vom 10. bis 17. Februar 1974 hielt sich eine offizielle Delegation des Internationalen Studentenbundes (ISB) auf Einladung der „Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln“ (PAIGC) in der Republik Guinea Bissau auf. Der Delegation gehörten an:

Fathi El Fadi, Sudan (Generalsekretär des ISB), Cherif Touré, Guinea Bissau (Vizepräsident des ISB), Juri Sajamow, UdSSR (Vizepräsident des ISB), Raffael Gourége, Kuba (Sekretär des ISB) und der Autor dieses Berichtes, Harald Stappmanns, BRD (Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Studentenschaften, VDS). Harald Stappmanns besuchte als erster Bürger der BRD Guinea Bissau, nachdem es zur unabhängigen Republik erklärt worden ist.

Die ISB-Delegation bereiste die südlichen Regionen des Landes, sie erlebte Bombenangriffe der portugiesischen Kolonialisten mit Fiat-G-91 Kampfflugzeugen, also Maschinen des Typs, die die BRD an Portugal lieferte. Der Autor besichtigte auch das Wrack eines von den Befreiungsstreitkräften abgeschossenen Do-27-Flugzeuges aus der BRD. Auf genaue Ortsangaben wird in den folgenden Ausführungen verzichtet, um Repressalien, vor allem Bomben- und Napalmangriffe seitens der portugiesischen Kolonialarmee gegen die örtliche Bevölkerung auszuschließen.





führendes Internat in Conakry (Republik Guinea) zu besuchen, welches auf ein Hochschulstudium vorbereitet. Der größte Teil der Schulabsolventen ergreift den Lehrerberuf, arbeitet im Gesundheitswesen, in der Verwaltung oder im Handel.

Zeichen der internationalen Solidarität

Das Hochschulstudium wird in den sozialistischen Ländern absolviert, die den Bedürfnissen der Republik Guinea-Bissau entsprechend Studienplätze und Stipendien bereitstellen. Inzwischen haben über 500 Studenten ein Studium erfolgreich abgeschlossen und arbeiten als Ingenieure oder als politische und militärische Führer am Aufbau ihres Landes mit.

Wir sahen, daß in den Schulen einzelner Orte Schulhefte, Bleistifte und Kugelschreiber benutzt werden, die aus Solidaritätsaktionen in der BRD stammten, es fanden Lesebücher Verwendung, die aus Schweden geliefert wurden. Auch in der kleinsten Schule stießen wir auf Zeichen der internationalen Solidarität. Ein 15jähriger Schüler im Internat Areolino Cruz sagte uns: „Jetzt können alle zur Schule gehen. Das haben die Kolonialisten fünf Jahrhunderte lang verhindert. Wir grüßen die Schüler und Studenten in der ganzen Welt.“

Abends findet ein Fußballspiel auf dem Dorfplatz statt. Fathi El Fadl spielt mit und schießt das erste Tor. Die Zuschauer verfolgen das Spiel mit Begeisterung; Fußball ist Nationalsport.

Am nächsten Tag fahren wir morgens zur Schneiderei im benachbarten Dorf. Einer der Schneider berichtet: „Die Portugiesen haben jahrhundertelang nichts getan, aber sie morden und foltern. Wir haben in den letzten sieben Jahren unseres Kampfes für die Unabhängigkeit und für den Aufbau unseres Landes mehr

gelernt als in den letzten fünf Jahrhunderten.“ Durch seine Arbeit als Schneider will er einen praktischen Beitrag zum Befreiungskampf seines Landes leisten. Als wir ihn fragen, wie er die internationale Solidarität einschätzt, meint er: „Die Welt ist wie eine Familie, es gibt gute und weniger gute. Wir sind dankbar für jede Hilfe, vor allem für die selbstlose Hilfe der Sowjetunion.“ Er bedauert, nicht mehr zu den Jungen zu gehören, die kämpfen können, aber er will sein bestes tun.

Butter, Milch, Tierfelle und -heute zu den Kaufhäusern und tauschen diese gegen andere Waren bzw. lassen sich entsprechende Beträge beim Kaufhaus gutschreiben. Vor allem Kofferradios sind sehr beliebt, damit die Sender der PAIGC gehört werden können.

Auch die Befreiungsstreitkräfte kaufen bei diesen Kaufhäusern ein und decken dort ihren Lebensmittelbedarf.

Jeder Sektor verfügt über zwei Handelsbrigaden, die jeweils aus mehreren Kaufhäusern bestehen. So hat z. B. der Sektor Balana 5 Kaufhäuser sowie zwei Reismühlen. In anderen Sektoren gibt es auch Webereien.

Abends fahren wir mit einem Lkw weiter. Links und rechts der Straße viele Bombentrichter von etwa 5 bis 10 m Durchmesser. Zum Teil sind die Wälder von Bomben abgeholzt, die vor dem Aufschlag detonierten oder Napalm hat große Waldflächen in Brand gesetzt. Nach etwa 100 km und nachdem wir drei Kontrollposten der Befreiungsmacht passiert haben, kommt das Kommando: absitzen.

Nun heißt es marschieren. Mit Taschenlampen leuchten wir den Dschungelpfad aus, um uns nicht in Lianen oder Baumwurzeln zu verfangen. Nach zweistündigem Marsch gelangen wir in ein Dorf. Zum Schlafen werden uns Laubbüttchen zur Verfügung gestellt. Neben den Hütten befinden sich zick-zack-förmig angelegte ca. 1,80 m tiefe Splittergräben. Wir müssen in voller Kleidung schlafen, denn jederzeit muß man hier auf Fliegerangriffe vorbereitet sein.

Versorgung der Bevölkerung

Anschließend besuchen wir das Kaufhaus. Gerade verkauft ein Bauer aus der Umgebung von ihm angebaute Manjuba-Wurzeln an die Kaufhausverwaltung. Dafür wird ihm ein bestimmter, von der Regierung festgelegter Betrag gutgeschrieben, für den er dann Waren für den eigenen Bedarf einkaufen kann.

Die Befreiungsbewegung bzw. die Regierung der Republik Guinea-Bissau hat in den befreiten Gebieten eine Handelskette aufgebaut, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Jeder Sektor (= Kreis) hat ein eigenes Kaufhaus. Die Waren werden zu von der Regierung festgesetzten Preisen verkauft bzw. getauscht. Das Warenangebot ist sehr reichhaltig:

- Nahrungsmittel (Erzeugnisse der einheimischen Bauern; Kaffee aus Kuba, Obstkonsernen und -säfte aus den sozialistischen Ländern, Importzucker und Milch ebenfalls aus den sozialistischen Ländern).
- Tuche und Stoffe (jedes Kaufhaus hat eine Schneiderei, die mit Nähmaschinen aus der UdSSR ausgerüstet ist und die gekauften Stoffe gleich nach Wunsch des Käufers verarbeitet); Schuhc.
- Technische Ausrüstung (Taschenlampen, Kofferradios, Petroleum, Spaten, Werkzeuge u. ä.)

Waren, die nicht vorrätig sind, können bestellt werden. Die Einwohner bringen eigene landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Reis,

Stand der militärischen Kämpfe

Nachdem inzwischen drei Viertel des Territoriums von der portugiesischen Kolonialherrschaft befreit sind und unter Kontrolle der Organe der unabhängigen Republik Guinea-Bissau stehen, versucht die portugiesische Luftwaffe, durch fortwährende Bombenangriffe die Bevölkerung zu demoralisieren und die durch die PAIGC neu aufgebaute Infrastruktur zu zerstören.



Dabei spielt eine wichtige Rolle, daß die Kolonialarmee nicht in der Lage ist, den Befreiungsstreitkräften militärisch etwas entgegenzusetzen. Die Stützpunkte der Portugiesen sind zum großen Teil von den Befreiungsstreitkräften nach vorheriger Belagerung eingenommen worden (während unseres Aufenthaltes wurde der Stützpunkt *Copa* im Norden des Landes eingenommen). Die restlichen noch bestehenden Stützpunkte werden von den Streitkräften der PAIGC belagert und sind militärisch nicht zu halten. Die Stützpunkte müssen aus der Luft versorgt werden. Hubschrauber und tieffliegende Transportflugzeuge (bei Abwurf von Lastenfallschirmen) werden immer häufiger von der Luftabwehr der Befreiungsstreitkräfte abgeschossen.

Vernichtungsstrategie der portugiesischen Luftwaffe

Das einzige, womit die Kolonialisten noch ihre Überlegenheit glauben dokumentieren zu können, ist die Luftwaffe. Die bevorzugten Ziele der Kolonialluftwaffe sind: Krankenhäuser, Schulen, Dörfer, Kaufhäuser, Reisfelder kurz vor der Ernte, Viehherden, Straßen. Wenn die Portugiesen erfahren, daß sich in einem Dorf Einheiten der Befreiungsarmee aufgehalten haben, zerstören sie dieses Dorf völlig. In den Gebieten, wo die Befreiungsstreitkräfte bereits eigene Luftabwehr installiert haben, fliegen die Bomber nur in Höhen über 6000 m.

Für die Düsenjagdbomber (Typ Fiat G 91 und F 86 „Sabre“) haben die Portugiesen eine spezielle Angriffstaktik entwickelt: Diese Maschinen fliegen hinter regelmäßig verkehrenden Düsenver-

kehrsflugzeugen her, so daß sie akustisch vom Erdboden aus kaum wahrnehmbar sind, und werfen dann im Sturzflug ihre Bomben bzw. Raketen ab. Bei solchen Angriffen sind die Verluste unter der Zivilbevölkerung besonders hoch, weil sehr wenig Zeit bleibt, um die Splittergräben zu erreichen. Eine andere Taktik ist die, über einem bestimmten Gebiet ständig Kreise zu fliegen, um den Eindruck zu erwecken, es handele sich um ein Aufklärungsflugzeug, und dann plötzlich Bomben abzuwerfen. Häufig finden Bombenangriffe auch nachts statt; in diesem Fall kommen Flugzeuge vom Typ C 47 Douglas „Dakota“ (militärische Version der DC-3) zum Einsatz.

Die Verwendung folgender Abwurfwaffen ist in Guinea-Bissau festgestellt worden: Luft-Boden-Raketen, Sprengbomben (Bombentrichter mit 5 bis 10 m Durchmesser), Splitterbomben, die vor dem Aufschlag detonieren, Napalmbehälter sowie Herbizide und sonstige Kampfmittel. Daran, welche Ziele die portugiesische Luftwaffe mit welchen Mitteln angreift, läßt sich ablesen, daß es den Kolonialisten vor allem darum ankommt, die von der Befreiungsbewegung aufgebaute Infrastruktur zu zerstören sowie die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung unmöglich zu machen. Im Zusammenhang mit dieser verbrecherischen Kämpfungsführung der „verbrannten Erde“ spielt der Einsatz von Napalm und Herbiziden eine große Rolle. So wird vor allem versucht, mit Napalm Buschbrände oder Brände auf Reisfeldern zu entfachen.

Folterungen und „Strafaktionen“

Eine andere Art des Terrors gegen die Bevölkerung ist der Überfall von Dörfern aus der Luft. Hubschraubereinheiten landen rund um ein Dorf, treiben die Einwohner zusammen, soweit diese nicht haben fliehen können (meist ältere Einwohner) und verhören sie. Nach Aussagen der Dorfbewohner ist es bei solchen Aktionen der portugiesischen Ko-





ionalarmee die Regel, daß grausame Folterungen stattfinden, um bei den Einwohnern Aussagen über Stützpunkte und Aktionen der Befreiungsarmee zu erpressen. Allerdings sind solche Hubschrauberüberfälle seltener geworden, weil die Portugiesen mit starken örtlichen Milizeinheiten der Befreiungsarmee rechnen müssen.

So waren die Portugiesen zum letztenmal mit Hubschraubern in den Regionen Balana und Quatafini im April 1972.

Ohne die militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung Portugals durch die NATO, vor allem durch die BRD, wäre dieser Krieg nicht zu führen. Dies ist eine Feststellung, die nicht nur übereinstimmend von den politischen Führern der Befreiungs-

Unterstützung Portugals durch die NATO

bewegungen gemacht wird, sondern auch an den innenpolitischen Problemen Portugals selbst ablesbar ist. Über 60 Prozent des Staatshaushalts Portugals werden für militärische Zwecke — und damit direkt oder indirekt für den Kolonialkrieg — verwendet. Die Waffen, die in diesem Kolonialkrieg seitens Portugals zur Anwendung kommen, stammen in der Regel aus andren NATO-Ländern oder werden in Portugal in Lizenz hergestellt. Vor allem die BRD hat Waffen bzw. Waf-

fenträger an Portugal geliefert: Flugzeuge vom Typ Fiat G 91, Dornier Do 27, Noratlas; Korvetten und Schnellboote, Landfahrzeuge und militärische Geräte.

Informationsgespräch mit Führern des Sektors

Am folgenden Tag erhalten wir Gelegenheit zu einem Gespräch mit verantwortlichen Politikern und militärischen Führern des Sektors, darunter: Cherif Fall Camara, Regions-Kommissar für Erziehung und Jugend, Loa, militärischer Kommandeur des Sektors, Antonia Murgon, Kommissar für Erziehung des Sektors, Paulo, Kommissar für Handel des Sektors, da Silva, Kommissar für die Kooperativen des Sektors, Eugenio Preda, Kommissar für Gesundheitswesen des Sektors, Gomiz, Kommandeur der Südfront für Jugend, Jaldo, Kommissar für Nachrichtenwesen des Sektors. Man informiert uns über Fragen der Verwaltung und Justiz, über das Gesundheitswesen und unterstreicht die große Bedeutung der internationalen Solidarität. Das Gesprächsergebnis läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Verwaltung und Justiz

Die Verwaltungsebenen sind: Dorf, Sektion, Sektor, Region, Front, Republik. In jedem Dorf gibt es ein fünfköpfiges Dorfkomitee, das von der Vollversammlung des Dorfes gewählt wird. Solche Komitces bestehen auch auf den anderen Verwaltungsebenen. Der Verantwortungsbereich eines solchen Komitees umfaßt:
— Politik (1. Vorsitzender)
— Sicherheit (2. Vorsitzender)

- Soziales, Gesundheit und Erziehung
- Finanzen
- Wirtschaft/Handel.

Darüber hinaus hat jeder Sektor, jede Region und jede Front einen militärischen Kommandeur, dem die Miliz untersteht (Miliz — „local armed forces“ im Unterschied zu den „regular armed forces“ = Befreiungsstreitkräfte).

Die Mitglieder der Gerichte werden auf Regionsebene von der Bevölkerung gewählt. Vor einer Gerichtsverhandlung wird jeder Fall von der Bevölkerung des Dorfes, aus dem der Angeklagte bzw. Beklagte stammt, beraten. Die Dorfversammlung macht dem Gericht einen Vorschlag, der beim Urteil berücksichtigt werden muß.

An den Wahlen zu den Komitees und Gerichten nehmen alle über 18jährigen teil, unabhängig davon, ob sie lesen oder schreiben können.

Gesundheitswesen

Der Aufbau des Gesundheitswesens ist für die Befreiungsbewegung nach wie vor eine der dringlichsten Aufgaben; einmal um die noch verbreiteten Tropenkrankheiten wirksam bekämpfen zu können (vor allem die Malaria), zum anderen um die Opfer des Bombenterrors sowie die Kriegsverletzten wirksam behandeln zu können.

Auf den unteren Verwaltungsebenen existieren Erste-Hilfe-Stationen, deren Ausrüstung ausreichend ist für die Behandlung kleinerer Verletzungen und für Erste-Hilfe-Maßnahmen bei schweren Verletzungen und Krankheiten. Auf Regionsebene existieren Hospitäler mit je ca. 50 Betten und einer Ausrüstung, die auch größere Operationen ermöglicht. In der Region Quatafini z. B. gibt es 2 solcher Hospitäler, die von 2 Ärzten (für jedes Hospital einer) und 46 Hilfsärzten betreut werden. Für diese Hospitäler stellen die Bombenangriffe der portugiesischen Kolonialluftwaffe nach wie vor ein großes Problem dar, weil die Piloten das Rotkreuzzeichen nicht respektieren und vor allem auch Hospitäler angreifen.

Internationale Hilfeleistungen

Nicht nur im Schul- und Ausbildungswesen, sondern auch im Gesundheitswesen erfahren die Menschen in der Republik Guinea-Bissau internationale Hilfe. Man bestätigt uns, daß unsere Begegnung mit zwei jungen kubanischen Ärzten durchaus keinen Einzelfall darstelle. Wir selbst konnten uns davon überzeugen, daß Medikamente der UNICEF und zahlreicher nationaler Hilfskomitees den Krankenhäusern zur Verfügung stehen. Aber auch in diesem Bereich ist, trotz aller hoch einzuschätzenden Solidaritätskampagnen, noch immer ein großer Mangel zu verzeichnen.

Ein weiterer Aspekt: Da die portugiesischen Kolonialisten nach wie vor Ernten und Viehherden durch Bombenabwürfe vernichten, müssen Lebensmittel importiert werden, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Hier spielt die Unterstützung durch die sozialistischen Länder eine wichtige Rolle. Um die Errungenschaften des Aufbaus gegen die portugiesischen Kolonialisten verteidigen zu können, ist die Befreiungsbewegung, bzw. die Regierung auf Unterstützung hinsichtlich der Ausrüstung und der Ausbildung der Armee angewiesen. Auch hier ist die Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten nicht wegzudenken. So gehören sowjetische Waffen („Kalašnikow“) und Lastkraftwagen („GAS“) zur Standardausrüstung der Befreiungsstreitkräfte.

Cherif Fall Camara, der verantwortliche Kommissar für Erziehung und Jugend in dieser Region sagte zum Abschied:

„Wir wollen keinen bewaffneten Kampf, aber wir haben keine andere Möglichkeit. Wir wissen, daß wir nicht alleine stehen, daß wir viele Freunde haben, und das ist nicht nur eine materielle, sondern auch eine große moralische Hilfe für uns. Wir kennen die Kraft der Solidarität der Weltjugend und aller fortschrittlichen Kräfte. Mit ihrer Hilfe werden wir den Kampf siegreich beenden.“



Erinnerungen eines Kommunisten an den 1. Mai



Otto
Niebergall

1889: amerikanisches Militär hatte ein Blutbad unter streikenden Arbeitern in den USA angerichtet. Entsetzen und Empörung erfüllte die Welt. In den Industrieländern Europas erhoben sich Proteste gegen die Willkürtat. Noch im gleichen Jahr tagte der Kongreß der 1. Sozialistischen Internationale. Unter dem Eindruck des verbrecherischen Geschehens beschloß er, alljährlich die internationale Arbeiterschaft aufzurufen, am 1. Mai für ihre Forderungen nach Gleichberechtigung, für die Solidarität der Werktätigen, für Völkerfreundschaft und Frieden zu demonstrieren.

Der Aufruf der Internationale blieb nicht ungehört. Schon am 1. Mai 1890 demonstrierten in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern die Arbeiter für diese Lösungen. Der 1. Mai wurde fortan ein Fanal für das internationale Proletariat. Er wurde zum Kampftag internationaler Verbundenheit und Solidarität.

Auch im alten kaiserlichen Deutschland gingen die Arbeiter zu Zehntausenden auf die Straße. Das deutsche Proletariat hatte kurz vorher seinen Kampf gegen das Sozialistengesetz siegreich beendet. Jetzt wurde der 1. Mai in Deutschland zu einer Kampfansage gegen die Herrschaft der Kraut-Junker, Schlot-Barone und Generale, gegen das feudale Dreiklassen-Wahlrecht.

Doch sehr schnell erkannten die herrschenden Kreise die große Gefahr, die ihnen aus den Massendemonstrationen des deutschen Proletariats drohte. So gab es fortan keinen 1. Mai mehr im Kaiserreich, an dem nicht Polizei und Spitzel eingesetzt wurden. Berittene Polizisten und Militärschlägen mit blankem Säbel auf die Demonstranten, deren Zahl indessen trotz Terror, Unter-

drückung und schwarzen Listen in den Betrieben von Jahr zu Jahr größer wurde.

So ist auch meine erste Erinnerung an den 1. Mai 1913, den ich als neunjähriger Junge an der Hand meines Vaters in Saarbrücken miterlebte, verbunden mit der Erinnerung der überall eingesetzten „Pickenhauben“ (Ausdruck für die damalige Polizei). Verboten war zwar eine Straßen-demonstration, verboten auch eine Kundgebung im Freien. Doch im Tivoli stauten sich die Massen, die von einem prächtigen Kampfgeist gegen Willkür und Unterdrückung getragen waren.

Dann kam der 1. Weltkrieg. Die sozialdemokratischen Führer verrieten die Grundsätze des 1. Mai. Sie stimmten im Reichstag für die Kriegskredite. Sie riefen auf, den Raubzug des kaiserlichen Deutschland zu unterstützen. Und doch vergaßen die Arbeiter nicht den 1. Mai und seine revolutionären Purolen. Immer wieder sah man auch schon in den ersten Kriegsjahren am 1. Mai die „rote Mai-Nelke“, das Kennzeichen der internationalen Verbundenheit und des 1. Mai am internationa-

len Kampftag der Arbeiterklasse aufleuchten. Als gar Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit ihren „Junius-Briefen“ und den „Spartakus“-Aufrufen das deutsche Proletariat zum Widerstand gegen die imperialistische Herrschaft aufriefen, gab es schon 1916 die ersten Maidemonstrationen auf der Straße. Die gewaltigste von ihnen fand in Berlin statt, wo Karl Liebknecht — zwangswise zum Militärdienst einberufen — in Soldatenuniform zum Sturz der Feudalherrschaft und zur Beendigung des Völkermordens aufrief.

Die Niederlage des deutschen Imperialismus 1918 schien den Weg freigemacht zu haben, um jene Ziele des 1. Mai in Deutschland zu verwirklichen. Der Sieg des russischen Proletariats über Zarentum und Bourgeoisie begünstigte die übergroße Mehrheit des

Otto Niebergall hat in der Geschichte der Arbeiterbewegung viele leitende Funktionen in der kommunistischen Partei ausgeübt. Heute ist er Vorsitzender der Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP.

AM 1. MAI

1946



Arbeiter mit Mainelke, nach einem Plakat von Arnold Mohr, 1946

deutschen Proletariats. In den Städten und Fabriken, in den Kompanien der zurückflutenden Soldaten bildeten sich — genau wie in Rußland — Arbeiter- und Soldatenräte. Doch der „Rat der Volksbeauftragten“ — von den sogenannten „Mehrheitssozialisten“ beherrscht — verhinderte eine fortschrittliche Entwicklung, ließ die Macht in den Händen der Bourgeoisie, beauftragte kaiserliche Offiziere und Generale gegen die für Demokratie und Sozialismus demonstrierenden Arbeiter mit den Waffen vorzugehen.

So stand der 1. Mai 1919 — zum ersten und einzigen Male während der Weimarer Republik zum Feiertag erklärt — im Zeichen der zersplitterten und sich feindlich gegenüberstehenden Arbeiterklasse. Zu tief waren die Wunden gerissen, die das Blut Tausender Arbeiter während der Dezember- und Januar-Kämpfe in Berlin und anderen deutschen Städten vergossen hatte, um den 1. Mai 1919 zu einem Freudentag werden zu lassen.

Diesen 1. Mai 1919 erlebte ich wieder in Saarbrücken. Diesmal

15jährig. Bereits politisch in der sozialistischen Jugendbewegung organisiert. Er wurde zu einem Aufmarsch des Saarbrücker Proletariats. Tausende kamen zum Ludwigspark, wo die Kundgebung stattfand. Dorthin demonstrieren und marschieren durften sie auch diesmal noch nicht. Das hatte die französische Besatzungsmacht verboten. Doch kein Militär und keine Polizei konnten verhindern, daß auf den Trottoirs sich Menschenmassen formierten und eben „zu Fuß zur Kundgebung gingen“.

Wenn auch die sozialdemokratisch geführten Reichsregierungen schon von 1920 an den 1. Mai nicht mehr als gesetzlichen Feiertag anerkannten, so konnten sie selbst nicht verhindern, daß sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter jedes Jahr ihren Kampftag mit Arbeitsruhe feierten. Was blieb den Fabriken und Großbetrieben anderes übrig, als die „Bude“ am 1. Mai zuzumachen. Die Arbeiter nahmen gerne die Nichtbezahlung des Tages in Anspruch. Ihr Bekennnis zum 1. Mai, zur internationalen Solidarität, gegen Wiederauf-



Protestdemonstration Berliner Arbeiter in Berlin-Wedding gegen die Maiprovokation 1929



Berliner Polizei im Einsatz gegen demonstrierende Arbeiter, 1. Mai 1929

rüstung und neue Kriegsvorberei-
tungen konnte nicht mehr über-
sehen werden.

Um so mehr setzte natürlich der
Druck von oben gegen die de-
monstrierenden Arbeiter ein. Es
verging kein Jahr, wo nicht re-
publikanische Polizei, meist unter
dem Kommando von SPD-Polizie-
offizieren und -Ministern stehend,
gegen die demonstrierenden Ar-
beiter mit Gewalt vorging.

Mein erstes direktes Zusam-
mentreffen mit der Polizeigewalt ge-
schah am 1. Mai 1925. Wieder in
Saarbrücken. Das Saarland war
lt. dem Versailler Friedensvertrag
auf die Dauer von 15 Jahren der
Kontrolle des Völkerbundes un-
terstellt. Die reaktionäre Einstel-
lung des Völkerbundes kam auch
in der Zusammensetzung seiner
sogenannten Saarregierung zum
Ausdruck. Gegen die vom fran-
zösischen Monopolkapital be-
herrschte Ausbeutungspolitik die-
ser „Saar-Regierung“ verschärfte
sich in diesen Jahren der Wider-
stand der Saarbevölkerung. Es
war vorauszusehen, daß die

1.-Mai-Demonstration zu einer
Protestkundgebung der Saar-
brücker Arbeiterschaft werden
würde. Zwar wagte die Saar-Re-
gierung nicht, den Aufmarsch zu
verbieten. Doch schon beim Hin-
marsch der Massen zum Lud-
wigspark sah man überall be-
rittene und andere Polizeieinhei-
ten. Kaum war die Kundgebung
beendet und die Teilnehmer wie-
der auf dem Heimmarsch, als die
Brittenen wütend und blindlings
über die Demonstranten her-
fielen. Es gab sehr viele Verletzte
auf Seiten der Arbeiter, aber auch
Polizisten lernten die Fäuste der
Arbeiter kennen. Mit zwei Ge-
nossen wurde auch ich als „Rä-
delshörer“ verhaftet. Meine
„Schuld“ war: Ich hatte mit die
Verantwortung für die Demo-
nstration und Kundgebung über-
nommen. Das Saarbrücker Ge-
richt sprach mich „schuldig“ und
warf mich sieben Monate ins Ge-
fängnis.

1929 erlebte ich den 1. Mai in
Berlin. Der preußische Innen-
minister Grzesinski (SPD) hatte
Wochen vorher für Berlin ein
Demonstrationsverbot erlassen. Er
hielt dieses Verbot auch für den
1. Mai aufrecht. Alle Einsprüche
und Vorsprachen für die Auf-
hebung des Demonstrationsver-
botes am 1. Mai wurden brüsk
von der preußischen SPD-Regie-
rung zurückgewiesen. Der Berli-
ner Polizeipräsident Zörgiebel er-

hielt geheime Anweisungen, mit
allen Mitteln die Demonstration
zu verhindern. Und Zörgiebel tat
es willig. Als gegen Mittag rund
200 000 Demonstranten — es gab
keinen Unterschied bei ihnen zwis-
chen Sozialdemokraten und Kom-
munisten — in Märschen auf dem
Bülow- und Senefelder-Platz und
anderen eintrafen, war plötzlich
der Teufel los. Ohne vorherige
Warnung stürzten die in den Nebenstraßen stationierten Polizei-
einheiten über die Demonstranten
her. In geschlossenen Formationen
gingen sie vor. Plötzlich wurde
geschossen. Menschen wälzten sich in ihrem Blut. In die flüchtende Menschenmenge
wurde scharf geschossen. Blut floß auf der Straße, Verwundete schrien nach Hilfe. Die Bilanz:
31 Tote lagen auf der Straße, Hunderte von Verwundeten wurden abtransportiert, Hunderte halfen sich selbst, um der Ver-
haftung zu entgehen, und über tausend Demonstranten wurden verhaftet, wochen- und monate-
lang inhaftiert.

Dieser Blutmai des Jahres 1929
wird unvergänglich bleiben. Er riß
die Gegensätze zwischen Sozial-
demokraten und Kommunisten
noch tiefer auf. Die rechte SPD-
Führung hatte ihr Ziel erreicht:
Die Bildung einer Aktionseinheit
zwischen Sozialdemokraten und
Kommunisten, die angesichts der
drohenden Gefahr faschistischer
Machtergreifung notwendiger war
als je, wurde auf Jahre hinaus
erschwert.

Als im März 1933 die Faschisten
die Macht in Deutschland über-
nahmen, war eine ihrer ersten
„Amtshandlungen“, den 1. Mai zu
einem „gesetzlichen Feiertag“, zum
sogenannten „Tag der nationa-
len Arbeit“, zu erklären. Doch
der Nazi-1.-Mai war nicht der
1. Mai der internationalen Arbei-
terklasse. Denn während die Nazis
den 1. Mai missbrauchten, um
die ihnen bis dahin feindlich oder
neutralisiert gegenüberstehenden
Schichten der Arbeiterklasse zu
betrügen und für ihre Kriegsziele
einzulullen, gedachten die in den
Zuchthäusern und den Konzen-
trationslagern inhaftierten und
illegal lebenden Antifaschisten
des 1. Mai in seiner wahren Be-
deutung als Kampftag der interna-
tionalen Arbeiterklasse gegen
Imperialismus und Krieg.

So erlebte ich den 1. Mai 1934 in
Moskau. Ich sah den gewaltigen
Vorbeimarsch der sowjetischen
Menschen. Etwas ganz Neues tat

sich vor mir auf: Die geballte
Kraft eines von Unterdrückung
und Ausbeutung befreiten Vol-
kes. Die Kraft des sowjetischen
Proletariats, die angesichts der
reaktionären und faschistischen
Entwicklung in den kapitalisti-
schen Ländern, zum Machtfaktor
für die Befreiung der Menschheit
vom faschistischen Joch geworden
war.

Viele Erinnerungen sind in der
Folge mit dem 1. Mai in meinem
Gedächtnis verbunden. Der 1. Mai
1936 in Paris, die gewaltige De-
monstration der Pariser Arbeiter-
schaft, die an diesem Tage Vor-
bote einer sich bildenden Volks-
front war. Oder 1937. Ich war in-
zwischen Abschnittsleiter des ZK
für das Gebiet Mittelrhein ge-
worden. In den Jahren 1938,
1939 und 1940 war unsere Auf-
gabe am 1. Mai, die unterdrückten
Volksmassen in dem faschisti-
schen Deutschland über die Ge-
walt- und Kriegspolitik der deut-
schen Nazis aufzuklären.

Durch Kuriere über Verbindungs-
leute der Binnen- und Seeschiff-
fahrt, über die Post in Luxem-
burg und Belgien, in Güterzügen
wurde antifaschistisches Aufklä-
rungsmaterial ins 3. Reich ver-
sandt. 1941, der 2. Weltkrieg stand
am Anfang seiner Höhe — wir
ahnten und erkannten den bevor-
stehenden Überfall der deutschen
Faschisten auf die UdSSR — wir
organisierten deshalb als KPD-
Leitung eine Großaktion zur Auf-
klärung deutscher Soldaten und
Bediensteten in Luxemburg, Bel-
gien und Frankreich und riefen
sie zum Widerstand gegen den
deutschen Faschismus und Im-
perialismus auf. Das war auch in
den folgenden Jahren unsere bes-
ondere Aufgabe zum 1. Mai.
Eine besondere Hilfe dabei war
der in der Sowjetunion am 10. No-
vember 1941 errichtete deutsche
Volkssender und später andere
Sender.

Dann kam der 1. Mai 1945. Noch
hatten die deutschen Faschisten
nicht kapituliert. Aber in Paris
demonstrierte die Bevölkerung am
1. Mai. Sie feierte mit dem Tag
der internationalen Arbeiterklasse
den Tag ihrer Befreiung vom
Faschismus. Den Sieg der Anti-
Hitler-Koalition, der Roten Armee,
der Resistance über den
verbrecherischen Faschismus. Un-
vergänglich wird mir auch dieses
Erlebnis sein, wo ich die große
revolutionäre Kraft der französi-
schen Arbeiterklasse verspürte,
die jetzt daran ist, wieder in einer

geschlossenen Volksfront von
Kommunisten, Sozialisten und
bürgerlichen Linken Frankreich
einen Weg zur demokratischen
Erneuerung zu schaffen.

Am 1. Mai 1946 bin ich wieder zu
Hause. In Saarbrücken. Tausende
demonstrieren jetzt, ungehindert
und frei, auf dem Landwehrplatz
für die Ziele des 1. Mai.

Doch die Hoffnung, daß die West-
zonen Deutschlands auch der
Weg des 1. Mai gehen würde,
wie dies die gesamte Arbeiter-
klasse in der damaligen Ostzone
tat, erfüllte sich nicht. Gemein-
sam mit den kapitalistischen Be-
satzungsmächten errichtete die
deutsche Bourgeoisie unter aktiver
Mithilfe der rechten SPD-
Führung in der heutigen Bundes-
republik Deutschland ein System
staatsmonopolistischer Ausbeu-
tung und Unterdrückung.

Doch der 1. Mai hat trotz aller
Verleumdungen und Entstellun-
gen auch bei den Arbeitern der
BRD nicht seine Bedeutung als
Kampftag der Arbeiterklasse ver-
loren. Das haben die großartigen
Lohnkämpfe der letzten Monate
gezeigt. Das zeigen die großen
Solidaritätsbewegungen für den
Befreiungskampf des vietnamesi-
schen Volkes und die Hilfsbereit-
schaft für die chilenische Arbei-
terklasse gegen die faschistische
Junta. Das kam auch bei den
diesjährigen Maidemonstrationen
zum Ausdruck. Jetzt hat der
1. Mai in der BRD seinen Aus-
druck gefunden in der gemein-
samen Forderung von Sozialde-
mokraten und Kommunisten: In-
ternationale Entspannung und
Völkerfreundschaft, Frieden und
Abrüstung, Festigung der demo-
kratischen Grundrechte und de-
ren Sicherung und Schaffung
eines sozialistischen Klassenbe-
wußtseins in der Arbeiterschaft
der BRD.

RCDS: Polizeiagenten und Faschisten- kollaborateure

**Die studentischen
Hilfstruppen
des Großkapitals
weiter auf dem Weg
nach rechtsaußen**

Agententätigkeit für die politische Polizei, Zusammenarbeit mit Neofaschisten und politische Unterstützung für die faschistische Junta in Chile, Gerichtskampagnen gegen VDS und Asten, das ganze ein wenig verziert mit sozialer Demagogie und bezahlt vom Großkapital – Diese Charakterisierung des CDU/CSU-Studentenverbandes ist nach wie vor brennend aktuell.

Denn gerade die 25. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz in Münster Ende März dieses Jahres ließ einen weiteren Ruck nach rechtsaußen im RCDS sichtbar werden.

Das progressiv dynamische Männelchen wurde abgestreift. Deutlich kehrte sich der RCDS von den Positionen der Sozialausschüsse in der CDU ab und das besonders in der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung. Diese Abkehr macht sich im Antrag F 6 der 25. o. BDV fest, der gefühlvoll und ehrlich damit begründet wird, daß die „stark einseitige Ausrichtung des RCDS auf die Sozialausschüsse bei anderen Gruppierungen innerhalb der

CDU CSU“ einen „Abneigungseffekt“ hervorgerufen habe. Gerade „bezüglich der Finanzierung“ hätten „einzelne Gruppen diesen Effekt zu spüren bekommen.“

Volle Kassen im RCDS

Die großen Konzerne zahlen wieder kräftig. Die Reaktion in unserem Lande setzt im Hochschulbereich voll auf RCDS. So forderten der Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates, Dr. Haimo George, in einem Schreiben vom

DR. HAIMO GEORGE
GESCHÄFTSFÜHRER DES WIRTSCHAFTSRATES
DER CDU E.V.

65 BONN
OLDBECKSTRASSE 15
TELEFON 55001

16. Januar 1974

An die
Mitglieder und Freunde
des Wirtschaftsrates der CDU e.V.
in Nordrhein-Westfalen

Wichtig

Speziell für Ihr Bundesland geben wir Ihnen die

NRW-Empfehlung Nr. 1:

- 1 Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bemüht sich um die Studenten der Universitäten und Hochschulen (Studentenzeitschriften, Podiumsdiskussionen, Seminare, ASTA-Wahlen, Information, Flugblätter usw.) und versucht, diese zur kritischen Befassung mit den "Systemveränderern" zu bewegen und sie von den freiheitlichen Anschauungen der Union zu Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu überzeugen.
2. Der RCDS hat alle Voraussetzungen, echte, moderne Basisarbeit zu leisten, mit dem Vorteil, daß der Kontakt von Jugendlichen zu Jugendlichen geht. Der RCDS braucht, um eine effiziente Arbeit zu leisten, natürlich auch finanzielle und sächliche Mittel. Darauf aber "hapert" es besonders.
3. Wir haben uns mit dem RCDS-Landesverband Nordrhein-Westfalen über dessen Aktivitäten im einzelnen unterhalten, uns einzelne Projekte angesehen und die Personen, die den RCDS repräsentieren, kennengelernt. Wir glauben, Ihnen eine Unterstützung des RCDS in Nordrhein-Westfalen empfehlen zu sollen. Wenn auch Unternehmer heute bereits kaum noch Zeit haben, noch sollten sie Geld und Sachmittel in ihrem "Systemveränderungs-Abwehr-Etat" haben oder bereitstellen.

16. Januar dieses Jahres die großen Konzerne in Nordrhein-Westfalen auf, Spenden an den RCDS abzuführen.

Das Ziel ist klar. Von rechter sozialdemokratischer Bildungspolitik enttäuschte Studenten sollen mit Hilfe sozialer und politischer Demagogie auf reaktionären Kurs gebracht werden. Dr. Haimo George kennzeichnet das in seinem Schreiben an die Wirtschaftsbosse so: „Der RCDS versucht, die Studenten von den Anschauungen der Union (CDU/CSU, d. Verf.) zu Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu überzeugen. Der RCDS hat alle Voraussetzungen, echte, moderne Basisarbeit zu leisten, mit dem Vorteil, daß der Kontakt von Jugendlichen zu Jugendlichen geht.“

Alle Veröffentlichungen des RCDS sind davon bestimmt, diese vom Großkapital gestellte Aufgabe umzusetzen. Sie beschwören „die Idee unserer freiheitlichen, demokratischen, sozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“.¹ Die Verherrlichung unseres Systems, das ist eine der Aufgaben, für die die CDU-Studenten aus der Kasse der Großkonzerne gut bezahlt werden. Wie hoch diese Unterstützung ist, das kann man erahnen, wenn man die finanziellen Voranschläge untersucht, die der RCDS-Bundesvorstand in seinem streng vertraulichen Anleitungspapier „Leitfaden zur Wahlkampfführung“ den Gruppen empfiehlt: Für einen einzigen ordentlich geführten Wahlkampf veranschlagt er weit über 5000 DM.² Dazu ge-

hören zum Beispiel: „Plakat mit Foto und wenig Text zur Image-Bildung (50 Stück) 300 DM, Wahlzeitung mit Kandidatenphotos, Wahl Broschüre mit lustigen Zeichnungen...“³ Außerdem Rechnung stehen die „Matrienkampfflugblätter, jeweils mindestens 2000 Stück umsonst bei der CDU“.⁴



Protektion selbst im Kleinen: In Saarbrücken stellte die CDU-beherrschte Verkehrsgesellschaft dem RCDS diesen Bus als Propagandazentrum zur Verfügung — postiert mitten im Uni-Gelände.

Porto und Büros werden sowieso in der Regel von der CDU/CSU bezahlt. Und die Saarbrückener RCDSler erhielten sogar von der CDU-beherrschten Verkehrsgesellschaft einen ganzen Omnibus, den sie mit Genehmigung des Rektors als Propagandazentrum mitten im Universitätsgelände postieren konnten. Auf Dauer! Zur Intensivierung der Zahlen werden regelmäßig Mahnbriefe an die großen Firmen ge-

schickt. Dabei geraten die einzelnen Landesverbände und Gruppen in Streit, weil sich einzelne Gruppen über ihre Orts- und Landesgrenzen hinweg um Konzernzuschüsse bemüht hatten. Die Münsteraner Bundesdelegiertenkonferenz mußte darum folgenden Beschuß fassen: „Der maximale Einzugsbereich von Spendenaktionen einzelner Gruppen und Landesverbände ist die jeweilige Landesgrenze. Eine weitere Begrenzung innerhalb der Länder auf einzelne Regionen bleibt den Landesverband vorbehalten.“⁵

Ein weiteres organisiertes Sammelbecken für die Finanzspritzten des Großkapitals ist der vor zwei Jahren gegründete „Arbeiterkreis Student und Gesellschaft“. Er kandidiert selbst nicht, sondern beschränkt sich darauf, rechte Hochschulgruppen, zum Beispiel in der Vorbereitung von Studentenparlamentswahlen, durch Finanzspritzten und kostenlose Schulungsseminare zu unterstützen. Die Finanzen werden gesammelt durch einen Fördererkreis, dem die Großen des Großkapitals angehören:

- Dr. Martin Schleyer, Daimler-Benz-Boß und Präsident der Deutschen Arbeitgeberverbände.
- Bankier Johann Philipp Freiherr von Bethmann, berüchtigt bekannt durch den rechten Handstreich, mit dem er den Frankfurter CDU-Vorstand eroberte und nach rechts zu rechtrückte, BuF-Mitglied.
- Ludwig Bölkow, Rüstungsboß des Messerschmidt-Bölkow-Blohm Konzerns in München, BuF Mitglied.

Darüber hinaus zieren den Kreis der katholische Militärbischof Hengsbach, die CDU-Vertreter Mikat und Stoltenberg, Hermann Josef Abs und viel anderes lichtscheues Volk.

Kriminalisierung und Bespitzelung

Finanziell so abgesichert, kann der RCDS seinen Angriff auf die Studentenbewegung führen. Eine entscheidende Waffe ist dabei die Denunzierung und Diffamierung aller anderen Studentengruppen außerhalb des RCDS, es sei denn, sie standen noch weiter rechts.

Zu dieser Diffamierung und Kriminalisierung ist der RCDS gezwungen, weil die Attraktivität des kapitalistischen Systems bekanntlich nicht ausreicht, um in der politischen Auseinandersetzung mit engagierten Demokraten bestehen zu können.

Das gilt besonders für den Wahlkampf. Die Linie heißt hier immer: Volles Rohr auf SPARTAKUS und SHB. Dazu wird das gesamte Register der antikommunistischen Kalten-Krieger-Argumente gezogen. Auf eine solche „geschickt“ angelegte Diffamierungskampagne weist der RCDS-Bundesvorstand in einem internen Papier über den Münsteraner Wahlkampf hin: „Für kommende Wahlkämpfe soll dieses Beispiel einer systematisch aufgebauten Flugblattaktion als Anregung dienen.“⁶ Die Systematik der Serie: Alle Flugblätter haben nur ein Thema: SPARTAKUS und auch den SHB als Agenten der DDR und der Sowjetunion darzustellen. Diese alten antikommunistischen Grundmuster aus den fünfziger Jahren zieht sich konsequent durch alle Veröffentlichungen. Das sind nun die Themen der Serie nach der Parole: Häufige Wiederholungen machen Lügen glaubhaft:

1. Spartakus für seine langfristige Perspektive des sozialistischen Studiums zum Bündnis mit reaktionären Ordinarien bereit.
2. SHB — Sozialdemokratisch? — Gemeinsame Schulungsseminare von Spartakus und SHB in der DDR
3. Das Täuschungsmanöver der gewerkschaftlichen Orientierung
4. Gegen die DKP — Einheitsfront: SHB/Spartakus
5. SHB fordert mehr politische Prozesse in der CSSR
6. Hochschulpolitik des Spartakus: Parteihochschule à la DDR
7. SHB: Verbandsmehrheit marschiert in Richtung DKP
8. SHB holt sich Direktiven vom DKP-Bundesvorstand (gemeint ist wohl der Parteivorstand der DKP)
9. Hochschulpolitik des Spartakus: Demokratisierung?
10. Wie sich die Spartakus-Fraktion im SHB durchsetzte

RCDS überwacht Durchführung der Berufsverbote

Über die Diffamierung und Kriminalisierung hinaus versucht der RCDS fortschrittliche Gruppen und ihre Anhänger mit allen Mitteln auszuschalten.

Eine wichtige Waffe ist dabei das Berufsverbot. In den „20 Punkten gegen Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst“ setzt sich der RCDS für eine harte Berufsverbotspraxis gegenüber allen ein, die nicht „auf dem Boden des Grundgesetzes“ stehen. Wer darauf steht, bestimmt der RCDS. „Der RCDS ist die einzige Hochschulgruppe, die sich uneingeschränkt auf den Boden des Grundgesetzes stellt und für die Einhaltung und Verbesserung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aktiv und engagiert eintritt.“ Damit hat der RCDS den Kreis klar gezogen. Zur Sicherheit behandelt er in seinen „20 Punkten...“ noch einmal die Kommunisten: „Wer als Mitglied der DKP diese Vorstellungen (der DKP, d. V.) teilt oder unterstützt, darf nicht im öffentlichen Dienst tätig sein. Der RCDS fordert die Entlassung von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst.“¹⁰

Das setzt er aktiv in die Praxis um: **Wird ein Berufsverbot nicht umgehend ausgesprochen, dann setzt der RCDS seine Propagandamaschine in Kraft.** Ein Beispiel unter vielen ist dafür der Fall Hermann in Bonn. Als der Rektor der Universität sich nicht schnell genug für ein Berufsverbot engagierte, kritisierte ihn der RCDS: „Um so unverständlicher ist die wankelmütige Haltung des Rektors: einmal ist Hermann verfassungsfeindlich, ein anderes Mal ist er nicht qualifiziert. Dabei ist die Sachlage eindeutig. Das Fazit lautet klipp und klar: Hans Hermann ist verfassungsfeindlich und nicht qualifiziert.“¹¹

Als seine Propagandaaktionen endlich Erfolg hatten, bedankte sich der RCDS freundlich beim Rektor: „Nachdem wir in der Vergangenheit mehrfach Kritik am Rektor geübt haben, wollen wir es nicht versäumen, ihm für seine Entscheidung im Falle Hermann den aufrichtigen Dank aller Demokraten abzustatten.“¹²

Nebenbei bemerkt: der immer wieder vom RCDS geforderte Wissenschaftpluralismus findet nicht statt. Der RCDS zieht es vor, den politischen Gegner, z.B. den marxistischen Wissenschaftler, mit Hilfe des Berufsverbotes zu erledigen.

RCDS – Agenten der politischen Polizei

Damit beweist sich der RCDS als Polizeiagent der Reaktion in unserem Lande. So wie vom Berufsverbot nicht nur Kommunisten, sondern auch aktive Sozialdemokraten und sogar engagierte Liberale betroffen sind, so beschränkt auch der RCDS seine Agententätigkeit keinesfalls nur auf Kommunisten. Fortschrittliche Dozenten, ja, jeder demokratisch engagierte Kommilitone ist von den Spitzelaktionen des RCDS bedroht.

Wie der RCDS Hand in Hand mit Staatsanwaltschaft und politischer Polizei zusammenarbeitet, zeigt das Beispiel Heidelberg: Der RCDS veröffentlichte dort folgendes Flugblatt: „RCDS an der PH Heidelberg — Information zum Streik: Dozenten ist es untersagt, zu streiken!“¹³

Hinweis:

Sollten Lehrveranstaltungen wieder durch Störaktionen linker Studenten sabotiert werden, dann ist es ratsam, gegen dieselben Strafantrag wegen „NÖTIGUNG“ (kurze Schilderung des Hergangs, Unterschriften von Zeugen, zu adressieren an die Staatsanwaltschaft Heidelberg).

DAS IST ALLES!!!

Zur Identifikation einzelner Störe liegen Bilder und Namen bereit bei: 0621 — 736494.“

Wer diese Telefonnummer dann anrief, geriet an die „Kommilitonin“ Stumpf (wohnhaft: 78 Mannheim 41, Kallstädterstr. 107), die alle Unterlagen sammelte und über die Geschäftsstelle des RCDS weiter an die politische Polizei und Staatsanwaltschaft leitete.

Das Erschreckende ist die Perfektion der RCDS — Spitzelarbeit: Da werden Namens- und Bilderlisten von Kommilitonen angelegt, um ihre Identifizierung auch mit hundertprozentiger Sicherheit zu gewährleisten.

RCDS aktuell

STELLT STRAFANTRAG GEGEN ASTA

Die Mitglieder des DEMOKRATISCHEN ZENTRUMS stellen deshalb Strafantrag gegen den Heidelberger ASTA wegen 'Aufforderung und Anstiftung zur Nötigung'.

Wer es mit unserem Staat und seiner freiheitlich demokratischen Verfassung noch ernst meint, schliegt sich uns an.

Jeder zusätzliche Strafantrag gegen den ASTA bringt uns einen geordneten Studiengang wieder näher!!

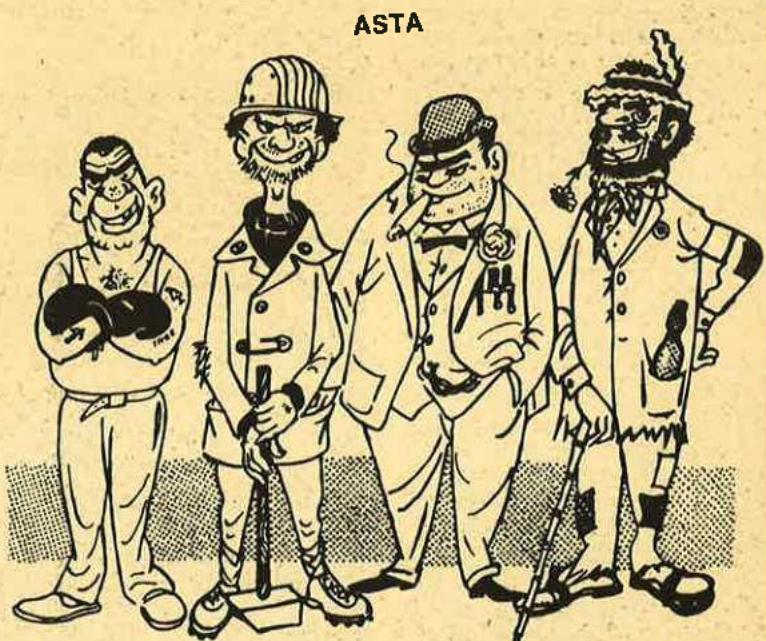
SOLIDARITÄT ALLER, IM KAMPF GEGEN DIE KRIMINELLM UNTERWAHLUNG UNSERER UNIVERSITÄT!

GEGEN DIE SOZIALISTISCHE DIKTATUR!
FÜR UNGESTÖRTE LEHRVERANSTALTUNGEN!

9/5/73

verantw.: reda im DEMOKRATISCHEN ZENTRUM - DU-Hauptstr. 59

Kriminalisierung des ASTA — der RCDS in seinem Element



Polit-Referent

Agitations-Referent

ASTA-Chef

Demonstrations-Referent

Die Diffamierung des politischen Gegners als Gangster und Verbrecher macht selbst vor dem Zeichenstift nicht halt. Aus: RCDS-Reformpolitik mit Augenmaß (RCDS PH Köln, Februar 1974)

Heidelberg ist kein Einzelfall: In Stuttgart mußte das CDU-Mitglied Martin Baumgärtner — auf Recherchen des MSB SPARTAKUS hin — am 3. 12. 1973 in der hochschulpolitischen Fragestunde des Studentenparlamentes seine Beziehungen zur politischen Polizei zugeben. Dazu ein Ausschnitt aus dem Protokoll:

Letsche (Mitglied des MSB SPARTAKUS, d. v.): Ich habe eine Frage an Martin Baumgärtner. Trifft es zu, daß er Beziehungen zu irgendwelchen Nachrichten-Organen, die es in der Bundesrepublik gibt, Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst, nebst jeweiligen Unterorganen, respektive politischer Kriminalpolizei unterhält?

Nach Versuchen des Parlamentspräsidenten, die Frage nicht zuzulassen, erklärte Baumgärtner dann: „Muß ich die Frage beantworten?... Also, da kann ich Ihnen sagen, privat ja, öffentlich nicht.“

Und nach dem Namen gefragt: „Den Namen zu nennen, ich weiß nicht, ob das erheblich ist, der Mann ist an sich von untergeordneter Bedeutung...“

Diese Liste von RCDS Machenschaften läßt sich beliebig fortsetzen. Ein ist klar: Es handelt sich nicht um Einzelaktionen einzelner, besonders radikaler RCDS-Pflänzchen, sondern um einen integralen Bestandteil der RCDS-Politik, was auch in den Erklärungen der RCDS-Bundesdelegiertenkonferenz in Münster zum Ausdruck kam. Dort heißt es im Antrag D4 zu den Frankfurter Polizeiaktionen: „Der RCDS begrüßt das konsequente Einschreiten der hessischen Landesregierung gegen die vom AStA (!) der Universität Frankfurt geplanten (!) und durchgeführten (!) Gewaltakte.“ Auch hier: Kriminalisierung der Interessenorgane der Studenten. Zugleich geht es ihm um die Denunzierung von Dozenten: „Gerade die Sympathie und teilweise sogar offene Unterstützung der Linksräder durch Universitätsleitungen hat die Eskalation der Gewalt ermöglicht.“ Ganz der Polizeiagent, fordert der RCDS schärferes Vorgehen: „Der RCDS erwartet, daß die Ordnungsbehörden unseres Staates entschiedener als in der Vergangenheit gegen Demonstrationäte vorgehen...“

RCDS: „Ordnungsrecht nicht effektiv!“

Vor diesem Hintergrund wird die volle Demagogie der „8 Thesen gegen ein Ordnungsrecht an den Hochschulen“¹¹ des RCDS besonders deutlich. Dort spricht er sich zwar gegen ein spezielles Ordnungsrecht aus, aber mit der Begründung, daß ein Ordnungsrecht keine effektive Kriminalisierung ermögliche. „Denn die Einführung eines Ordnungsrechts und ein mögliches Märtyrerbewußtsein davon Betroffener birgt die Gefahr in sich, neue Konflikte aufzubrechen.“

Statt dessen fordert der RCDS zur effektiven Kriminalisierung die Einrichtung von Sondergerichten für studentische „Störe“, im Amtsdeutsch so ausgedrückt: „bestimmte Kammern oder einzelne Amtsrichter an den zuständigen Gerichten mit der vorzugsweisen Behandlungen derartiger Streitigkeiten beauftragt werden.“ Diese Rolle als Polizeiagent bestätigte der RCDS auch auf seiner Bundesdelegiertenkonferenz in seinem Antrag D6: „Insbesondere fordert die BDV die Bundesregierung und den Bundesrat auf, den Verbotsantrag gegen DKP und NPD beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.“ Daß die NPD dabei nur als Feigenblättchen aufgeführt ist und der RCDS die Zusammenarbeit mit Neofaschisten durchaus nicht fürchtet, beweist dieser Report an späterer Stelle.

Wie die Herrschenden auf jede Bedrohung ihrer Herrschaft mit dem Abbau demokratischer Rechte reagieren, so reagiert der RCDS mit Denunziation und Kriminalisierung. Er stützt sich dabei weitgehend auf die 1951 beschlossenen Bestimmungen des politischen Strafrechts, das die Handhabe bietet, politische Gegner zu kriminalisieren. Mit diesem Gesetz wurden damals zum Beispiel Volksentscheide über die Remilitarisierung verboten. Durch die Verbreitung von Angst soll die unbequeme politische Aktivität eingeschränkt werden. Der RCDS verweist sogar ausdrücklich auf die Lage der Arbeiter: „In der freien Wirtschaft werden

Arbeiter, die so agieren, daß sie auf dem Weg des Meinungsterrors die Macht eines Betriebes an sich reißen wollen, oft entlassen. Warum sollte dem Staat als Arbeitgeber nicht das gleiche Recht zustehen?“¹²

„Sie können einige Leckerbissen aus dem Finanzgebaren des fremden AStA auftischen“, denn das „macht sich besonders gut und hilft bei genügender Veröffentlichung zu einem bequemen Wahlsieg. Dementis und Gendarstellungen schaden dem Antwortgegebenen nur selbst. Diese Flugblätter laufen unter dem Titel „Denkzettel“ oder „Kritischer AStA“ und werden auf Matrize getippt und abgezogen, weil das spontaner wirkt.“¹³

Der jüngste Akt in dieser RCDS-Kampagne ist der im März dieses Jahres vom RCDS vorgelegte sich „Dokumentation“ nennende Denunziationsschrift „Eine Untersuchung der Haushaltspläne deutscher Studentenschaften“. Diese Schrift übergab der RCDS an Bundeswissenschaftsminister, an den Bundesfinanzminister und an alle Landesregierungen. Die zentrale Behauptung: Die demokratischen Asten würden studentische Gelder verschleudern. Vor allem wird zuviel für die Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben. Es ist klar, daß den RCDS eine breite Öffentlichkeitsarbeit zum Beispiel in der Vorbereitung des Sternmarsches nach Bonn unangenehm ist.

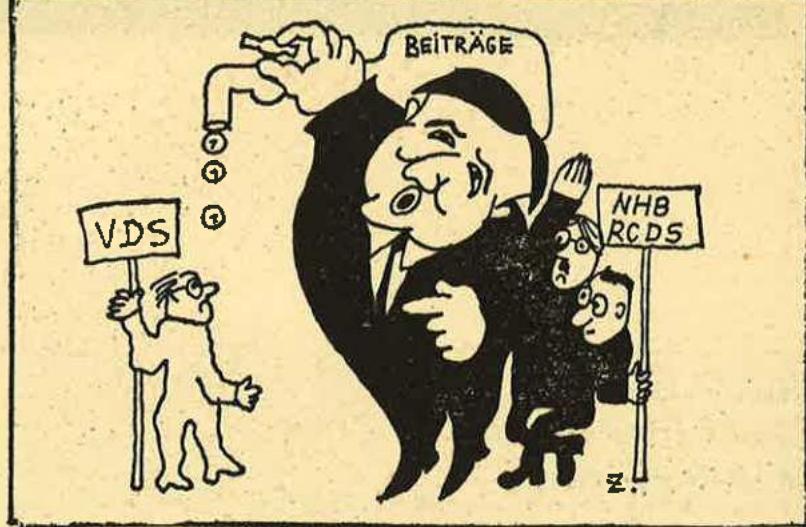
RCDS im Kampf gegen Fachschaften, Asten und VDS!

Der RCDS beschränkt sich nicht auf die Kriminalisierung und Denunzierung politischer Hochschulgruppen und engagierter Kommilitonen. Den Stoß ins Herz der Studentenbewegung führt der RCDS mit seinen Angriffen auf Asten, Fachschaften und VDS. Dabei hat der RCDS seine Taktik geändert. Er fordert nicht mehr offen und unverhüllt die Auflösung und Zerschlagung der Organe der verfaßten Studentenschaft, das kann er sich nicht leisten. Denn in den zurückliegenden Aktionen der Studentenbewegung haben die Studenten die Arbeit der Asten und Fachschaften und auch des VDS kennen und schätzen gelernt.

Darum beteuert der RCDS auch die Erhaltung der Organe der verfaßten Studentenschaft und setzt seinen Hebel zur Liquidierung an zwei anderen Punkten an:

1. Durch eine bundesweite Gerichtskampagne mit der NHB-Parole „Klagn den VDS kaputt“, versucht der RCDS, den Asten und dem VDS die finanzielle Grundlage zu entziehen.

Die Mittel in diesem Kampf des RCDS gegen Asten und Fachschaften sind vielfältig. Diffamierung und Lüge stehen auch hier auf der Tagesordnung. Durch den „Leitfaden zur Wahlkampfführung“ werden die Gruppen angewiesen, solche Diffamierungskampagnen schwerpunktmäßig einzusetzen:



**LEITFADEN
zur
Wahlkampf-
führung**

Information zum Streik:

Dortenster ist vertragt zu streiken!
Es finden daher alle Lehrveranstaltungen trotz
Straßbeschluß durch die Urabstimmung statt!
Die Urabstimmung ist nirgends geetztlich
veranwortet!
Ferner hat es Stimmenthaltungen gegeben!

Hinweis:

Sollten Lehrveranstaltungen wieder durch
Streikaktionen linker Studenten abgehalten werden,
dann ist es ratsam gegen diesen
Straßantrag zu stellen wegen „NOTIGUNG“:
(Korrekte Schilderung des Herganges;
Unterschriften von Zeugen zu adressieren
an die Staatsanwaltschaft Heidelberg)
DAS IST ALLES!!!

Zur Identifikation einzelner Störer liegen
Bilder und Namen bereit
bei:
Tel.: 0621-736494

So fordert er in seiner Schrift zu staatlichen Eingriffen in die Haushalte zur Umverteilung der Mittel. Mit seiner „Dokumentation“ bereitet der RCDS Eingriffe der Regierung in die Finanzhöheit der Asten vor und leistet damit weitere Hilfe zur Schwächung der Asten und Fachschaften.

2. Durch eine zentral organisierte Kampagne einstweiliger Anordnungen und Prozesse versucht der RCDS Asten, Fachschaften und VDS das politische Mandat zu nehmen.



Allerdings hat er unter dem Druck der Studentenbewegung, der studentischen Massenaktionen, in denen die Studenten selbst die Notwendigkeit des politischen Mandats erfahren haben, eine taktische Veränderung vorgenommen: Er unterscheidet neuerdings zwischen politischem Mandat und allgemeinpolitischem Mandat. Doch es gibt auch keine Trennung von allgemeinpolitischem und politischem Mandat. Denn Bildungsfragen sind Machtfragen, und ihre Lösung fordert den politischen Kampf.

Darum ist das politische Mandat im Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz ebenso notwendig wie dort, wo sich Studenten gegen eine USA-freundliche Politik wehren, die Millionen aus den Steuern der Bevölkerung als sogenannte Devisenausgleichszahlungen den USA in die Tasche werfen. Summen zum Beispiel, die für die BAFOG-Förderung oder den Hochschulausbau verwendet werden könnten. Dieser politische Kampf ist notwendig, wo sich Studenten gegen die ständig steigenden Rüstungskosten wehren, die nur die Profite der Rüstungsmopole noch höher schrauben. Darum gibt es keine Studenten-

bewegung, keine studentische Interessenvertretungsorgane ohne politisches Mandat! Darum versucht der RCDS durch seine bundesweite Gerichtskampagne die studentischen Organe an diesem wichtigen Punkt zu treffen und zu schwächen.

Soziale Demagogie statt studentischer Aktionen!

Zur Imageverbesserung und zur Verbreiterung des Masseneinflusses hat der RCDS soziale Forderungen entdeckt. Dabei stand der RCDS vor einem Problem. Denn der VDS hatte ja bereits auf der 25. ordentlichen Mitgliederversammlung ein umfassendes Sozialprogramm vorgelegt. Ein konkretes Aktionsprogramm, das reale Perspektiven zur Durchsetzung der Forderungen bot. Dem hatte der RCDS „bisher nichts entgegenzusetzen“, so der Verfasser des RCDS-Sozialprogramms, Specht. Vielmehr begannen die einzelnen Gruppen nach dem Motto „Wer bietet am meisten?“ sich gegenseitig zu überreichen: RCDS Bonn forderte 535 DM, der RCDS Uni Köln 600 DM und der RCDS PH Köln erhielt den Zuschlag mit 660 DM.

Also, ein Sozialprogramm mußte her. Dieses Programm besteht aus einem ganzen Warenhauskatalog aneinandergereihter Forderungen: „Appartements in Wohnheimen, Gruppenwohnungen, Kommunikationsräume, Ehepaarwohnungen, familienunabhängige, kostendeckende und darlehensfreie Ausbildungsförderung.“

Viele dieser Forderungen sind gar nicht falsch. Nur: Dieser Forderungskatalog taucht zu einem Zeitpunkt auf, wo zu Beginn jedes Semesters Tausende Studenten quasi auf der Straße sitzen, bevor sie eine Bude finden. Dieses RCDS-Programm ist ein Programm, das nirgends an der realen Situation ansetzt, das keine konkrete Perspektive zur Durchsetzung bietet. Und das ist der Kern der Sache: **Dieses Programm ist kein Programm, das real durchgesetzt werden soll. Das weiß der RCDS selbst.** Dieses Programm hat zwei Funktionen: Einmal soll es den RCDS sozial

profilieren. Zum anderen — und das ist entscheidend — soll es die Studenten von der Aktion abhalten. Darum fehlt jeder Aktionsvorschlag. Dabei zeigen alle Erfahrungen der Studenten: Erfolge im Sozialkampf sind nur durchzusetzen, wenn die Studenten selber aktiv werden. So verfuhr der RCDS ja auch im vergangenen Semester während der Sternmarschbewegung. Nach taktischen Zickzack-Bewegungen schoß sich der RCDS voll auf die Forderung nach Rüstungsausgabenenkung ein, um die BAFOG-Forderung aus der Gesellschaftspolitik herauszuoperieren, die fortschrittlichen Organisationen zu isolieren, die klare antimonopolistische Stoßrichtung abzubrechen und die Bewegung nach rechts zu drehen.¹⁴

Das glaubt der RCDS mit diesem Programm besser leisten zu können, wenn er mit diesen vielen schönen Forderungen hausieren geht, mit denen viele Studenten sicher übereinstimmen. Der RCDS schwächt die Studentenbewegung und könnte in letzter Konsequenz auch eine Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten bewirken, wenn er so die Aktionsbereitschaft der Studenten bremse könnte.

RCDS und Neofaschisten

Eine beliebte Parole des RCDS lautet, er wende sich gegen jeden Radikalismus, von links wie von rechts. Daß der RCDS seinen Protest gegen Rechtsradikale nur als Schutzbefehl hinzufügt, um in Wirklichkeit die Demokraten zu treffen, das hat bei diesem Studentenverband schon eine lange Tradition. Die Kontakte und Absprachen mit Neofaschisten blieben stets unter dem Mantel „strengster Vertraulichkeit“. Denn gerade auch für diesen Bereich gilt die strenge Anweisung des RCDS-Bundesvorstandes: „Wahlabsprachen sind dagegen sehr nützlich, wenn sie nicht publik werden“ (Hervorhebung im Original, d. V.)¹⁵ Aber manchmal gelingt es den Mantel der Verschwiegenheit zu durchbrechen. So in der Hamburger LUK-Affäre, als RCDSler und Neofaschisten der Organisation „AKON“, und der „Deutschen Jugend des Ostens“ und der NPD gemeinsam

auf einer Tarnliste namens LUK (Liste unabhängiger Kandidaten) kandidierten. Damals, 1972, hatte Roland Kimmich jede Kenntnis von einer Kollaboration mit Faschisten trotz schwerwiegender Beweise zurückgewiesen. Aber schon zwei Jahre später machte sich dieselbe Kimmich, mittlerweile Landesvorsitzender geworden, einen Namen durch Zusammenarbeit mit Faschisten. Dazu heißt es in einem Brief aus den eigenen Reihen, nämlich vom Vorsitzenden der Hamburger RCDS-Gruppe:

„Der Landesvorsitzende des RCDS Hamburg, R. Kimmich, hat auf der zweiten o. MV des RCDS-Uni-HH am 28. 5. 1973 mit satzungswidrigen Praktiken und faschistischen (!) Schlägertrupps eine sachliche politische Auseinandersetzung unmöglich gemacht...“¹⁶

Offenbar sind also Dementis von RCDS-Funktionären ohne jeden Wert. Ein gutes Verhältnis zu Faschisten wird auch in der Einstellung des RCDS zum faschistischen Putsch in Chile deutlich.

„Durch das Militär vom Verfall gerettet!“

Relativ eilig distanzierte sich der RCDS-Bundesvorstand vom faschistischen Putsch in Chile. Aber schon die erste Erklärung wie die folgende Praxis bewies: Diese Distanzierung bildete die vorbeugende Legitimation, um die Volksfrontregierung unter Allende zu denunzieren und zu diffamieren. Beinahe alle RCDS-Veröffentlichungen waren dadurch bestimmt, den Putsch durch die Schilderung einer Schreckensvision unter Allende quasi zu rechtfertigen. Nach der Devise: Unter diesen Umständen mußte das Militär

Mit v. Oertzen sprach Jakob Herlyn, Sprecher der Initiative "Gegen Berufsverbote in Göttingen" und Mitglied des MSB-Bundesvorstands

doch eingreifen. Denn „der politische Alltag in Chile erwies sich von Tag zu Tag trostloser: Haß, Mißgunst und Angst breiteten sich immer mehr aus und prägten den von Natur aus heiteren und lebensfrohen Chilenen“.¹⁷ Allende aber ließ „Richter verhaften, Rundfunkanstalten besetzen und mißachtete die Entscheidungen von obersten Gerichten. Die Regierung Allende stand kurz vor einem selbstinszenierten Putsch, um gewaltsam eine kommunistische Diktatur herbeizuführen“.¹⁸ — Kurz vor dem Volksputsch. Und auch hier herrst volle Übereinstimmung mit der Mutterpartei, der CDU-CSU. Der ehemalige Generalsekretär Bruno Heck weiß das gute Klima im KZ zu loben. CDU-Abgeordneter Gewandt setzt sich nach einem Besuch in Chile für die großzügige wirtschaftliche Unterstützung der Junta ein. Und CDU-MdB Jürgen Wohlrabe findet nichts Schlechtes oder Unnatürliche an der KZ-Insel Dawson und empfiehlt der Junta, die KP Chiles auf keinen Fall und die sozialistische Partei nur unter bestimmten Bedingungen wieder zuzulassen.

Dem steht der RCDS in nichts nach. In einem Propagandaflugblatt heißt es, daß Chile „nicht anders als durch Eingreifen des Militärs vor dem Bürgerkrieg und vor dem totalen Verfall gerettet werden konnte“.¹⁹ Auch die bestialischen Massenmorde bleiben nicht ohne Rechtfertigung: „Hätte man erwarten können, daß es ohne Verwundete und Tote abgehen würde.“²⁰

Voller Befriedigung betrachtet der RCDS den Ausgang des Put-

sches: „Des gleichen sind die Chancen einer Volksfrontregierung in Frankreich oder einer Regierungsteilnahme der italienischen Kommunisten geringer geworden.“²¹

Das ist also die Politik, mit der der RCDS, finanziell durchs Großkapital abgesichert, zum Angriff auf die Studentenbewegung getreten ist.

Wir können diesen Angriffen erfolgreich entgegentreten, wo wir durch aktive Mitarbeit in Asten und Fachschaften die Organe der verfaßten Studentenschaft stärken.

Wir können der Diffamierung und Kriminalisierung entgegentreten, wo wir fortschrittliche Studentenorganisationen unterstützen und allen Versuchen entgegentreten, zwischen „Rädelführern“ und übrigen Studenten zu unterscheiden.

Wir können die Agententätigkeit von RCDSlern verhindern, wo wir jeden Denunziationsversuch in die Öffentlichkeit tragen und so im Keim ersticken.

Wir werden den Rechtskräften keinen Boden lassen, wenn wir eine alte Arbeiterregel durchsetzen: Daß nämlich kein Arbeiter einen Konzernvertreter oder Manager in den Betriebsrat wählen würde. Denn das gilt auch für die Wahlen zu Asten und Fachschaften: Wählt nicht die studentischen Hilfstruppen der Flick und Abs in Fachschaften und Studentenparlamenten. Der RCDS steht nicht auf der Seite der Studenten. Er vertritt nicht ihre Interessen. Er steht auf der anderen Seite. Auf der Seite des Großkapitals!

Horst Wolff

- 11 Antrag auf der 25. o. BDV, Münster, März 74
- 12 RCDS aktuell, Heidelberg, 18. 4. 1973
- 13 Siehe 2, S. 10
- 14 Siehe dazu auch: Referat des MSB-Bundesvorstandes an den 3. Bundeskongress, Bonn 1974
- 15 Siehe 2, S. 7
- 16 Siehe Rote Blätter 17, S. 6
- 17 RCDS-Studentenservice, 84 Regensburg, Bocksberger Str. 5, Wintersemester 1973/74
- 18 Zentrale RCDS-Flugblattvorlage, hier: Marburg, Helmut Schnitz von Hüls
- 19 RCDS: Chile informiert WS, 1973/74, Clausthal-Zellerfeld, 1. Teil
- 20 ebd., 2. Teil
- 21 Siehe 17

Göttingen. Als vor kurzem der niedersächsische Kultusminister Peter von Oertzen, der in Göttingen für die SPD zu den Landtagswahlen in Niedersachsen kandidiert, eine öffentliche „Sprechstunde“ abhielt, suchte ihn Jakob Herlyn, Sprecher der Initiative „Gegen Berufsverbote in Göttingen“ auf. Die Äußerungen des SPD-Politikers, die nicht nur im Hinblick auf noch immer offene „Fälle“ wie Fritz Wunderlich (Göttingen) in mancher Hinsicht bemerkenswert sind, dürften auch außerhalb von Göttingen von Interesse sein. An dem Gespräch nahm außer dem Minister und Jakob Herlyn noch „ein anderer Herr“ teil, dessen Anonymität zu lüften offensichtlich das niedersächsische Kultusministerium nicht beabsichtigt hat . . .

Frage: Gelten die Artikel des Grundgesetzes — z. B. Artikel 3.3 „Niemand darf wegen seines... Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ — auch für Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)?

v. Oertzen: Sie gelten selbstverständlich auch für DKP-Mitglieder.

Frage: Halten Sie das Verteilen von Flugblättern, in denen für die Errichtung eines Jugendzentrums oder gegen die Errichtung eines Bundeswehrübungsplatzes Stellung genommen wird, bzw. den Verteiler solcher Flugblätter für jemanden, der die Verfassung bricht, oder für einen engagierten Demokraten?

v. Oerzen: Das Verteilen eines solchen Flugblattes — sofern darin nicht zu rechtswidrigen oder

kriminellen Handlungen aufgerufen wird — ist kein Grund zur Ablehnung eines Bewerbers im öffentlichen Dienst.

Frage: Halten Sie eine Reise in die DDR für einen solchen Grund?

v. Oertzen: Das kommt darauf an. Wenn derjenige an politischen Schulungen teilgenommen hat, sehr wohl. Ansonsten nicht.

Frage: Kann so etwas nachgewiesen werden?

v. Oertzen: Das läßt sich kaum nachweisen.

Frage: Fritz Wunderlich sind in dem ersten gegen ihn durchgeföhrten „Anhörungsverfahren“ genau solche „Gründe“ eröffnet worden. Wie vereinbaren Sie das mit Ihren oben gemachten Aussagen?

v. Goerten: Die Entscheidung des Regierungspräsidenten (im „Fall“ Fritz Wunderlich — d. Verf.) ist von uns nicht akzeptiert worden.

Kultusminister von Oertzen zu den Berufsverboten



Peter v. Oertzen, SPD, Kultusminister in Niedersachsen.

Frage: Wie stehen Sie zu der Auffassung der CDU, der sogenannte „Radikalenerlaß“ habe nichts mit Berufsverbot zu tun?

v. Oertzen: Für mich ist das „Berufsverbot“ keine sinnvolle Kategorie. Außerdem schaffen die

Ministerpräsidentenbeschlüsse kein neues Recht, Rechtsgrundlage ist das Beamten gesetz. Die Ministerpräsidentenbeschlüsse und die Ausführungsbestimmungen präzisieren nur das geltende Recht. Sie wären insofern rechtlich gar nicht notwendig gewesen.

Frage: Sie sind also überflüssig?

v. Oertzen: Das habe ich damit nicht gesagt.

Frage: Ulrich Müller (Ritterhude) wurde letzten Endes deshalb ab-

gelehnt, weil er die Gesellschaft „von vornherein als in Klassen unterteilt angesehen“ hat. Nun haben Sie selbst, Herr von Oertzen, schon des öfteren von Klassen oder Klassenbewußtsein gesprochen.

v. Oertzen: Das Vertreten der Überzeugung, daß es Klassen gibt, ist verfassungsgemäß und kann deshalb kein Ablehnungsgrund sein.

Frage: Aber Ulrich Müller ist doch deshalb abgelehnt worden.

v. Oertzen: Herr Müller ist nicht deshalb abgelehnt worden, sondern weil er das Mehrparteienprinzip dadurch in Frage stellt.

Frage: Aber U. Müller hat doch — auch in der Verhandlung — ausdrücklich das Mehrparteienprinzip bejaht.

v. Oertzen: Das Kabinett hat aus seinen Aussagen Schlußfolgerungen gezogen und die Aussagen so interpretiert.

Frage: Würden Sie uns, der Initiative „Gegen Berufsverbote in Göttingen“, Einsicht in alle Akten z. B. von Fritz Wunderlich geben?

v. Oertzen: Das liegt nicht in meiner Entscheidung. Außerdem hat der Betroffene in alle Akten Einblick. (Anm. F. Wunderlich aber wurde eine Einsichtnahme bis jetzt verwehrt! — d. Verf.)

Frage: Auch in die des „Verfassungsschutzes“?

v. Oertzen: Das kann ich nicht sagen. Es dürften jedoch bei einem solchen Verfahren nur sog. „gerichtsverwertbare“ Tatsachen verwendet werden, d. h. Feststel-

lungen, die öffentlich vorgebracht werden können.

Ein anderer anwesender Herr: Es gibt nur eine Personalakte, und in die kann der Betroffene Einblick nehmen.

v. Oertzen: Ja, es gibt nur eine Personalakte.

Frage: Haben Sie sich schon einmal mit einem vom Berufsverbot Betroffenen unterhalten, um sich ein persönliches Bild zu machen?

v. Oertzen: Das ist bisher noch nicht geschehen.

Frage: Was sagen Sie zu dem Verhalten des Landes, das Fritz Wunderlich fast drei Monate arbeiten läßt, ohne ihm einen Pfennig zu bezahlen; erst nach mehrmaligen Anfragen — unter Darstellung der prekären finanziellen Situation — wird das Geld nach fast 5 Monaten überwiesen?

v. Oertzen: Ich finde das außerordentlich bedauerlich. Im übrigen ist das ein arbeitsrechtliches Verfahren, darüber bin ich nicht ausreichend informiert.

Frage: Wie stehen Sie zum „Fall“ F. Wunderlich? Werden Sie sich dafür einsetzen, daß F. Wunderlich wieder unterrichten kann?

v. Oertzen: Ich bin zur Zeit über die Einzelheiten noch zu wenig informiert, als daß ich das jetzt entscheiden könnte. (Anm.: Doch bereits am 23. 11. 73 fand beim Regierungspräsidenten in Hannover die erste „Anhörung“ im „Fall“ Wunderlich statt — und an anderer Stelle betont von Oertzen sogar, daß „die Entscheidung des Regierungspräsidenten von uns nicht akzeptiert worden sei (!)... — d. Verf.)

Frage: Sind Sie nicht auch der Meinung, daß es einem sich demokratisch nennenden Land schlecht ansteht, wenn allein in Niedersachsen über 60 000 im öffentlichen Dienst Beschäftigte „überprüft“ und bespitzelt werden?

v. Oertzen: So etwas gibt es in jedem Staat.

Frage: So etwas gibt es nur noch in faschistischen Staaten wie Griechenland oder Spanien. In Italien ist z. B. im obersten Gericht ein Kommunist.

v. Oertzen: In Italien und anderen europäischen Ländern ist das Verfahren viel willkürlicher. Bei uns in Niedersachsen wird fast jeder überprüft, und es wird nach einheitlichen Grundsätzen entschieden. (Anm.: Herr von Oertzen stellt die Tatsachen auf den Kopf! Berufsverbote gegen engagierte Demokraten gibt es außer in der BRD in Europa nur noch in faschistischen Regimen wie Spanien, Portugal, Griechenland — d. Verf.)

Ein anderer anwesender Herr: Was meinen Sie, wozu der Bogen, den jeder Bewerber abgeben muß und auf dem die Wohnorte der letzten zehn Jahre stehen, gut ist? Der dient ausschließlich zur Überprüfung durch den Verfassungsschutz.

Frage: Sind Sie für die Aufhebung der Ministerpräsidentenbeschlüsse?

v. Oertzen: Bei der gegebenen Rechtslage ist eine solche Regelung unvermeidlich, obwohl ich sie nicht erfreulich finde.

Wie das Grundg

Max Reimann Mitglied des Präsidiums der DKP

Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nach Unterzeichnung durch die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder, die Landtagspräsidenten, die Abgeordneten der CDU und SPD des Parlamentarischen Rates, von den drei Militärgouverneuren der westlichen Besatzungsmächte über die Köpfe der Bevölkerung hinweg in Kraft gesetzt.

Die kommunistischen Mitglieder des Parlamentarischen Rates, Genosse Heinz Renner und ich, lehnten die Unterzeichnung des Grundgesetzes ab, weil es die Spaltung Deutschlands bedeutete. Ich erklärte damals:

„Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

Der Politik der Mehrheit des Parlamentarischen Rates setzten wir Kommunisten die Konzeption einer einheitlichen, unabhängigen deutschen demokratischen Republik entgegen. Wir forderten die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die Wahl einer gesamtdeutschen Nationalversammlung, die den Verfassungsentwurf für die deutsche demokratische Republik ausarbeiten und dem Volke zur endgültigen Entscheidung vorlegen sollte.

Wir bemühten uns, weite Kreise für diese Forderungen zu gewin-

nen. Deshalb waren wir bereits damals Verfolgungen ausgesetzt, wurden u. a. unsere Zeitungen mehrfach verboten.

Der Parlamentarische Rat, dem Adenauer vorstand, hatte kein Mandat durch das Volk. Er war auf Befehl der westlichen Militärregierungen und mit Zustimmung der einheimischen Monopolbourgeoisie und ihrer politischen Repräsentanten gebildet worden, um entgegen den nationalen Interessen unseres Volkes und unter Bruch des Potsdamer Abkommens für die drei Westzonen eine separate Verfassung auszuarbeiten, mit der die politische Spaltung Deutschlands vollzogen wurde.

Die imperialistischen Westmächte, besonders die USA, hatten auf kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die damaligen volksdemokratischen Länder geschaltet und waren bestrebt, Westdeutschland in ihre Politik des „Zurückrollens des Sozialismus“ einzubeziehen. Schon 1948 hatten die Verhandlungen über die Bildung des Nordatlantikpaktes be-



te Volksbewegung, zu deren Trägern wir Kommunisten, Sozialdemokraten sowie christliche Werktätige gehörten. Im Volksentscheid über einen Verfassungsentwurf in Hessen am 1. Dezember 1947 entschieden sich 71,9 Prozent der Wähler für den Artikel 41, für die Überführung des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens in Gemeineigentum und dafür, daß die Großbanken und Versicherungsunternehmen vom Staat verwaltet werden. Die amerikanische Besatzungsmacht unterband jedoch die Verwirklichung des Artikels.

Das Besetzungsstatut schützte die westdeutsche Monopolbourgeoisie vor der nationalen Volksbewegung und vor den im ihre Rechte kämpfenden Werktätigen. Obwohl es seine eigene Bewegungsfreiheit einschränkte, war das Monopolkapital mit diesem Diktat einverstanden, weil es zur Restaurierung seiner Macht beitrug. Die Kräfte, die Hitler ans Ruder brachten, wollten nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg wenigstens in einem Teil des untergegangenen „Dritten Reiches“ die alten kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse wiederherstellen und einen Damm gegen den erstarkenden Weltsozialismus errichten.

Deshalb wiesen sie sämtliche Vorschläge der gesellschaftlichen Organisationen der damaligen sowjetischen Besatzungszone zurück, für ganz Deutschland eine Verfassung auszuarbeiten.

So wurde das Potsdamer Abkommen gebrochen, das von der Wahrung der Einheit Deutschlands ausging und sich mit seinen vier Postulaten, der Denazifizierung, Demilitarisierung, Dekartellisierung und Demokratisierung, in Übereinstimmung mit den Interessen des deutschen Volkes und aller anderen Völker befand.

Warum haben wir Kommunisten uns am Parlamentarischen Rat, an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt? Wir wußten, daß ein Grundgesetz entstehen sollte, das Deutschland spalten würde, und zwar mit der Bildung eines Staates, in dem für die arbeitenden Menschen ein System der Unterdrückung durch die Monopole herrschen sollte. Gerade im Kampf gegen dieses System war es nicht gleichgültig, wie-

gesetz entstand

viel an demokratischen Rechten für die Arbeiterklasse, für die werktätigen Menschen, für die Jugend, für die Frauen herausgeholt werden konnte. Wir Kommunisten verfochten unterschiedene demokratische Verfassungsprinzipien. Wir forderten die Vergesellschaftung des Bergbaus, der Schlüsselindustrien, der Banken sowie eine demokratische Bodenreform. Wir verlangten das Recht auf Arbeit, Bildung und Erziehung, die Gleichberechtigung der Frauen und den Schutz der Jugendlichen in die Verfassung aufzunehmen. Wir beantragten das Recht des Volksentscheides über jedes Gesetz von einschneidender und verfassungsändernder Bedeutung, die Sicherung des Streikrechts der Arbeiter, das Verbot der Aussperrungen und ähnliche Maßnahmen seitens der Unternehmer. Wir forderten das Verhältniswahlrecht ohne Bestimmungen, die die volle Souveränität des Parlaments einschränkten. Die damals von uns gestellten Anträge haben an Aktualität nichts eingebüßt. Im Gegenteil. Die 25jährige Entwicklung der Bundesrepublik bestätigt, daß ein demokratisches Staatsleben in

Gestalt einer demokratischen Wirtschaftsordnung nicht möglich ist, solange die Macht der Monopole nicht gebrochen ist. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus und unter dem Druck des werktätigen Volkes sowie dem Einfluß der antifaschistischen demokratischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone wurden damals einige wesentliche Zugeständnisse der Monopolbourgeoisie abgerungen. So enthält die Verfassung eine Reihe allgemein-demokratischer Rechte, wie die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln gegen Entschädigung. Das Grundgesetz gibt damit den demokratischen Kräften Möglichkeiten, auf der Grundlage der Verfassung um demokratische, antimonopolistische Forderungen zu kämpfen. Das ist heute notwendiger denn je. Nur so kann der in der Verfassung enthaltene Grundsatz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ mit Leben erfüllt werden. Längst ist eingetreten, was wir damals vorausgesagt haben, daß die Gesetzgeber im Verlaufe ihrer volksfeindlichen Politik das Grundgesetz brechen, wir Kom-

munisten aber die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte verteidigen.

Das Grundgesetz besteht nicht mehr in seiner ursprünglichen Form. Es ist den reaktionären Kräften gelungen, ihm durch eine große Zahl von Änderungen, von denen die Notstandsverfassung die einschneidendste ist, eine immer deutlicher werdende antidemokratische, autoritäre Linie einzufügen. Diese Veränderungen können wegen ihrer Grundgesetzwidrigkeit und Volksfeindlichkeit nicht anerkannt werden. Deshalb fordern wir gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften die Aufhebung solcher Einfügungen.

Wir verteidigen die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte, indem wir gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften den verfassungswidrigen Berufsverboten, der willkürlichen Entlassung von Jugendvertretern, entgegentreten.

Wir verteidigen die im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte, indem wir gegen das Preisdiktat der Monopolgesellschaften auftreten und ihre Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle verlangen.

Die Deutsche Kommunistische Partei stellt sich allen Anschlägen auf die demokratischen Rechte und Freiheiten in der Verfassung entgegen. Sie wirkt dafür, daß keines der Grund- und Freiheitsrechte der Bevölkerung, kein demokratischer Grundsatz der Verfassung und kein grundgesetzlicher Auftrag, die Bundesrepublik zu einem sozialen, demokratischen und fortschrittlichen Land zu entwickeln, verletzt wird.

Unsere Haltung entspringt der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse und alle arbeitenden Menschen mehr Demokratie und Freiheitsrechte brauchen, um sich gegen Preistreiberei, Mietwucher und Bodenspekulation zu wehren, um sich dem Druck des Großkapitals entgegenzustemmen. Sie brauchen mehr demokratische Rechte für den Kampf um höhere Löhne und um Mitbestimmung, für die Erhaltung des Friedens und für die Zurückdrängung der Macht der Monopole. Auch die Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und der Aufbau des Sozialismus sind nicht ohne die Verwirklichung und Erweiterung der Rechte für die werktätige Bevölkerung möglich.

links:

Auseinandersetzung zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der KPD, Max Reimann, und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Konrad Adenauer, über die Gestaltung der zukünftigen deutschen Verfassung auf einer Sitzung des Zonenbeirats am 24. November 1947 in Hamburg.



rechts:

Max Reimann spricht auf einer Kundgebung in Hamburg.



Die Fotos sind entnommen dem Buch von Max Reimann „Entscheidungen 1945—1956“, Verlag Marxistische Blätter, Ffm. 9,50 DM. Das Buch gibt u. a. Antwort auf solche Fragen wie: „Warum haben Kommunisten sich überhaupt am Parlamentarischen Rat, an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt?“

zum Beispiel: Köln



SDAJ — das ist auch vielen Studenten ein Begriff, aber genauere Informationen über die Arbeit der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in Betrieb und Wohngebiet, über ihre Erfolge und Probleme haben die wenigsten.

Die SDAJ führt vom 18. bis 19. 5. ihren 4. Bundeskongress in Hannover durch. In der Vorbereitung dieses 4. Bundeskongresses wollen wir konkret die Arbeiter einer SDAJ-Gruppe beleuchten. Für die roten blätter berichtet Herbert Groding über die Kölner SDAJ-Gruppe.

Weit über zwei Drittel der Kölner SDAJ sind Lehrlinge und junge Arbeiter. Sie erfahren die Arbeitsetze und Lohndrückerei, die Arbeitsplatzunsicherheit und die Einschüchterungsversuche der Bosse täglich an ihrer eigenen Haut, z. B. beim Großkonzern Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD): die völlig unzureichend ausgerüstete Lehrwerkstatt; die nicht ausreichend fachlich und pädagogisch qualifizierten Ausbilder; die Gefährdung ihrer Gesundheit: Bei Schweißarbeiten vor der Lehrwerkstatt gibt es

keine Schutzbekleidung gegen Röntgenstrahlung. Von ihnen paar Mark „Ausbildungsvergütung“ müssen sie — entgegen den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes — Arbeitsmaterialien kaufen.

Die in Köln-Deutz und -Kalk wohnenden Genossinnen und Genossen sind in einer Ortsgruppe der SDAJ organisiert. Wie alle Ortsgruppen haben sie sich einen Großbetrieb als Schwerpunkt ihrer Arbeit ausgewählt: KHD. Wichtiges Mittel, um die Diskussionen über die Politik der SDAJ

öffentlicht zu führen, ist die Betriebszeitung der Gruppe. Bei KHD erscheint sie schon seit über 3 Jahren und heißt „Der Kölbenfresser“. Er wird wegen der regen „Werkschutzaktivitäten“ nur von SDAJ-Mitgliedern verteilt, die nicht im Betrieb arbeiten. Die jungen Kollegen anzusprechen, das erfordert viel Kenntnis ihrer Probleme, viele Informationen und Informanten, aber auch viele originelle Einfälle, die von den Kollegen richtig verstanden werden. So wie im April 1974 die Verleihung eines „vergoldeten“ Golfballs an das Vorstandsmitglied Dr. Henle von KHD, der einen (von den Steuern abgesetzten!) Golfplatz bauen ließ, mit der dazugehörenden Urkunde:

„Wegen seiner Verdienste um den deutschen Breitensport verleihen wir Herrn Dr. Henle den Goldenen Golfball. Dr. Henle ist für würdig befunden worden, weil er durch die Finanzierung des Baus einer Golfanlage dazu beigetragen hat, daß sich die Arbeiter auch sportlich betätigen können.“

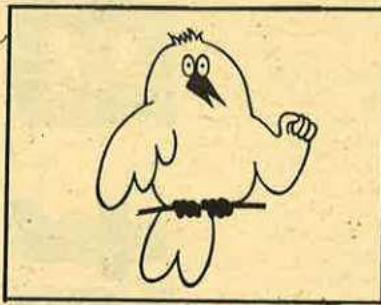
Um der Gefahr zu begegnen, durch Verabschiedung von Arbeitsplänen für ein ganzes Jahr politische Aufgaben nur allgemein anzusprechen, ohne die notwendigen Einzelschritte anzugeben, erarbeiteten die SDAJ-Ortsgruppen regelmäßig Maßnahmenpläne, die die politischen Ziele der nächsten 2—3 Monate festliegen. Neben Betriebszeitung, Gruppenabenden, den alle 4—6 Wochen stattfindenden Bildungsabenden wird wenigstens einmal im Monat ein Abend zu einem aktuellen politischen Thema mit Flugblättern, Infostand und Plakaten vorbereitet.

Die Ortsgruppe Deutz-Kalk veranstaltete zusammen mit der ganzen Kölner SDAJ-Gruppe am 19. 4. eine Großveranstaltung über ihren Schwerpunktbetrieb: „Kölner Arbeiterjugend contra KHD-Profitgeier.“ Mit Sketchen, Auftritten der Kölner Songgruppe und kabarettistischen Darbietungen wurde die Situation der Arbeiter bei KHD plastisch klargemacht. Über 600 Teilnehmer dis-

Aus der Arbeit einer SDAJ- Gruppe

kutierten die Forderungen der Arbeiterjugendlichen. Nach acht Stunden harter Arbeit ist es nicht nur schwierig, die Arbeit der SDAJ-Gruppen vorzubereiten, sondern auch, junge Kollegen in ihrer Freizeit für politische Aktivität zu gewinnen. Fehlender oder am Profitinteresse der Freizeitindustrie orientierte Freizeitangebote ermöglichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung nur, wenn man das in die eigenen Hände nimmt. Freizeitgestaltung und Sport haben für die Ortsgruppen große Bedeutung. Denn die Jugendheime der Stadt Köln bieten kaum interessante Anregung. Ortsgruppen der SDAJ, die in Jugendheimen Räume benutzt haben oder beantragt wurden, wurde in den letzten Monaten — obwohl Raum vorhanden war — der Zutritt verboten. Auch deshalb fordert die SDAJ mehr Jugendheime und deren Selbstverwaltung durch die Jugendlichen selber.

In vielen SDAJ-Ortsgruppen haben sich Fußballmannschaften zu-



sammengefunden, die regelmäßig befreundete Straßen- oder Thekenmannschaften zu Spielen einzuladen. Immer werden unorganisierte junge Kollegen in die Freizeitplanung der SDAJ mit einbezogen.

Die Zahl der Ortsgruppen Kölns hat sich vom 3. Bundeskongress der SDAJ von 3 auf 12 vergrößert, 7 Betriebs- und eine Wohngebietzeitung erscheinen regelmäßig. Dabei ist das Durchschnittsalter der Mitglieder stark gesunken. Die Zahl der 16 bis 17 Jahre alten Lehrlinge hat zugenommen. Dadurch kommen neue Probleme auf die SDAJ zu: wie reagieren auf die bei Jüngeren viel massiveren Repressionsversuche von Schule und Eltern. Schwerpunktbetrieb der SDAJ-Gruppe Mitte ist der „Kaufhof“. In ihrer Betriebszeitung „Das Schaufenster“ rückt die SDAJ ständig eklatante Mißstände ins Blickfeld:

— Mangelnde Lehrlingsausbildung.

- Für die Kinder der vorwiegend weiblichen Angestellten fehlt der Kindergarten.
- Die wenigen Ruheräume sind unzugänglich.
- Unzureichende Entlohnung.

Mitglieder der SDAJ forschen in den Archiven der Uni nach und fanden heraus, daß es seit 1900 eine gesetzliche Regelung gibt, die den Kaufhäusern verbietet, ein „Sitzverbot“ für Verkäufer zu erlassen. Trotzdem werden dem Personal keine ausreichenden Sitzgelegenheiten zur Verfügung gestellt. Diese physische Belastung ist ein entscheidendes Problem der Verkäuferinnen und Verkäufer. Dazu kommt die nervliche Belastung durch Personalmangel und Arbeitshetze.

Deshalb sammelte die SDAJ Stühle und stellte sie in einer Aktion „Stühle für die Verkäuferinnen“ zur Verfügung. Durch Verbindung mit einer Unterschriftenaktion wurde die Öffentlichkeit auf die Arbeitsbedingungen der Verkäuferinnen aufmerksam gemacht. Die Deutsche Angestelltengewerkschaft griff die Forderung der SDAJ auf und führte eine Untersuchung zu diesem Problem durch. Mittlerweile läuft auch eine Anzeige beim Gewerbeamt.

Über zwei Drittel der Kaufhofangestellten sind Frauen — sie verdienen für die gleiche Arbeit weniger als Männer. Trotz dieser und anderer Benachteiligungen nehmen die Mädchen nur schwer am organisierten Kampf teil. Sie sind in der SDAJ schwächer vertreten als Jungen. Erziehung, die (begründete) Angst, in Krisenzeiten als erste entlassen zu werden, lassen viele den täglichen Ärger schlucken anstatt sich zu wehren. Durch besondere Freizeitangebote will die SDAJ-Ortsgruppe dieses Problem lösen.

Der „AK-Schülerpolitik“, der SDAJ direkt angeschlossen, hat sich zum Ziel gesetzt, den politischen und ideologischen Kampf gegen das demagogische Auftreten reaktionärer Schülergruppen zu führen. Im „Club junger Sozialisten“ soll ein Bildungsangebot aufgestellt werden, daß u. a. die Ursachen der Bildungsmisere, die Funktion der CDU und des Großkapitals darlegt. Die Rolle der marxistischen Schülerbewegung in der BRD und die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes um das Grundrecht auf demokratische und fortschrittliche Bildung wird hier vermittelt.

ARBEITERJUGEND

1969 - 1970
Hechtsverbandshaus

1969 - 1970
Berufsbildungsschule

105

Jahre gesetzlich garantierte Lehrlingsausbildung

POST

Die Bosse schließen scharf: gegen jede Verbesserung der Berufsausbildung. Bundesminister Klaus von Dohnanyi konferiert eifrig mit ihnen. Damit er über die Stimmen der Bosse nicht die Forderungen der Arbeiterjugend vergißt, hat der Bundesvorstand der SDAJ die oben abgebildete Postkarte herausgegeben. Auf der Rückseite sind die Forderungen formuliert, mit denen Dohnanyi bombardiert werden muß.

sozialismus

Zehntausende suchen zu Beginn jedes Semesters in der Bundesrepublik eine Bude. Oft auf kleinstem Raum zusammen gedrängt, müssen sie unter unwürdigsten Bedingungen leben. Und die Alternative: Studentenwohnheime, die zu Studentensilos ohne soziales Leben erstarrt sind.

Über den sozialistischen Studentenalltag berichtet die folgende Reportage aus dem FDJ-Organ „Forum“. Dieser Bericht zeigt den konkreten Alltag, die Möglichkeiten menschlichen Lebens und Wohnens im realen Sozialismus, verschweigt aber auch die Probleme nicht.

„Natürlich ist der Kosmetiksalon für die Studenten da“, wundert sich Petra Landmann über meine Frage. Petra gehört zur FDJ-Leitung der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin-Karlshorst. Warum sollen die 1700 Studenten keinen Kosmetiksalon haben? Einen Waschstützpunkt haben sie ja auch und einen Bücherladen, und einen Lesesaal im Hauptgebäude und einen im Internat (sonnabends geöffnet).

Gemeint ist das Internat auf dem Hochschulgelände. Da wohnen die aus den höheren Studienjahren; die aus den ersten vier Semestern leben im Hans-Loch-Viertel. Insgesamt haben zwei Drittel aller Karlshorster Ökonomenstudenten einen Platz im Wohnheim.

Platz im Wohnheim. Das bedeutet: Für Jahre gehören Blumentopf und Bücherbord einem nicht ganz allein; für Jahre ist man selten allein im Zimmer, nie ohne die Spuren der anderen. Erfahrungen und Lebensgewohnheiten aus dieser Zeit können weit über die Jahre des Studiums hinausreichen.

In Karlshorst bestimmen die Studenten selbst, was das für Erfahrungen sind. Ihr Heimkomitee

gibt es länger, als die entsprechende Empfehlung des FDJ-Zentralrates alt ist. Der Vorsitzende des Heimkomitees gehört natürlich zur FDJ-Grundorganisationssleitung der Hochschule, denn die „Freizeitprobleme“ der Studenten sind ebenso Probleme ihrer Persönlichkeitsentwicklung wie Fragen, die das eigentliche Studium betreffen. Aus allen vier Sektionen der Hochschule und allen Studienjahren sind Vertreter ins Heimkomitee gewählt worden. Zusammen mit dem staatlichen Leiter berät dieses Komitee alles, was die Atmosphäre im Wohnheim bestimmt. Die äußerlichen Fragen des Zusammenle-

bens sind vernünftig geregelt in Karlshorst. Es gibt Reinigungspläne und Etagenverantwortliche, keine Reinigungsfrauen. Die Studenten sorgen selbst für ihre Ordnung. So ist die Sauberkeit in den Zimmern, Fluren und Waschräumen kein Problem, über das man abendlang diskutieren muß. „Da fühlt man sich doch verantwortlich“, sagt eine Studentin.

Wo kommt es her, dieses Gefühl? Das ist ihr eigenes Wohnheim, ihr eigenes Studium. Niemand behandelt sie, als wären sie unmündig. Es gibt für das Internat einen staatlichen Leiter, der aber ist nicht Vorgesetzter des Heimkomitees, sondern Partner.

Ein solches Verhältnis ist nicht in allen Wohnheimen üblich. Am Franz-Mehring-Platz in Berlin zum Beispiel waren lange Zeit die Müllschlucker und Waschautomaten für die Studenten nicht zugänglich, weil die nach Ansicht des Hausmeisters „doch nicht damit umgehen können“. Wer zur Wäscheausgabe drei Minuten zu spät kam, mußte wieder gehen. Soll er doch wochenlang in unsauberer Bettwäsche schlafen und — sich an Ordnung gewöhnen.

Über Moral nicht diskutieren?

In der neuen Rahmenordnung für Studentenwohnheime ist festgelegt, daß der wirtschaftliche Leiter dem staatlichen nachgestellt ist. Das wird verhindern, daß organisatorische Maßnahmen der Erziehung der Studenten zu selbständigen, bewußt lebenden

Persönlichkeiten zuwiderlaufen. Erreicht werden muß, daß all die äußeren Dinge im Tagesablauf eines Studentenwohnheims Ausdruck einer uns gemäßen Lebensweise sind.

Uns gemäß aber kann nicht sein, Anpassung an Normen zu verlangen, nach deren Sinn nicht gefragt wird. Immer noch gibt es Studentenwohnheime, in denen prinzipiell kein Besuch, schon gar nicht nach 22 Uhr, erlaubt ist. Im Studentenwohnheim der Ingenieurschule Glauchau beispielsweise erzählte uns ein kurz vor der Hochzeit stehender Student, seine Freundin und er durften auf keinen Fall gemeinsam im Besu-

cherzimmer übernachten. Zu Ostern verbot die staatliche Leiterin vorsorglich jegliche Besuche auch am Tage, weil die meisten Heimbewohner nach Hause gefahren waren und ihr die relative Ungestörtheit der Studenten auf den Zimmern gefährlich schien. Im Gespräch mit uns meinten Vertreter der Schulleitung, über gewisse Dinge brauche man doch gar nicht zu diskutieren. Und doch müssen wir immer wieder über das reden, was sich als problematisch erwies. Über Moral zu diskutieren heißt, auch über Persönlichkeitsentwicklung und sozialistische Demokratie zu sprechen. In der

Wohnheim

Regina Scheer über Studenten-Alltag in der DDR

Rahmenordnung, die in diesen Wochen herausgegeben wird, heißt es, die Besucherregelung müsse von den Beteiligten im jeweiligen Wohnheim den räumlichen Bedingungen entsprechend formuliert werden. Das läßt Raum für Auslegungen offen. Das wird Streit und Überlegungen geben, und das ist nützlich.

Im Karlshorster Wohnheim gibt es da keine großen Probleme. In den Besucherzimmern können Gäste der Studenten übernachten. Wenn Platz genug da ist, können Freund oder die Freundin auch im Zimmer schlafen.

Ob es an der Fachrichtung liegt, daß man sich hier über Grundfragen einig zu sein scheint? Die Ökonomie ist eine Wissenschaft, die vielleicht mehr als manche andere das Erkennen von Zusammenhängen verlangt, die bis ins eigene Leben reichen. Es ist schwer vorstellbar, wie einer tagsüber Ökonomie studieren und den Abend ohne Interesse an seiner Umwelt verbringen kann. Das ist wohl auch ein Grund für die Existenz des Karlshorster Studentenclubs. Der ist im allgemeinen auch tagsüber geöffnet. In Berlin ist er inzwischen berühmt für seine Diskotheken und seine Ausgestaltung. Alles das haben die Studenten selbst gemacht. Früher war da mal eine leerstehende Post. Was das für Kämpfe, Entmutigungen, Spaß und Arbeit gegeben hat, kann sich nur vorstellen, wer selbst mal beim Aufbau eines Jugendklubs mitgemacht hat.

„Schreib nicht so viel über unseren Club“, bittet Petra Landmann, „er ist sowieso meistens überfüllt.“ Heute wird der Studentenclub hauptamtlich geleitet, aber die Veranstaltungen werden von den Studenten in der Freizeit organisiert. An der Hochschule studieren einige Abgeordnete und Mitglieder des Zentralrats. Da braucht man nicht weit zu gehen, um Gesprächspartner zu finden. Das, was man kulturelles Leben nennt, und Politik sind im Veranstaltungsplan des Studentenclubs ebensowenig getrennt wie in der Wirklichkeit. Es gibt Diskussionen über das Jugendgesetz, und es werden Theaterbesuche organisiert. Schriftsteller werden eingeladen und Filme gezeigt. Ein Leistungsvergleich aller Hochschulangehörigen in den Sparten Gesang, Rezitation, Fotografie, Malerei und „literarisches Schaf-

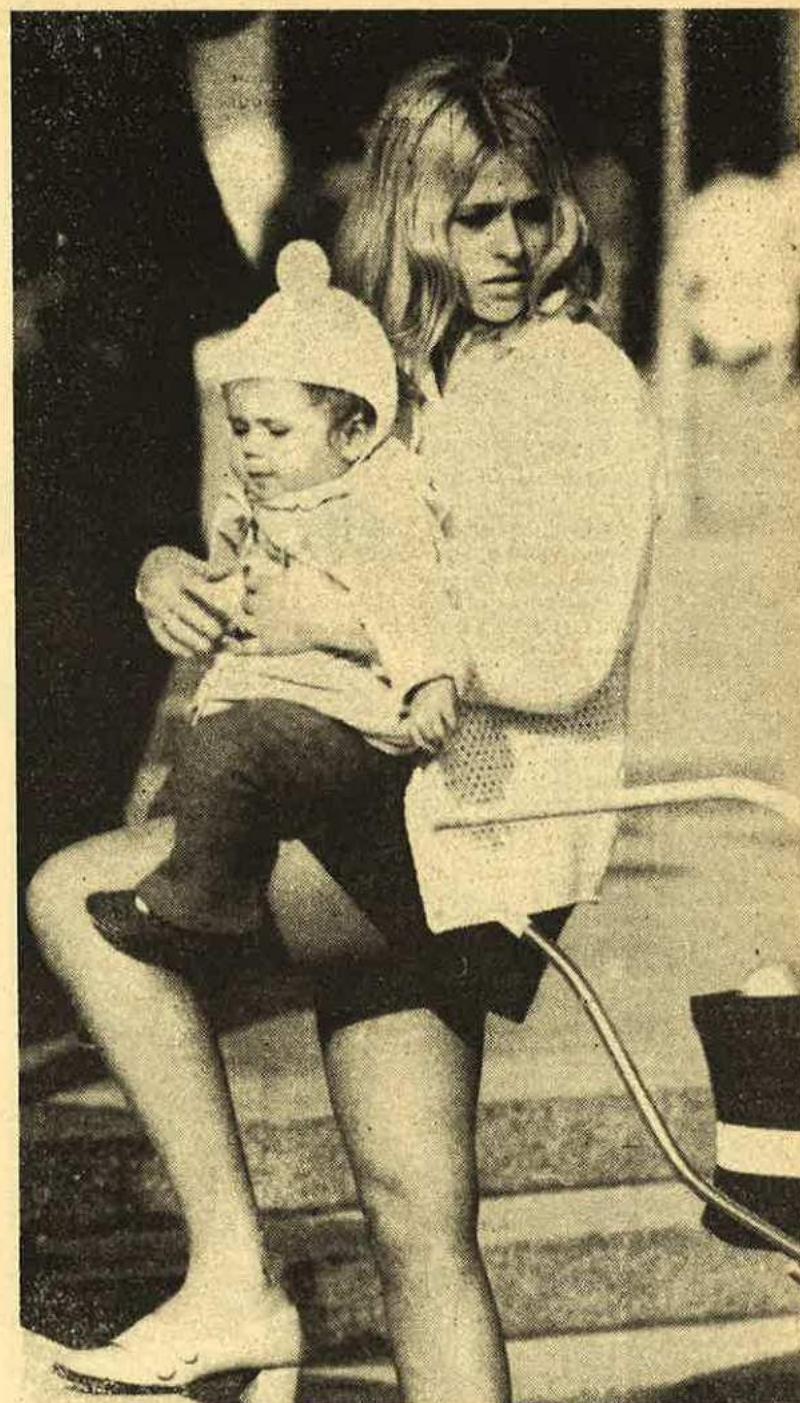
fen“ brachte 390 Talente ans Tageslicht, und jede Woche wird getanzt.

„Ich wollte aufgeben...“

Alles dies erfahre ich an einem heißen Tag. Vor den Fenstern der Hochschule liegen Studenten auf dem Rasen, lesen, träumen, spielen mit ihren Kindern. Jawohl, mit ihren Kindern. Denn die brauchen nicht am Heimatort bei der Oma zu leben. Zur Hochschule gehören zwei Krippen und ein ganz neuer Kindergarten. Diese Einrichtungen sind zum großen Teil von den Studenten in Subbotniks errichtet worden.

Eigentlich gehört ein Kindergarten ganz selbstverständlich zu einer Hochschule, an der man ja in einem Lebensabschnitt studiert, in dem die meisten eine Familie gründen. Aber noch bis zur Anordnung über die Unterstützung studierender Mütter im vergangenen Jahr galt es vielerorts als geradezu unverantwortlich, während des Studiums Kinder zu bekommen. „Zuerst wollte ich natürlich aufhören mit dem Studium“, erzählt Regina Richter aus dem 4. Studienjahr. Das war vor drei Jahren. An einer anderen Hochschule hätte sie das Studium vielleicht wirklich aufgegeben. Ihr Sohn ist jetzt zweieinhalb Jahre alt und lebt mit seinen Eltern von Anfang an in dem Flügel des Studentenwohnheimes, der den Müttern und Familien vorbehalten ist. Das Zimmer ist klein, aber manches Ehepaar „draußen“ hat auch keine größere Wohnung. Man kann hier kochen, es gibt Kühlchränke. Die Krippe ist nicht weit, und im Hause gibt es ein Spielzimmer.

Gabi Gössing ist Assistentin. Als vor anderthalb Jahren ihr Sohn geboren wurde, war sie noch Studentin. Für sie stand von Anfang an fest, daß er bei ihr im Wohnheim leben würde, und auch der Krippenplatz war ihr selbstverständlich. Als ich sie frage, was sie an einer anderen Hochschule gemacht hätte, lächelt sie erstaunt. „Ich weiß nicht. Vielleicht wäre ich nicht Assistentin gewor-



den.“ Bis jetzt hat es mit dem Krippenplatz immer noch geklappt, wenn es dringend wurde. Im vergangenen Jahr hat an der Hochschule für Ökonomie keine Studentin ihr Studium wegen des Babys abbrechen müssen.

Gabi bezahlt von ihrem Assistentengehalt 40,- Mark für das Zimmer im Heim. Der Krippenplatz kostet 1,30 Mark am Tag, wie überall. Natürlich ist noch vieles zu verbessern, manches zu ändern. Zum Beispiel müßte man die Kinder auch im Waschraum baden können und nicht immer das Wasser über den Flur tragen müssen.

Warum sind an der Hochschule für Ökonomie Dinge möglich, die anderswo noch zu den Zukunftsträumen gehören? Weil hier begriffen wurde, daß zu den Aufgaben einer Hochschule mehr gehört als Vermittlung von Lehrstoff. Es macht den Studenten Spaß, ihr Leben selbst zu bestimmen. Alle Studenten, mit denen ich sprach, waren zufrieden, weil Unzufriedenheit hier gefordert wird. Als ich Petra Landmann fragte, ob das Zufall sei, antwortete mir die FDJ-Sekretärin, die von den 1700 Studenten etwa 1200 kennt: Die meisten würden nicht anders antworten.



Matthias Domen

Nachtischwärmer ordnen ihr vorletztes Bier, in den großen Städten verlöschen die Leuchtreklamen, die Nation liegt zu Bett, als in der Nacht vom 9. auf den 10. April, exakt dreizehn Minuten nach Mitternacht, die Deutsche Presseagentur Abschnitt 1 einer zweiteiligen Serie durch den Ticker jagt. „Wieder starker Anstieg der Benzinpreise möglich? Von vwd-Korrespondent Wilhelm Fischer.“ Die Meldung sorgt für Schlagzeilen, die Schlagzeilen sorgen für Empörung, schließlich steigen Ministerien, Behörden, Zeitungen und die drahtlosen Medien der herrschenden Klasse voll ein, die Bundestagsparteien reagieren verschreckt, und Politiker der Hauptpartei des bundesdeutschen Großkapitals bringen den Skandal auf den Begriff: Biedenkopf und Käte räsonieren, der Plan der Ölgianten bringe das System der (vorgeblich) sozialen Marktwirtschaft „ins Gerede“, die Esso & Konsorten leiteten Wasser auf die Mühlen „der Systemveränderer“. Sie tun's, und zwar kübelweise, um im Bild zu bleiben.

Das System kommt ins „Gerede“...

Im Winter 1973/74 halten die „sieben bösen Schwestern“ Exxon, Shell, Mobil Oil, Texaco, Gulf Oil, Standard Oil und BP — ihnen gehören fast zwei Drittel der Raffinerien und über zwei Drittel der Weltankertonnage — erstmals die kapitalistische Welt in Atem. Während Israel am Suez und auf den Golanhöhen eine weitere Aggression unternimmt und während sich die Erdölliefernden Länder wehren — militärisch, politisch, aber auch ökonomisch, indem sie schrittweise und koordiniert den Preis für das „schwarze Gold“ der Welt situation anpassen —, planen und realisieren die sieben Schwestern den größten Profit-Coup der imperialistischen Geschichte. Qua Frühstücks-kartellabsprachen und unter Ausnutzung ihrer nach Lesart

der bürgerlichen Ökonomie „oligopolistischen“ Marktbeherrschung erfinden sie „leere Tanks“, leiten Frachtladungen um, verknappen künstlich Benzin und Heizöl. Wie in Kriegszeiten verteilt die niederländische Regierung Bezugskarten, und in den kapitalistischen Ländern darf an Sonntagen nicht mehr gefahren werden. Allein in der vierten Januarwoche erhöhen die Öl-„Multis“ den Benzinpreis um zehn Pfennig. Das schröpfte auf einen Schlag für 2,5 Milliarden Kaufkraft in der Bundesrepublik. Was sind 2,5 Milliarden Mark? Auf 2,5 Milliarden DM beläuft sich der Umsatz von BMW in München. Am 22. März beginnen vor dem Bundeskartellamt in Westberlin Hearings. Die Konzerne werden zur Auskunft gebeten. Ihren Erklärungen zufolge stecken sie in den roten Zahlen. Doch die Tatsachen sind unübersehbar: Sie haben Gewinne ins Ausland verschoben und mittels gespaltener Preise und gefälschter Preislisten riesige Extraprofite geseheffelt. Das „erkennt“ auch das Kartellamt — und überweist den Bericht an die EWG-Behörden.

Konzerne „um Auskunft gebeten“...

Zum Abheften? „Die Schlappe war programmiert. So liegt der Verdacht nahe, daß das Kartellamt den Politikern als Alibi für verbraucherfreundliches Engagement dienen sollte.“ schrieb seinerzeit die Monatsschrift des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs. „Was bleibt?“ fragte die „UZ“ in einem Kommentar nach Abschluß des Hearings. Das DKP-

Der Öl-Krimi hat viele Folgen

uns wollen die Bundestagsparteien dem Bären das Fell waschen, nur er soll nicht naß werden — aber das Kartellamt!

Katz und Maus

Aber eben nicht! Die sieben Schwestern spielen mit uns Katz und Maus, und kein Weg führt daran vorbei, daß diesem Treiben ein Ende zu setzen. „radikale Maßnahmen“ erfordert, im Kern die Verstaatlichung bei demokratischer Kontrolle. Wer das ausgesprochen hat, und nicht erst seit gestern, ist die DKP.

Schließlich: Wenn die sozialistischen Kräfte eines Tages Bilanz ziehen werden, mag die Rolle der erdölprofitierenden sieben Schwestern beim Futterliefern für die Schaffung antikapitalistischen Bewußtseins gewürdigt werden. Ihr „Verbrechen“ ist das Verbrechen des gesamten Systems; sie sind aufgefallen, weil sie allzu auffällig demonstrierten, wer hier in Wirklichkeit regiert; die bürgerliche Presse wirft ihnen genau dies vor, gleichzeitig schreibend, Gewinnrealisieren sei „an sich“ keineswegs verwerflich, sondern sogar normal; nichts anderes taten indes die sieben Schwestern; und sowenig die Hearings und einstweiligen Anordnungen des Bundeskartellamts die „Öl-Multis“ an ihrer märchenhaften Beuteschneiderei hindern — was ist der Pfennig gegen die Mark? —, so sehr werden sich die Sieger der Schwestern an der „Preisfront“ dieses einen Tages die Pyrrhussiege herausstellen. Die Kapitalisten geben sich redliche Mühe — und, was die Sache erklärlich macht, sie können nicht anders —, ihren Teil der Welt ins Zwielicht zu setzen. Schaffen wir also schlagkräftige marxistische Organisationen, stärken wir die DKP, den marxistischen Arbeiterjugendverband und den MSB, um sie in der BRD aus den Angeln zu heben.

Aber: Der Sand steckt schon im Getriebe

Französische Zustände oder die Ängste der SPD

Paul Schäfer, Andreas Mölich

Der „gesunde Menschenverstand“ sagt eigentlich: gegenwärtig stehen die linken Kräfte in der BRD mit dem Rücken zur Wand. Berufsverbote, Parteiordnungsverfahren in der SPD, Disziplinierung von kritischen Bundeswehrsoldaten charakterisieren die jüngste Entwicklung.

Doch dieser hausbackene Geselle täuscht sich. Wie besorgt muß eine Bourgeoisie sein, die jeden fortschrittlichen Ansatz zu verteufern und im Keim zu ersticken sucht? Welche Angst muß eine Bourgeoisie haben, die Kommunisten und andere systemkritischen Kräfte nicht in den Öffentlichen Dienst und mittlerweile auch nicht in die Privatwirtschaft lassen will?

Die Ursachen für dieses Klima im Lager der Großbourgeoisie sind: Weltpolitisch spielt der Imperialismus nicht mehr die erste Geige. Die internationalen Prozesse werden vor allem von den sozialistischen Ländern, von der demokratischen und Arbeiterbewegung in den imperialistischen Staaten und von den nationalen Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt“ bestimmt. Die Außenpolitik der regierenden Arbeiterklasse: friedliches Zusammenleben der Völker, Abschaffung von Militarismus und Rüstungswettlauf beginnt sich durchzusetzen. Der Sozialismus entfaltet seine Systemvorzüge immer deutlicher.

Die innenpolitischen Auswirkungen dieser Prozesse bei uns sind ganz erheblich.

Der Antikommunismus, der die arbeitende Bevölkerung gegen ihre eigenen Interessen mobilisieren soll, ist im Schwinden begriffen. Imperialistische Aufrüstungspolitik kann immer weniger mit der Gefahr aus dem Osten legitimiert werden. Mit dem Ab-

bau des Antikommunismus, der das Denken über die bestehenden Systemgrenzen verbietet, schwindet ein wichtiges Bindemittel an den Kapitalismus.

Der sich freier entfaltende Klassenkampf kann stärker mit grundlegenden politischen Veränderungen (Entspannungspolitik, Abrüstung) verbunden werden.

Die zunehmende soziale Polarisierung zwischen breiten Schichten des Volkes und der kleinen Minderheit von Kapitalbesitzern, die immer spürbarer werdende Unfähigkeit des kapitalistischen Profitsystems, die dringenden Bedürfnisse der Menschen nach humanen Arbeitsbedingungen, Gesundheit, Bildung etc. und Mitscheidung zu verwirklichen, führen zu einem Aufschwung der Massenkämpfe in den entwickelten kapitalistischen Staaten. Die diesjährige Frühjahrsoffensive der japanischen Werktätigen sei Beispiel.

Der Imperialismus führt einen Verteidigungskampf, die demokratische, antiimperialistische Be-

wegung ist im Vormarsch. Wenn auch dieser Vormarsch in der BRD nicht gradlinig und kurzfristig sein wird.

krieg gegen französische Zustände auf unserem Boden, gegen die Einheit der Linkskräfte, gegen antimonopolistische Umgestaltungen.

Nicht, daß in der BRD heute grundlegende gesellschaftliche Veränderungen unmittelbar zu erreichen wären. Aber sie werden vorbereitet durch das entschiedenere Eintreten der Arbeiter und Angestellten für höhere Löhne, für die Humanisierung der „Arbeitswelt“, für eine bessere Gesundheitsversorgung und bessere Umweltbedingungen, für eine Demokratisierung des Bildungswesens.

Der Boden für grundlegende antimonopolistische Veränderungen wird gegenwärtig bereitet durch den Preisterror der Großkonzerne, besonders der Erdölgiganten, durch den verschärften Druck auf das Lebensniveau der Volksmassen in Form von Arbeitsplatzunsicherheit, Kurzarbeit, Arbeitshetze, steuerlichen Mehrbelastungen usw.

Die Ideologie der „freien Marktwirtschaft“ droht in den Teich zu gehen, die Forderung nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien wird populär.

Daraus resultiert die ganze Empfindlichkeit der Monopolkräfte gegen die Vergesellschaftungsforderung.

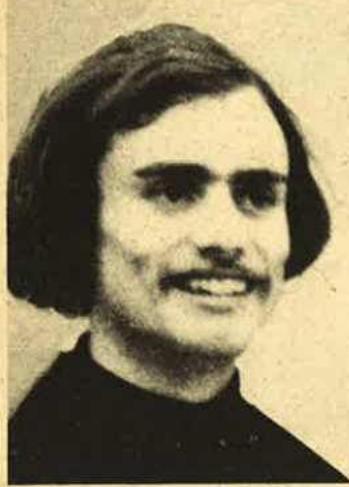
Ein Gespenst geht um ...

Ein Gespenst, das die herrschende Klasse in der BRD besonders beunruhigt, ist die erfolgreiche Aktionsgemeinschaft von Sozialisten und Kommunisten in Frankreich. Das gemeinsame Regierungsprogramm, das auf die Verstaatlichung wichtiger Großkonzerne, auf die Ausweitung der sozialen und demokratischen Rechte des arbeitenden Volkes zielt, das den Weg zum Sozialismus öffnen kann, beeindruckt schon heute alle Linken (siehe das Aktionsprogramm der Jusos in NRW, das so viel Staub aufwirbelte), beunruhigt die Monopolbourgeoisie in höchstem Maße.

Wieviel gefährlicher ist dieses Programm, wenn es jetzt vor unserer Haustür auch verwirklicht würde.

Im Westen eine fortschrittliche Regierung, im Osten der gedeihende Sozialismus in der DDR — nicht auszudenken! Der Kampf der Monopolbourgeoisie und der rechten SPD-Führer gegen fortschrittliche Positionen bei den Jusos — das ist ein Präventiv-

Paul Schäfer ist stellvertretender Bundesvorsitzender des MSB SPARTAKUS, Andreas Mölich Mitglied des Sekretariats des SPARTAKUS-Bundesvorstandes.



Paul Schäfer



Andreas Mölich

Die Zunahme der Kampfaktionen der Arbeiterklasse, der Studenten — die machtvollen Streiks im öffentlichen Dienst und im IG-Metall-Bezirk Unterweser, die größte Studentendemonstration in der Geschichte der BRD im Janur '74 beweisen es — sind eben ein wichtiges Kennzeichen der Entfaltung des Klassenkampfes in der BRD.

Nur wer diese objektiven Möglichkeiten für die Verstärkung des „Klassenkampfs von unten“ sieht, entgeht der Gefahr der Resignation.

Aus den letzten Wahlergebnissen in der Bundesrepublik dürfen keine voreiligen Schlüssefolgerungen gezogen werden: Es gibt einen Drang nach rechts, und zwar bei den etablierten Kräften. CDU/CSU und Bundesregierung wollen — im Interesse der Systemstabilisierung — alle Forderungen des arbeitenden Volkes abblocken — das ist die eigentliche Rechtsentwicklung in unserem Land.

Maßgebliche Kräfte der Monopolbourgeoisie wissen: Allein mit der Unterdrückung der demokrati-

schen Bewegung ist es nicht getan. Um den Masseneinfluß einer linken Alternative zur großkapitalistisch ausgerichteten Politik der Bundesregierung zu verhindern, brauchen sie eine Scheinalternative, die bessere kapitalistische Regierung.

Daher die massive Unterstützung der CDU/CSU durch relevante Kapitalkreise.

Das Gefährliche an dieser Entwicklung besteht zunächst darin, daß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung auf systemstabilisierende Lösungen gelenkt wird

Rechtsentwicklung in der BRD?

und darüber hinaus das Massenbewußtsein auf militant antikommunistische und ultrareaktoriäre Positionen zurückentwickelt werden soll. Mit der Profilierung der CDU/CSU ist also untrennbar verbunden das Bestreben, den Antikommunismus

zu verstärken, den Ruf nach dem weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Herrschaftsapparats, die Diffamierung jeglicher fortschrittlicher Forderungen.

Die Frage nach den Ursachen für die Erfolge der CDU sowie für die Niederlagen der SPD bei den letzten Wahlen läßt sich relativ einfach beantworten:

Nicht, weil ihre Politik zu links ist, sind viele Menschen über die SPD enttäuscht und sind nachweisbar viele ihrer Stammwähler bei den letzten Wahlen zu Hause geblieben. Im Gegenteil, weil die SPD-Führer in ihrer Regierungstätigkeit gegen Arbeiterinteressen für die Stützung des Profits der Reichen agierten, wenden sich die Arbeiter von dieser Partei ab. Glaubt Brandt die Arbeiter gewinnen zu können, wenn er keine Gelegenheit ausläßt, ihre berechtigten Lohnforderungen zu diffamieren und seine einzige Sorge bei Preiserhöhungen der Ölkonzerne darin liegt, daß die „freie Marktwirtschaft“ in Mißkredit kommen könnte?

Glaubt die SPD Studenten zu gewinnen, wenn die Ausbildungsförderung immer miserabler wird? Viele Studenten sehen, daß mit dem Hochschul-Rahmengesetz die Hochschulen fest an die Kette von Konzerninteressen gelegt werden sollen.

Das ist eine Politik, die nicht den Arbeitern, sondern den Konzernen nutzt. Das ist der Boden, auf dem nicht die SPD gedeiht, sondern die CDU. Denn: Berufsver-

bote durchsetzen und Linke verfolgen, das kann die CDU besser und glaubwürdiger, das hat sie in den 50er Jahren bewiesen.

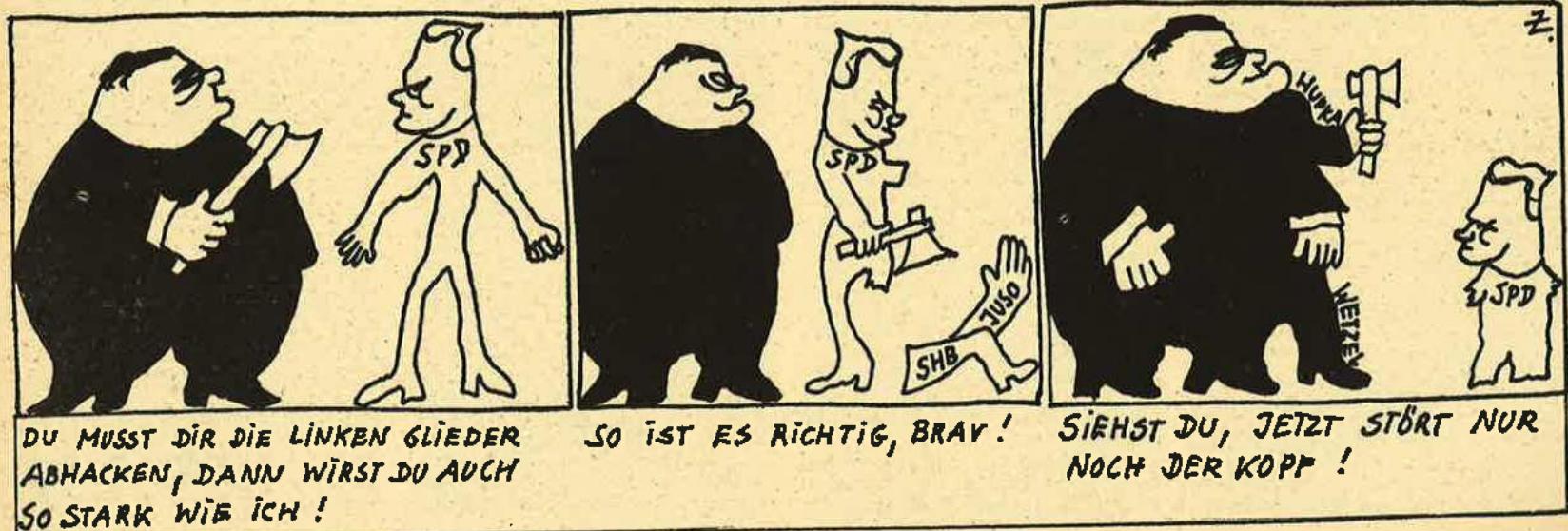
Die SPD selbst bereitet doch den Boden, auf dem die CDU ihre soziale Demagogie erst richtig entfalten kann. Da können sich die Rechten hinstellen und die Krise des Systems kurzerhand zur Kritik einer bestimmten Politik zu machen. Da werden Inflation und Arbeitslosigkeit den Arbeitern selbst in die Schuhe geschoben, die mit „maßlosen Lohnforderungen unsre Wirtschaft zugrunde richten“. Die wahren Schuldigen sollen alle Linken, die Gewerkschaften, die Jusos usw. sein. Im Kern läuft das auf die alten Sündenbocktheorie hinaus, die schon einmal verhängnisvolle Folgen für unser Land gehabt hat.

Und die rechten SPD-Führer blasen ins gleiche Horn. Jetzt rufen sie zur Verfolgung linker Sozialdemokraten, die an den Wahlniederlagen schuld sein sollen.

Es ist völlig klar: der Rechts-trend der SPD-Führung nützt nur der CDU/CSU, der politischen Reaktion, er schadet den sozialdemokratischen Mitgliedern.

Was muß jetzt getan werden?

Auf eine Neubesinnung von Brandt und Schmidt zu warten, wäre nutzlos.



TAGEZEITUNG	WOCHEZEITUNG
<input type="checkbox"/> Ich bestelle die UZ – UNSERE ZEIT – als TAGEZEITUNG für mindestens 3 Monate (Abonnementpreis: monatlich DM 1,-)	<input type="checkbox"/> Ich bestelle die UZ – UNSERE ZEIT – als WOCHEZEITUNG für mindestens 1 Jahr (Abonnementpreis: Wochenblatt DM 8,50)
BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN	
Name _____	
Vorname _____	
PLZ	Ort _____
Straße und Hausnummer _____	
Beruf _____	
Datum	Unterschrift _____

Herausgeber: DKP-Parteivorstand, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 79, verantwortlich G. Hombach. Druck: Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH

Was jetzt der arbeitenden Bevölkerung, den Lehrlingen, Schülern und Studenten und damit auch der überwiegenden Mehrheit der Sozialdemokraten nützt, ist ihr eigenes Handeln gegen diese reaktionäre Entwicklung.

Deshalb heißt die erste Grundbedingung für einen Erfolg gegen rechts: Kampf für die eigenen Interessen gegen das Großkapital.

Dabei gilt es zu erkennen, daß die Gemeinwohlideologie, die Verzichtsappelle der Friderichs und Co. nur der Absicherung der Profite und der Macht der Großkapitalisten dienen.

Der Ausweg aus dieser Rechtsentwicklung ist der konsequente Kampf gegen die unsoziale Inflation, gegen unzureichende Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse, gegen die Einschränkung demokratischer Rechte. Jetzt, angesichts der „drohenden Rechtsentwicklung“ zu resignieren, wäre doch genau das, was die Bourgeoisie in unserem Land will, was sie sehnlichst erhofft.

Es kommt darauf an, die Wurzeln der Verschlechterung der Lage der Werktätigen und die Ursachen der reaktionären Tendenzen offenzulegen: das ist die Herrschaft des Großkapitals. Deshalb muß der Kampf gerichtet werden auf die Schwächung und schließlich Brechung der Monopolmacht.

Es ist zunächst notwendig, die Massen in den Kampf zu führen, für unmittelbare Verbesserungen ihrer Lage, für die Lösung ihrer drängendsten Probleme.

Dabei kommt es darauf an, die Massen von der Notwendigkeit grundlegender Veränderungen zu überzeugen, da nur so die Ursachen von Inflation, Lohndiktat etc. beseitigt werden können.

Daher ist die 2. Grundbedingung für den Erfolg gegen rechts: Die marxistischen Organisationen, die DKP, die SDAJ und der MSB Spartakus, müssen gestärkt werden, um den Massenkampf voranzubringen.

Nur eine Partei, die sich ausschließlich den Interessen der Arbeiterklasse verpflichtet weiß und daher nicht Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein, sondern die Leiden der Arbeiterklasse durch die Überwindung der Kapitalherrschaft abschaffen will, kann konsequent für den gesellschaftlichen Fortschritt är-

beiten. In der BRD ist das die DKP. Die DKP ist die Partei, die die Ursachen der Inflation, der inhumanen „Arbeitswelt“, von Mietwucher und Bodenspekulation beseitigen will: das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Völlig zu Recht stellt die DKP in einer Erklärung zu Brandts 10 Punkten fest:

„Die verschärfte Abgrenzung der rechten SPD-Führung nach links, ihre Absage an die Aktionseinheit, ihr verstärkter Antikommunismus, ihre Politik im Interesse der Konzerne unterstreichen die Tatsache, daß allein die DKP die Partei in der Bundesrepublik ist, die sich von dem Grundsatz leiten läßt: Alles für das arbeitende Volk! Sie kämpft für seine Tagesinteressen und tritt für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, für den Sozialismus ein. Die DKP ist somit auch die einzige wählbare Alternative zu den nach rechts drängenden Bonner Parteien.“ Und 10 Prozent der männlichen Hamburger Jungwähler haben diese Konsequenz richtig gezogen.

Eine starke DKP ist notwendig, weil die Kommunisten am konsequentesten in der Entfaltung der Klassenkämpfe der Arbeiter wirken. Sie nützt den Arbeitern und auch den linken Sozialdemokraten, denn eine starke DKP vergrößert auch den Spielraum für fortschrittliche Positionen in der SPD. Ein starker MSB Spartakus liegt im Interesse aller Studenten, die einen konsequenten Kampf gegen die große Koalition der Hochschulformierer und Verfassungsbrecher und für soziale Sicherheit und Demokratie führen wollen. Jeder Student, der im Wintersemester an der Sternmarschbewegung teilgenommen hat, weiß, daß ein starker MSB Spartakus für die Entfaltung der

Massenkämpfe an den Hochschulen unverzichtbar ist. Im Interesse aller Arbeiter und Studenten liegt es, den jetzt verstärkt vorgetragenen Antikommunismus, diese Hauptwaffe der Herrschenden gegen die demokratische Bewegung, zurückzuweisen.

Die 3. Grundbedingung, um Erfolge im Kampf gegen rechts zu erzielen, heißt: Nicht nachlassen im Kampf für die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen Demokraten!

Nicht umsonst stellen die nach rechts drängenden Bonner Parteien den Kampf gegen die Aktionseinheit ins Zentrum ihrer Angriffe gegen den Fortschritt in unserem Land. Doch die gemeinsamen Klasseninteressen von Kommunisten und Sozialdemokraten lassen sich nicht durch Beschuß führender Parteidienstleistungen aus der Welt schaffen. Die Angst der herrschenden Klasse vor Frankreichs Beispiel hat ihren sehr realen Kern. Doch dürfen wir uns daran nicht in kontemplativer Betrachtung ergötzen — Frankreich ist für uns Aufruf zum Handeln im eigenen Land! Wenn es dem Großkapital gelingt, durch verschärfte Antikommunismus Sozialdemokraten und Kommunisten auseinanderzuspalten, dann ist die Bahn frei, um den Arbeitern und Studenten auch die letzten Rechte und Freiheiten zu nehmen. Das haben wir in der Geschichte unseres Landes schon einmal nur zu bitter erfahren müssen!

Die Aktionseinheit ist notwendig, weil nur so die gemeinsamen Interessen gegen die geballte Macht des Monopolkapitals durchgesetzt werden können. Das sieht jeder Arbeiter im Kampf um höheren



theorie

DER ZWANG

Nach einer Reise in die DDR wollten die Zurückgebliebenen wissen, ob der Arbeiter B. Zwang gesehen habe. Ja, sagte B., und: in hohem Maße. Jeder zwingt dort jeden in die Schulen, in die Leitung des Staates und in die Organisation der Wirtschaft. Der Zwang dort ist ungeheuer.

von Peter Maiwald

In vielen Gesprächen über die DDR und andere sozialistische Länder führt er noch ein munteres Eigenleben: Jener abstrakte ahistorische Freiheitsbegriff, auf dessen vagen Nenner, daß hier wenigstens jeder fast alles sagen, tun und lassen dürfe, so mancher Einwand gegen den Sozialismus Platz findet – trotz des Zugeständnisses, daß „freilich“ auch in der BRD die Freiheit ihre Grenzen habe.

Genauer betrachtet sind die realen Grenzen für den, der Tag für Tag an der Werkbank steht, im Labor arbeitet oder in seine Kurse geht, am Arbeitsplatz ziemlich eng gezogen, und auch in der Freizeit erweisen sich die Möglichkeiten als begrenzt durch das Einkommen, die Notwendigkeit, die Arbeitskraft wiederherzustellen usw. Diese realen Eingrenzungen hält der einzelne meist für unvermeidbar, bestenfalls in Details veränderbar, erscheint ihm doch die formal-rechtlich fixierte Freiheit bereits als Freiheit der Persönlichkeit, als Freiheit in der Gesellschaft. Diese Freiheitsillusion beruht auf dem spontan verlaufenden Prozeß der Mystifikation der kapitalistischen Verhältnisse, der „das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt“. Sarkastisch folgerte Anatole France, daß es, rein gesetzlich, rein formal, dem Armen wie dem Reichen gleichermaßen freigestellt ist, Brot zu stehlen, unter Brücken zu schlafen, eine Fabrik aufzubauen. Diese für Krupp und Krause offensichtlich unterschiedlichen Möglichkeiten, ihre Freiheiten wahrzunehmen, beruhen darauf, daß die Menschen stets gesellschaftlich entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte produzieren und dabei in der Produktion bestimmte Verhältnisse zueinander eingehen. Deshalb erwächst der realisierbare Freiheitsspielraum konkret-historisch nicht nur aus den wachsenden Fähigkeiten, objektive Gesetze in Natur und Gesellschaft für die Produktion nutzbar zu machen, sondern auch aus den Eigentumsverhältnissen.

Denn Eigentum an den Produktionsmitteln bedeutet Herrschaft über Produktion und Produzent: Die Freiheiten des Unternehmers haben die Besitzlosigkeit des Arbeiters zur Voraussetzung. Bringt dessen Arbeit dem Kapitalisten keinen Profit mehr, ist dieser so frei, den Arbeiter, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, um zu leben, zu entlassen. Dort also, wo die Arbeiterklasse in der Produktion die materiellen Voraussetzungen wachsender Freiheit schafft, ist der Produzent ohne Freiheit. In einer in feindliche Klassen gespaltenen Gesellschaft kann es demnach keine Freiheit schlechthin geben: Freiheit für die eine Klasse bedeutet Unfreiheit für die andere. Da im Kapitalismus notwendig der Profit des Kapitalisten Ziel der Produktion ist und

nicht der Bedarf der arbeitenden Bevölkerung, stellen kapitalistische Eigentumsverhältnisse das wichtigste Hindernis für die Verwirklichung der Freiheit der arbeitenden Menschen dar: Stellt „Eigentum“ auch nach Meinung des vielzitierten GG-Kommentators Maunz „die im buchstäblichen Sinne vergegenständlichte Erscheinungsform der menschlichen Freiheit“² dar, so basiert die Freiheit der Kapitalisten auf der Unfreiheit von Millionen.

Im Gegensatz zum bürgerlichen abstrakt-ahistorischen, individuellen Freiheitsbegriff, der mit der bundesdeutschen Wirklichkeit konfrontiert, sich als Gedanke der Herrschenden entlarvt, besteht die marxistische Freiheitsauffassung, konkret-historisch und klassenbezogen, darauf, aufzuzeigen, worin Freiheit oder Unfreiheit der Arbeiterklasse ihre Wurzeln haben und wie für sie Freiheit verwirklichbar ist. Freiheit für die Arbeiterklasse verlangt die Überführung der wesentlichen Produktionsmittel in gemeinsames Eigentum der Gesellschaft. Da ökonomische Macht weitgehend politische Macht bedeutet, setzt diese gesellschaftliche Umwälzung die politische Machtübernahme durch die Arbeiterklasse und ihre werktätigen Verbündeten voraus.

Im Sozialismus hat die Arbeiterklasse und ihre werktätigen Verbündeten diese Staatsmacht errungen, wodurch das Proletariat zur herrschenden Klasse wurde. Gestützt auf politische Machtmittel werden die wesentlichen Produktionsmittel in Volkseigentum überführt. Hier erst gewinnt der marxistisch-leninistische Freiheitsbegriff als auf die wissenschaftliche Einsicht in objektive Gesetzmäßigkeiten beruhende Herrschaft über Natur und Gesellschaft Wirklichkeit, indem „die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden“³.

Durch diese im Sozialismus planvoll und bewußt entwickelte „Herrschaft über die Umstände und Verhältnisse, in denen ein Individuum lebt“,⁴ können grundlegend neue Freiheiten für die arbeitenden Menschen geschaffen werden: Das arbeitende Volk wird frei von der Macht des Großkapitals und seines Staatsapparates, seines Militarismus, seiner Rüstungs- und Kriegspolitik, seinen Angriffen auf die demokratischen Rechte der Werktätigen; frei von der Ausbeutung, von

Freiheit u. Unfreiheit im Soziali

der Wirkung der Jagd nach Höchstprofiten und dem mörderischen Konkurrenzkampf. Es wird bewahrt vor den direkten Auswirkungen des kapitalistischen Systems wie Wirtschaftskrisen, der Sorge um den Arbeitsplatz, vor seiner Berufsausbildung, einem Arbeitsschutz, die dem Profitstreben unterworfen sind, usw. — Auswirkungen, die vielfältige Formen von Lebensangst erzeugen. Das arbeitende Volk wird befreit von einer an Profit orientierten Gesundheits- und Sozialpolitik, von Mietwucher und Bodenspekulation. Es wird frei von einer Bildungs-, Informations- und Kulturpolitik, die die Ideen der Ausbeutung und Unterdrückung, des Nationalismus und des Rassismus auf raffinierte Weise verbreitet, die die Einsicht in die wirklichen Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung nicht aufkommen lassen soll. Erst unter diesen Bedingungen können sich völlig neue zwischenmenschliche Beziehungen, Beziehungen der Solidarität und der Gleichberechtigung von Mann und Frau, aller Rassen und Nationen herausbilden; Wolfsmoral und Lebensangst, die Relikte einer überwundenen Gesellschaftsordnung, die im Sozialismus keine Basis mehr haben, sterben ab.

Diese neuen Freiheiten wurden dem arbeitenden Volk nicht geschenkt. Im Unterschied zur bürgerlichen Revolution, in der es im wesentlichen darum ging, den bereits existierenden materiellen bürgerlichen Verhältnissen nur den entsprechenden bürgerlichen staatlich-politischen Überbau zu geben, bedeutete die sozialistische Revolution, daß mit der Schaffung der neuen Staatsmacht die Hauptaufgabe erst beginnt: Die Bildung sozialistischer Produktionsverhältnisse und entsprechender gesellschaftlicher Beziehungen, eine Aufgabe, die nur in einer Periode schwerer Klassenkämpfe gegen die früher herrschende Klasse der Kapitalisten und aller mit ihr verbündeten Gruppen in nationalem und internationalem Rahmen, gegen alte Gewohnheiten, Traditionen und Ideen durchgesetzt werden kann. Gemessen an dem Zeitraum und den historischen Bedingungen, die den Ausbeutergesellschaften zur Herausbildung ihres Freiheitsspielraums zur Verfügung standen, können auch Probleme der Freiheitserweiterung und der Freiheitsbegrenzung im Sozialismus nur unter einem historisch-konkreten Blickwinkel angemessen beurteilt werden.

nd smus

Marianne Friedberg
**„Aber für die Südfrüchte,
da tun sie nix!“**

Diskussion wichtiger Gesetze mit der Bevölkerung der DDR

1961: Gesetzbuch der Arbeit

Zahl der Versammlungen	325 000
Zahl der Teilnehmer	7 000 000
Zahl der Diskussionsredner	1 000 000
Vorschläge zur Verbesserung des Gesetzentwurfs	23 000

1964: Jugendgesetz

Zahl der Vorschläge zur Verbesserung des Gesetzentwurfs	300
---	-----

1965: Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem

Zahl der Diskussionsteilnehmer	2 000 000
Zahl der Versammlungen und Aussprachen	750 000
Teilnehmer	11 000 000
Vorschläge für Veränderungen	12 494
Anderungen am Entwurf	118

Am 6. 4. 1968 kam es über diese Verfassung zu einem Volksentscheid:

94,49 Prozent der Stimmrechtligen entschieden sich für die Verfassung.

Arbeiter an den Schalt-hebeln der Macht

52,6 Prozent der Volkskammerabgeordneten

75,7 Prozent der Abgeordneten in den örtlichen Volksvertretungen

75,0 Prozent der Leiter der sozialistischen Volkswirtschaft
82,0 Prozent der Staatsanwälte
74,0 Prozent der Richter
80,0 Prozent der Offiziere der Nationalen Volksarmee entstammen der Arbeiterklasse.

Fakten über das Recht auf Mitbestimmung in der DDR:

1 700 000 Werktätige sind gewählte Gewerkschaftsfunktionäre

434 000 Werktätige sind Mitglieder der ständigen Produktionsberatungen ihrer Betriebe

3 500 Werktätige sind Mitglieder der Produktionskomitees

630 000 Bürger sind Mitglieder der ständigen Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Aktive

333 000 Bürger wurden in die Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Nationalen Front gewählt

150 000 Bürger sind ehrenamtliche Mitarbeiter der Arbeiter- und Bauerninspektion

50 400 gewählte Schöffen sprechen zusammen mit den Berufsrichtern Recht

186 000 Bürger sind Mitglieder der 21 724 Konfliktkommissionen

56 000 Bürger sind Mitglieder der 5 290 Schiedskommissionen

585 000 Eltern sind gewählte Mitglieder der 95 000 Klassenaktivs und der 7900 Elternbeiräte der Schulen

201 000 Bürger sind Mitglieder der 16 900 Verkaufsstellenausschüsse des Konsums

100 000 Bürger sind Mitglieder der HO-Beiräte

Freiheitsbegrenzungen in der knapp 25 Jahre alten DDR entspringen nicht dem sozialistischen Ziel, sondern den konkreten historischen Bedingungen der imperialistischen Umwelt und sind teils in Schwierigkeiten beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus begründet oder teils kapitalistisches Erbe. Beschnitten und schließlich ganz abgeschafft wurde die Freiheit der Ausbeutung der Ausbeuter. Weder die gestürzte Ausbeuterklasse noch sonst jemand erhält die Freiheit, sich kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln anzulegen und Arbeiter auszubeuten.

Wenn westdeutsche Monopolherren die DDR einen „Staat der Unfreiheit“ nennen, so haben sie von ihrem Klassenstandpunkt recht, denn dieser Staat hat ihnen ja dort die Betriebe weggenommen und ihnen dort die Ausbeutung der Werktätigen unmöglich gemacht.

Beseitigt wurde auch die Freiheit, Ideen der Ausbeutung, der Unterdrückung der Völker, des Nationalismus und des Rassismus wie militaristische und kriegsfördernde Ideen zu verbreiten. Der Kampf gegen Überreste kapitalistischen Denkens und bürgerlicher Moral wird von deren Anhängern als Unfreiheit empfunden. Es ist aber der Kampf für die Freiheit einer überwältigenden Mehrheit von einem Denken und einer Moral, die zu furchtbaren Verbrechen an der Menschheit geführt haben.

Es gibt aber auch Freiheitsbegrenzungen, die mit dem geschichtlichen Platz des Sozialismus, Übergangsstufe vom Kapitalismus zum Kommunismus zu sein, zusammenhängen. Objektive Schranke für die Freiheit ist der erreichte Stand der Produktivkräfte. Da die vom Kapitalismus ererbten Produktivkräfte noch nicht ausreichen zur vollen Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft, kann es unter sozialistischen Bedingungen noch kein anderes Prinzip der Verteilung von Gütern als nach der Leistung für die Gesellschaft geben. Trotz des bewußten und planvollen Vorantreibens aller Möglichkeiten sind auf Grund dieser Differenzierung nicht alle in gleicher Weise frei.

Bei der Diskussion um Freiheitsbegrenzungen stellen sich ernste Fragen: Wer hat das Recht, Freiheitsbegrenzungen über Menschen zu verhängen? Kann man die Beschränkung der Freiheit im Namen der Freiheit rechtfertigen? Gibt es objektive Maßstäbe für die Berechtigung von Freiheitsbegrenzungen?

Da es zur Überwindung der kapitalistischen Freiheitsbegrenzungen keinen „dritten Weg“ gibt, muß der objektive Maßstab für alle gesellschaftlichen Prozesse des Sozialismus sein. Deshalb richten sich die Maßnahmen der proletarischen Staatsmacht gegen alle Vorstellungen und Praktiken, die die Errungenschaften der Arbeiterklasse gefährden und die Entwicklung des Sozialismus hemmen, zumal es sich meist nicht nur um Veraltete handelt, sondern um solche gesellschaftlichen Leitbilder, die die Menschheit im Laufe der Geschichte viel Blut und Tränen gekostet haben. Ob so offen reaktionär wie Solschenizyn und Amalrik oder — unter Umständen subjektiv ehrlich — wie etwa R. Medvedev, lassen sie sich doch alle bereitwillig für den „Dissidenten-Kult“ (vgl. Wolfgang Harich in SZ v. 20. 4. 1974) des Imperialismus vermarkten.

Seit Bestehen sozialistischer Gesellschaften wird Freiheit zu einer Realität, weil die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer marx-lén Partei und im Bündnis mit anderen werktätigen Klassen und Schichten die gesellschaftlichen Bedingungen der Freiheit gemäß objektiven historischen Notwendigkeiten und Gesetzmäßigkeiten gestaltet, d. h. die ökonomische Basis der Freiheit planvoll für die Ziele der jeweiligen Etappe des Sozialismus nutzte. Demgemäß beschloß der VIII. Parteitag der SED als Hauptaufgabe, die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Die Entwicklung der materiellen Produktion ist also keineswegs Selbstzweck für ehrgeizige Planer, sondern einer der wichtigsten Wege, auf dem sich die Freiheit der sozialistischen Gesellschaft entfaltet, die freie Entwicklung jedes Werktätigen gewährleistet ist.

Ebensowenig sind Einwände gegen die Rolle des sozialistischen Staates gerechtfertigt, der als das Hauptinstrument der Arbeiterklasse zur Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft die Realität der Freiheiten für das arbeitende Volk begründet, gewährleistet und sichert: Der Freiheit zur allseitigen Ausbildung aller Talente und Fähigkeiten der Werktätigen in Schule, Berufsausbildung, Studium, in einer Atmosphäre des ständigen Lernens aller während des ganzen Lebens.⁵

Der Freiheit zur Einsicht in die tatsächlichen Bedingungen ihres Lebens durch eine entsprechende Informations-, Bildungs- und Erziehungspolitik; der Freiheit zur Aneignung des kulturellen Reichtums der Menschheitsgeschichte (vielfältige Initiativen zur kulturellen Selbsttätigkeit des Volkes, zu einer reichen Film-, Theater- und Buchproduktion, Internationalismus bei der Vermittlung dieses kulturellen Reichtums). Auf der Grundlage dieser Kulturrevolution werden die Menschen erst fähig, im wirklichen Gesellschaftsprozeß mit Sachkenntnis zu entscheiden. Durch die Freiheit zur Mitentscheidung in allen gesellschaftlichen Bereichen erlangt der unmittelbare Produzent eine menschenwürdige Stellung. Die sozialistische Demokratie macht das Mitarbeiten, das Mitplanen und Mitregieren für Hunderttausende zur Selbstverständlichkeit.

Alle arbeitenden Menschen sind gesetzlich gleichberechtigt. Sie sind zur Teilnahme an der Planungsleitung der Gesellschaft, v.a. an der Erarbeitung des Perspektivplans und zur Mitwirkung an der Prognose-tätigkeit aufgefordert. Die Willkür von Leitungen gegenüber Arbeitern wird durch permanente Kontrolle z. B. der Arbeiter- und Bauern-Inspektionen überwunden. Der Arbeiter hat auf allen Ebenen der Entwicklung des Betriebes, seiner Produktion — von der Produktionsberatung, über die Betriebsgewerkschaftsleitung, die gesellschaftlichen Räte, über die Partei- und Staatsorgane aller Ebenen — das Recht zur Mitentscheidung. Kein Plan, kein Gesetz kommt ohne unmittelbare Mitwirkung des Volkes zustande. Der Arbeiter hat das Recht der Beschwerde in jeder ihn betreffenden Angelegenheit.

Daraus folgt, daß in Verbindung mit der zentralen Leitung und Planung die schöpferische gesellschaftliche Selbsttätigkeit und politische Mitgestaltung eines jeden eine wichtige Triebkraft für die weitere Entfaltung des Sozialismus darstellt. In dem Maße, wie die Werktätigen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft immer umfassender an der gesellschaftlichen Mitverantwortung teilnehmen, in dem Maße, wie sich die sozialistische Demokratie entfaltet, erhöht sich ihre Freiheit und vergrößert sich die Verantwortung des einzelnen. Diese Verantwortung verpflichtet ihn, die Freiheit der Kritik wahrzunehmen, wie es etwa in den Büchern von Simonow, Tschakowskij und vielen anderen geschieht. Läßt sich auch das Problem der persönlichen Freiheit — trotz einer prinzipiellen Interessenübereinstimmung im Sozialismus — nicht auf das der gesellschaftlichen Freiheit reduzieren, so muß als Maßstab doch stets gelten, daß die persönliche Freiheit der Werktätigen eine gesellschaftliche Errungenschaft, das Resultat des siegreichen Klassenkampfes der Arbeiterklasse ist. Die widersprüchliche Durchsetzung der Freiheit im Sozialismus darf deshalb nicht zum Alibi für antisozialistische Kräfte werden, ihre ideologischen Positionen öffentlich zu vertreten.

Im obengenannten Sinne faßt auch die Verfassung der DDR von 1968 in Artikel 4 Freiheit „nicht in der Isolierung des einzelnen“, sondern gründet Freiheit auf die „Verbindung des Menschen mit dem Menschen, auf die Gemeinsamkeit des Handelns der Mitglieder der Gesellschaft zum Wohle der Allgemeinheit wie des einzelnen“. Daß diese Forderung nicht abstrakt bleibt, beweist u. a. Artikel 41, worin die Rolle der sozialistischen Kollektive bestimmt wird: „Die sozialistischen Betriebe, Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände sind im Rahmen der zentralen Planung und Leitung eigenverantwortliche Gemeinschaften, in denen die Bürger arbeiten und ihre gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten. Sie sichern die Wahrnehmung der Grundrechte der Bürger, die wirksame Verbindung der persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen sowie ein vielfältiges gesellschaftliches und kulturell-geistiges Leben.“⁶

In dem Maße, wie es im Prozeß des sozialistischen Aufbaus weiter gelingt, die wesentlichen Unterschiede von Stadt und Land, von Industrie- und Landarbeit abzubauen durch die Einbeziehung industrieller Arbeitsmethoden und der Ausbreitung moderner Kultur, die wesentlichen Unterschiede von Hand- und Kopfarbeit zu verringern durch die Schaffung einer neuen hochqualifizierten Arbeiterpersönlichkeit, werden die Freiheitsspielräume der Menschen im Sozialismus vergrößert werden. Je mehr es gelingt, im Sozialismus die durch Jahrtausende währende Unterdrückung in Klassengesellschaften herührende Kluft zwischen Macht und Volk zu überwinden, desto mehr dehnt sich die Mitwirkung des gesamten Volkes an der Leitung des Staates aus. Diese Entwicklung vollzieht sich auf der Grundlage einer steten Entwicklung der Produktivkräfte und der Herausbildung einer neuen, von Verantwortungsgefühl gegenüber der ganzen Gesellschaft getragenen Moral, so daß auf dieser Basis eine weit höhere Art von Freiheit möglich ist. Erst wenn diese Gesellschaft nicht mehr einer hochgerüsteten imperialistischen gegenübersteht, kann ein umfassender Prozeß des Absterbens des Staates einsetzen, verschwinden immer mehr Organe, deren Aufgabe es war, Macht über Menschen auszuüben.

Angesichts der neuen gewaltigen Freiheiten, die den Werktätigen heute schon im Sozialismus zur Verfügung stehen und den Perspektiven, die seine weitere Entwicklung eröffnet, bleibt unter Einbezug der heutigen weltweiten Auseinandersetzungen nur zu konstatieren, daß Freiheit und Sozialismus für die arbeitende Bevölkerung direkt zusammenfallen. Oder mit den „Flöhnen“ gesprochen: Das weiß doch jeder, daß die mehr für die Leute tun. Aber für die Südfüchte, da tun sie nix!

1 Karl Marx, Das Kapital Bd. I, Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 23 Berlin 1970 S. 562.

2 Maunz, Dürig, Herzog, Grundgesetz. Kommentar, München 1969 Bd. 1, Art. 2 I. Rdnr. 24.

3 Karl Marx, Das Kapital Bd. III, MEW Bd. 25, S. 828.

4 Karl Marx, Friedrich Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 282.

5 Vergl. Wie löst die DDR ihre Bildungsprobleme? in: Facit 9. Jg. Nr. 32 Dezember 1973 S. 91 ff.

6 Sorgenicht u. a. (Hg), Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumentenkommunistare, 2 Bd., Berlin 1969.

Stählernes Korsett oder schöpferische Methode ?



**Peter Schütt
über
Sozialistischen Realismus**

Verlogenes Pathos, kitschige Kolossalgemälde, normiertes Heldentum, leeres Lobgelön, tönerne Propagandageschwätz: so oder so ähnlich stellt sich in der bürgerlichen Kritik unseres Landes die Kulturszene zwischen Wittenberg und Wladivostok dar. Als Sammelbegriff genügt das Stichwort „sozialistischer Realismus“ und der dezente Hinweis, es handele sich dabei um „die parteioffizielle Kunstdoktrin des etablierten Sozialismus“. Gewiß sind in den letzten Jahren die Ansichten der Kritiker zur Kulturpolitik und zu den kulturellen Errungenschaften der sozialistischen Länder flexibler und differenzierter geworden, geblieben ist jedoch der Grundton: Solange der Sozialistische Realismus zum Gesetz erhoben wird, geht es mit der Kunst und der Literatur bergab. Wird er in Frage gestellt, blühen die Künste wie im Prager Frühling ganz von selber auf.

Heute kommen die Argumente gegen die Theorie und die Praxis des sozialistischen Realismus nicht mehr bloß von rechts her, vom Standpunkt der bürgerlichen Avantgarde oder von einer offen reaktionären Position aus. Zunehmend wird die Ablehnung pseudolinks motiviert und mit neotrotzkistischen Argumentationen begründet. Verbreitet ist der Verdacht, die offiziöse Kunst in den sozialistischen Ländern sei angepaßt, etabliert und konservativ. Neulinke Slawisten der BRD erklären die Literaturgeschichte der Sowjetunion um 1930 beendet, und Chefkritiker Raddatz beobachtet bei den Schriftstellern der

Peter Schütt, Hamburger Schriftsteller, Mitglied des Parteivorstandes der DKP und Vorsitzender des Demokratischen Kulturbundes Deutschlands.



Alfonso Prieto, Todos a la plaza, Plakat, 1970 (Kuba)



Nguyen Dang Kiem (Saigon), Dieser Frühling wird noch schöner als der vorhergehende (aus einem Neujahrsgedicht des Präsidenten Ho Chi Minh), 1968, Farbholzschnitt



Klaus Wittkugel: daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint", 1959/60 (DDR)

pressen läßt: der Archipel Gulag, die Samisdat-Veröffentlichungen des Dissidentenklüngels, die naiven Künstler Rumäniens, die polnischen Abstrakten, kubanische Plakate und selbstverständlich Wolf Biermann. In der Regel handelt es sich dabei um Fiktionen, um kümmerliche Relikte der bürgerlichen Kunst jenseits von Oder und Neiße. Sie sind so irreal wie die periodisch wiederkehrende Prophezeiung irgendwelcher Spezialisten, die auf Grund eines zufällig gelesenen Artikels in der „Literaturnaja Gaveta“ oder in „Sinn und Form“ zu dem Schluß kommen, jetzt werde der sozialistische Realismus endgültig über Bord geworfen oder umgekehrt: er werde nun unwiderruflich zum zwingenden Gesetz erhoben und mit dem Tauwetter, der Liberalisierung oder der Abkehr vom Stalinismus sei es ein für allemal vorbei.

Was ist eigentlich dran am sozialistischen Realismus? In keinem Lande des sozialistischen Lagers ist er gesetzlich vorgeschrieben, steht er in der Verfassung oder auch nur in den Satzungen der Künstlerverbände. Noch viel weniger führt er auf dem Drittelpunkt dieser Welt, das den Sozialismus aufbaut, zu einheitlichen Ergebnissen in der Kunst- und Literaturproduktion. Nur wem die Welt jenseits der Grenzen ganz und gar mit Brettern vernagelt ist, der vermag eine geschlossene, monolithische Kunstszenen zwischen Elbe und Amur zu erkennen. Wenn es wirklich ein Land gibt, auf das die negativen Klischees der hiesigen Kritiker des sozialistischen Realismus zutreffen, dann heißt dieses Land China. Dort hat Maos vulgärmarxistische, undialektische und primitive Auffassung von der bloß dienenden Rolle Künste wirklich so etwas wie eine rot drapierte Hofkunst heraufbeschworen, die die Machtansprüche der Maoisten mit pathetischen Lösungen illustriert — so wie die rosarote Salonkunst des Empire Napoleons Ruhm verherrlichen sollte. Gewiß, für den sozialistischen Realisten ist die Kunst „Waffe“, aber ihr Arsenal reicht nach einem geflügelten Wort von Johannes R. Becher vom Holzhammer bis zur Zauberflöte. In der Mao-Kunst werden wesentliche Prinzipien der Theorie des sozialistischen Realismus zur Karikatur entstellt: da wird die Parteilichkeit zur blinden Illustration von Parteilösungen,

die Volkstümlichkeit zum Alibi für Einfallslosigkeit und Opportunismus, die Forderung nach Realismus zur bloßen Nachahmung. Dergleichen hatten die Klassiker nie im Sinn.

Es gibt im Weltmaßstab durchaus Tendenzen, die darauf hindeuten, daß sich die sozialistisch-realistischen Grundforderungen gegenüber anderen Auffassungen von den Aufgaben und Möglichkeiten der Kunst mehr und mehr durchsetzen. Aber das Ergebnis dieses Prozesses ist durchaus nicht die allmähliche Vereinheitlichung der kulturellen Entwicklung in den sozialistischen Ländern. Das Gegenteil ist der Fall: in allen Ländern des realen Sozialismus ist eine zunehmende Vielfalt an literarischen und künstlerischen Lösungsmöglichkeiten zu beobachten, die Individualität der einzelnen Handschriften macht sich stärker bemerkbar denn je, ja sogar die nationalen Besonderheiten behaupten sich mit einer erstaunlichen Zähigkeit. Das verträgt sich durchaus mit den schöpferischen Prinzipien des sozialistischen Realismus, es entspricht ihm recht verstanden sogar. Denn in Wahrheit ist er weiter nichts als die Summe der Erfahrungen und Grundprinzipien, die sich vor allem im Verlauf der literarischen und kunsttheoretischen Diskussionen der zwanziger und dreißiger Jahre herausgebildet haben. An der Herausbildung der theoretischen Grundlagen waren im Bereich der Literatur Gorki und Majakowski genauso beteiligt wie Becher und Brecht, der chinesische Dichter Le Hsün nicht weniger als sein türkischer Zeitgenosse Nazim Hikmet. Eingeflossen sind die Kulturerfahrungen im Verlauf der künstlerischen und literarischen Umwälzungen der Oktoberrevolution, die Ergebnisse der proletarisch-revolutionären Kunst und Literatur der zwanziger Jahre und nicht zuletzt die bedeutenden Werte der sozialistischen und demokratischen Werke, die während des Kampfes der Völker gegen den Hitlerfaschismus entstanden sind. Zwar hat es in der Vergangenheit nicht an gelegentlichen Versuchen gefehlt, einzelne methodische Prinzipien des sozialistischen Realismus auf dem Verordnungsweg einzuführen, aber diese Versuche sind allesamt an der Kompliziertheit der Kulturentwicklung gescheitert. Im Prinzip produktiv war sicher der von

Volker Braun

DIE HALTUNG EINER ARBEITERIN

1

In den ersten Jahren der Integration
Ereignete sich unauffällig der Fall
Der Weberin Hanna Wagenseil
Sechsundvierzig Jahre alt
Ruhiger Gemütsart, in Ebersbach.

2

Lange gewöhnt
An ihre langsamten Maschinen, brach sie
Als die neuen sowjetischen Automaten
Montiert waren und in der Halle lärmten
In ein Geschrei aus, mitteilend
Ihre Ablehnung derselben.

3

Als aber die Weberin schrie
Die sonst ruhige, ging sie doch
Keinen Augenblick von dem lärmenden Kasten
Während acht Tagen
schrie herum und bediente ihn
und höre nicht auf zu schreien

4

Aber am neunten Tag, als sie schon still war
Aber schlecht angesehen bei den erschütterten Leitungen
Hatte sie die Erfindung im Kopf
Die Vorrichtung, die einigen Lärm wegnahm.

5

Dies wurde nicht gemeldet in den Zeitungen
(Seines gewöhnlichen Hergangs wegen)
Soll aber bekannt werden als die Haltung
Der Arbeiterin Hanna Wagenseil
Aus Ebersbach.

der DDR-Kulturpolitik um 1960 proklamierte Bitterfelder Weg, der den Künstlern den Weg zur sozialistisch-realistischen Gestaltung durch Gastsemester in der Produktion erleichtern wollte. Inzwischen sind in der DDR der Terminus und einige verengte Anwendungsformen wieder außer Gebrauch gekommen. Nicht daß man es dort nicht mehr für nützlich hielte, daß ein Schriftsteller zeitweilig zum Abbauhammer und der Kumpel zur Feder greifen sollte, aber heute wird darüber hinaus mehr als früher betont, daß es keine Einbahnstraße für den sozialistischen Künstler geben kann, sondern daß sich jeder seinen „Bitterfelder Weg“ an der Seite der Arbeiterklasse selbst bahnen muß.

Die Länder des real existierenden Sozialismus stellen gegenwärtig die vielfältigste und reichhaltigste Kulturlandschaft der Welt dar. Nie zuvor in der Kulturge schichte der Sowjetvölker war beispielsweise die multinationale Kultur der Sowjetunion so sehr geprägt vom Nuancenreichtum der kulturellen Entwicklung in den einzelnen Republiken. Da spricht alle Welt von dem „kasachischen Filmwunder“, der kirgische Erzähler Tschingis Aitmatow wird zum meistgelesenen Autor der Gegenwartsliteratur, in Georgien und der Ukraine erreicht die realistische Malerei eine neue Klassizität. Ein Blick in die Zeitschrift „Sowjetliteratur“, das monatlich auch in deutscher Sprache erscheinende Organ des Schriftstellerverbandes, verrät: die Sowjetunion erlebt gegenwärtig so etwas wie eine zweite kulturelle Emanzipation ihrer asiatischen Republiken. Auch die Kulturszene der DDR ist heute, da der sozialistische Realismus „im Prinzip“ von den meisten Künstlern und Autoren anerkannt wird, ungleich vielfältiger als beispielsweise in den fünfziger Jahren. Da schreibt Anna Seghers neuerdings phantastische Erzählungen, in denen sich Kafka, Gogol und E. T. A. Hoffmann begegnen, da feiern die negativen Helden bei Plenzdorf, Jurek Becker oder Richter fröhliche Ur ständ, da entstehen wieder lauter subtile Natur- und Liebesgedichte. Nicht weil die Schriftsteller der DDR endgültig dem sozialistischen Realismus abgeschworen hätten, sondern weil sie inzwischen besser mit seinen Prinzipien vertraut geworden sind und

souveräner über die ganze Fülle der stilistischen Möglichkeiten verfügen. Die Vielfalt der Handschriften, das war das Stichwort des DDR-Schriftstellerkongresses im November letzten Jahres, und es wurde auch nicht verschwiegen, daß neben dem Sozialismus noch andere weltanschauliche Ansatzpunkte produktiv und legitim sind: bürgerlich-humanistische wie bei Hacks, radikaldemokratische wie bei Kunert. Aber gerade diese Autoren haben sich bei den mehrtägigen Beratungen entschieden für die Anwendung der schöpferischen Methoden des sozialistischen Realismus ausgesprochen. Sogar die kulturelle Situation in der CSSR ist heute lebendiger als in den Jahren vor 1968, als der westliche Avantgar dismus zum alleinmaßgeblichen Stilmuster erhoben wurde. Nicht weil der Staat den „linientreuen Kulturschaffenden“ höhere Honorare zahlt, sondern weil ein Künstler oder Schriftsteller, der sich an der Wirklichkeit orientiert und sich schöpferisch mit

der Haupttendenz der Epoche, der Bewegung vom Kapitalismus zum Sozialismus, beschäftigt, mehr Originalität verspricht als derjenige, der sich allein auf die Einfälle und Eingebungen seines Individuums verläßt. Die große Sozioter Kunstausstellung vom Sommer 1973, auf der erstmals Künstler aus allen sozialistischen Ländern vertreten waren, hat deutlich gemacht: wo sich die Künstler ohne Drängelung und Bevormundung die wesentlichen Prinzipien der sozialistisch-realistischen Methode zu eigen machen, überwinden sie schrittweise die Relikte des Provinzialismus, gewinnen sie die Kraft, in ihren Werken das Thema unserer Epoche eigenschöpferisch widerzuspiegeln. Daß es dazu einer Theorie, neuer Methoden des Herangehens, neuer Gestaltungsmittel, neuer Publikumsbeziehungen und einer neuen Haltung zur künstlerischen Arbeit bedarf, wird kein Vernünftiger leugnen. Die wachsende Anziehungskraft des Sozialismus geht auch von

der künstlerisch-ästhetischen Qualität, von der Massenwirksamkeit und der theoretischen Grundlage der Kunst aus, die auf seinem geschichtlichen Boden wächst. Schon darum bilden die Kunst und die Kunsththeorie ein wichtiges Feld der ideologischen Auseinandersetzung, rückt die Polemik gegen die Theorie und Praxis des sozialistischen Realismus vom Feuilleton auf in die Politik, um so mehr, da die Perspektivlosigkeit des staatsmonopolistischen Systems auch die kulturelle Produktion bei uns in eine tiefe Krise gestürzt hat. Auch in den sozialistischen Ländern sind die Probleme des Realismus, vor allem des sozialistischen Realismus, seit einigen Jahren wieder sehr stark in der Diskussion. Es wächst das Bedürfnis, die kunstpraktischen Ergebnisse der kulturellen Entwicklungsprozesse seit 1945 zu verallgemeinern und die Ästhetik stärker in das Gesamtsystem des Marxismus-Leninismus einzubeziehen. Kürzlich ist in der DDR, herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, ein umfangreiches Kollektivwerk „Zur Theorie des sozialistischen Realismus“ erschienen, das den derzeitigen Diskussionsstand dokumentiert. Dieses Handbuch verzichtet auf Patentrezepte und formelle Schlußdefinitionen und betont in allen Disziplinen die Vielfalt der Stile und Handschriften. In der Einleitung heißt es programmatisch und, ich meine, für die gegenwärtige Kulturpolitik in der DDR symptomatisch: „Die Einheit des Kunstschatzes in Hinsicht auf die kunstschöpferische Methode des sozialistischen Realismus bedeutet indes nicht, daß der sozialistische Realismus auf einen bestimmten Kunstaussdruck, auf einen Typ der Kunst festgelegt sei. Im Gegenteil: Die Entwicklung des sozialistischen Realismus hat sich bisher in einer Vielfalt von künstlerischen Stilen, in einer Vielfalt von Schulen und Strömungen entwickelt. Gerade das Wechselverhältnis zwischen der künstlerischen Methode des sozialistischen Realismus und seiner mannigfaltigen Stilindividuallität und überindividuellen Stilrichtungen ist selbst eine der Triebkräfte - fortschreitender Kunstentwicklung im Sozialismus.“

Der erste Berliner
Kommunistenprozeß
(anonym)

Hört was ich euch berichte
hört die schreckliche Geschichte
von dem Kommunistenfang
so sich in den jüngsten Tagen
in Berlin hat zugetragen
hört den schaurigen Gesang

In der Alten Jakobstraße
bei dem biergefüllten Glase
saßen zweiundzwanzig Mann
samt und sonders schlechte
Christen
Atheisten, Kommunisten
Herrgott sieh uns gnädig an!

Lauter Miß- und Übeltäter
Hoch- und Vaterlandsverräter
und Verschwörer bei der Nacht
Doch am Tage simple Schneider
Schuster, Tischler und so weiter
Handwerksleute kurz gesagt.

Aßen Butterbrot und Käse
sangen froh die Marseitaise
schimpften mörderisch dabei
auf das Geld und auf den König
und die Pfaffen auch nicht wenig
und die heilige Polizei.

So von neun Uhr bis halb zwölfe
brachten diese zweimal elfe
in Gefahr das Vaterland.
Und es war gewiß verloren
lauschte nicht mit scharfen Ohren
ein treuer Vigilant

Atemlos bringt er die Kunde
pfeilschnell fliegt es durch die
Runde
Kommunisten sind im Land!
Schwert und Dolche sieht man
blinken
und im voraus riecht man stinken
Pulver, das bald losgebrannt.

Truppen werden konsigniert
und Gendarmen detachiert
die Rebellen einzufangen
die da drinnen sind und sangen:
„Stoßt vom Land! Wir müssen
wagen!
Unser Schiff heißt Rebellion!“

Waffen hat man nicht gefunden
ohne Blut und ohne Wunden
war die Kommunistenschlacht
jeder wurde ohn Erbarmen
links und rechts mit zwei
Gendarmen
nach der Stadt Vogtei gebracht

Lerne jeder draus die Lehre
daß sich niemand frech
verschwörte
gegen Kirchen und Königsthron
denn sonst kommt mit Blitzaktion
eine Antirebellion
Schutzversicherungskommission!

rb musik

184



Dieter Süverkrüp
„1848“ —
Lieder der Revolution
Pläne, Best.-Nr. S 11102



Das deutsche Volkslied. Ein Heller und ein Ba-hatzen, lieb- und lustlos eingetrichtert in der Schule. Oder gar Tonrelikte aus der braunen Zeit. Und Willy Schneider mit Rhein-Wein-Weib-Gesängen, die Geschwister Leismann, Heino (welch kalter Schauer!), Politlockenkopf Scheel, alle volkstümeln sie hoch auf dem gelben Wagen durch musikalischen Sumpf. Scheußlich, bestenfalls nichtssagend. Eben, das deutsche Volkslied . . .

— Eben nicht! Dieter Süverkrüp hat es neuerlich bewiesen. Auf seiner LP „1848“ — Lieder der Revolution, singt er wirkliche Volkslieder aus jener Zeit. Und die sind lebendig, konkret und nicht ohne Humor. Süverkrüp, einst zum besten Jazzgitarristen der BRD gekürt, verzichtet bei diesen Liedern auf musikalische Zuckerbäckereien zugunsten schlichter Qualität. Auch die streckenweise Unterstützung durch weitere Musiker ist sparsam.

Die Liedtexte des 1848-Albums erscheinen trotz ihres Alters keineswegs verstaubt. Sie enthalten das, was uns wohl die internationale Folklore z. B. aus Irland, Griechenland oder Lateinamerika, so sympathisch macht. Das Leben des Volkes, seine Probleme, sein Kampf spiegeln sich in den Liedern von 1848 wider. Sie enthalten zudem mehr Aktuelles als die meisten Pop-Liedchen, die uns doch gewissermaßen als Volkslieder unserer Zeit verkauft werden sollen. Vielleicht können die 1848er Lieder zur Klärung des bei vielen gebrochenen Verhältnisses beitragen.

Weiter ist 1848 ein Stück Ge- schichtsunterricht. Keine Angst

— er ist weder trocken noch märchenhaft verlogen, dürfte also für nicht wenige von uns eine willkommene Ergänzung zum genossenen offiziellen Geschichtsunterricht sein. Wenn heute von gewissen „modernen“ Mitmenschen — oft nicht ohne handfestes Eigeninteresse! — „Klassenkampf“-vorstellungen des vorigen Jahrhunderts“ geächtet werden, müssen wir uns fragen, was sich seitdem geändert hat. Natürlich, das ist nicht gerade wenig. Aber sind bei uns tatsächlich die wesentlichen Forderungen der demokratischen Bewegung von 1848 erfüllt? Solche Fragen finden die „Modernen“ zu einseitig, da schweigen sie lieber. Süverkrüp schweigt nicht bei solchen Fragen, das dürfte bekannt sein. Er macht die Zeugen der Zeit, ihre Lieder, lebendig. Das lohnt sich zu hören.

Ulrich Maske



8

18:48 Dieter Süverkrüp

singt Lieder der deutschen Revolution von 1848
u. a. von Heinrich Heine,
Georg Weerth, Ludwig Pfau,
Georg Herwegh,
Adolf Glasbrenner
30-cm-LP, stereo, Textheft
Best.-Nr. S 11 102, DM 22,-

Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62, Tel. 12 50 93

Un erhörte Kinder lieder

Die Rübe
Lustige und listige
Kinderlieder von und mit
Christiane & Fredrik

30 cm LP stereo mit Textheft
Bestell Nr. K 20 900 DM 15,-

Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62, Tel. 12 50 93



päd.extra

Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik



einladung
zum
abonnement
mit kosten-
loser nach-
lieferung
des



Das päd.extra-Lexikon



Lehrplan, Hochschuldidaktik, Kontextabhängige Sprache, KMK, Legasthenie, Leistungsmotiv, Offenes Curriculum, Operationale Definition, Sprachbarrieren, Sprachförderung, rast., und elaborierter Code

päd.extra Sonderdruck Service

päd.extra-Abozettler können die Beiträge, die sich für Seminararbeit eignen, en bloc zu zweit für DM 5,- (bzw. 7,-) beziehen.

Danne Holling, Polytaxis, Erziehung
Schmeizer u. a., Langenscheidt
Rolf Tillmann, Strategisches Lernen
G. Jungblut, Gedächtnis-Kommunikation
Dubo & Raymond/SSU, Arbeitserkinder

päd.extra
Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik

Die ökonomisch unabhängige, politisch entschieden wirklich aktuelle Informationen für Erziehung Wissenschaft und Politik
Herausgegeben vom Verein der Mitarbeiter der Zeitschrift päd.extra
6943 Birkenkau, Postfach 90

päd.extra

Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik

Achtung! Wer bis zum 1. Juli 1974 mit diesem Bestellgutschein bestellt, erhält sie vorher nichtlieferbare Karteikarten des päd. extra-Lexikons kostenlos nachgeliefert!

Bestell-Gutschein

Hiermit bestelle ich päd. extra rückwirkend ab 1.4.1974 im Gewindesteckbrief ankreuzen!

Halbjahres-Studentenabo (= 12 Ausgaben) für DM 15,-

Jahres-Studentenabo (= 24 Ausgaben) für DM 30,-

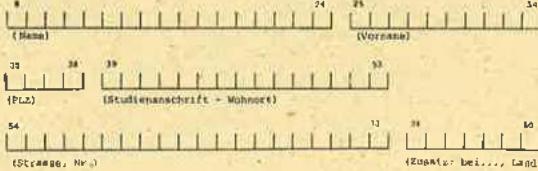
Halbjahres-Normalabo (= 12 Ausgaben) für DM 30,-

Jahres-Normalabo (= 24 Ausgaben) für DM 60,-

Für Auslands-Abonnements müssen zusätzliche Portokosten berechnet werden.

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn es nicht später als vier Wochen vor Ablauf der Bestellzeit gekündigt wird.

Bitte, bei der Adressangabe Druckbuchstaben benutzen!



rb buch

Burghard Driest, **Die Verrohung des Franz Blum**, Bericht, das neue Buch Nr. 48, Rowohlt, Reinbeck 74, Preis: 8,— DM

Gefangenensliteratur, Berichte, Tagebücher, Autobiographien, Romane von Strafgefangenen aus der Strafanstalt gehören bei uns in der BRD z. Z. zum gängigen Literaturgeschäft. Jeder größere Verlag hat seine „Knast-Literatur“. Nun liegt bei Rowohlt in der Reihe das neue Buch dieser Bericht von Burghard Driest vor. Wovon handelt er?

Der Versicherungskaufmann Franz Blum, verurteilt wegen gemeinschaftlich begangenen schwerem Raub, erlebt vier Jahre Haft. Untersuchungshaft, Einzelhaft, Heilanstalt, Arbeitslager im Moor, Zuchthaus. Ohne Vorschriften, also ohne Erfahrung im Gefängnisleben, wird der naive Neuling zum Opfer der Gefängnisleitung, der Wärter, der Mitgefangenen. Vor allen Dingen bei letzteren werden Respekt und Anerkennung nur durch Brutalität, Geld und „die Qualität“ des Vergehens gesichert.

Hilfsbereitschaft, Solidarität zwischen den Gefangenen, Aufrichtigkeit, Mitleid mit Schwächeren und das ernsthafte Bemühen, sich zu verändern, erweisen sich als Schwächen, die von der Umgebung rücksichtslos ausgenützt werden. Blum wird zum hilflosen Objekt. Bis er das erkennt und anerkennt. Er akzeptiert: das Recht des Stärkeren mit der Faust, die Ausbeutung untereinander durch den, der besitzt, die Korruption der Gefängniswärter usw.

In diesem Moment beginnt sein Aufstieg im Zuchthaus. Er verschafft sich durch Beziehungen nach draußen Geld, Tabak, Schnaps und andere begehrte Waren. Er besticht die Wärter, handelt mit den Waren, lässt Häftlinge für sich arbeiten. Durch Beteiligung an brutalen Schlägereien und listigen Intrigen verschafft er sich Respekt und Anerkennung. Häftling Franz B. ist für die Anstaltsleitung ein hollnungsvoller Fall geworden. Er schreibt keine Beschwerden, die korrumptierten Wärter wissen über ihm nur Positives zu berichten, und in dem als vorbereitende Re-sozialisierungsmaßnahme gegründeten Sportverein engagiert er sich vorbildlich (freilich nur, um seinen Schwarzhandel organisatorisch ausbauen zu können). Seine Anpassung und Eingliederung ins Zuchthausystem wird von der Anstaltsleitung honoriert. Er wird

frühzeitig auf Bewährung und mit der zynischen Schlussbemerkung: „Machen Sie weiter so“, entlassen. Soweit zum Inhalt.

Die Thematik dieses Buches ist zweifellos wichtig: Den Nachweis aus einem besonderen Bereich im Kapitalismus — der Institution Strafvollzug — zu führen, wie sich hier die kapitalistische Gesellschaftsordnung widerspiegelt. In besonders scharfer Form die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Scheinbare Sozialisation in dieser Institution bedeutet deshalb nur Anerkennung und Anpassung an kapitalistische Wertvorstellungen selbst. Man muß teilhaftig werden dieser Beziehung der Menschen untereinander, bei Strafe des eigenen Untergangs sie akzeptieren. Sicher ist diese Erkenntnis nicht neu. Marxistische Sozialisationsforschung in diesem Gebiet gibt es schon sehr lange in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Und die Praxis in den sozialistischen Ländern zur Wiedereingliederung der straffällig Gewordenen in das gesellschaftliche Leben, die Entfaltung ihrer persönlichen Fähigkeiten durch bewußte Förderung von Staat, Justiz, Betrieb und Gewerkschaften usw. beweist das. Man denke nur an die betriebliche Patenschaft in der DDR für Straffällige und ihre gezielte Wiedereingliederung in das betriebliche und gesellschaftliche Leben. Das, genauso wie die wirkliche Beseitigung der Ursachen für soziales Elend und der daraus resultierenden Kriminalität, ist im Kapitalismus letztlich unmöglich.

Darum kann es in diesem Buch nicht gehen. Driest schreibt einen Bericht über den sozialen Aufstieg innerhalb der Gefängnismauern durch Gewalt, Korruption und Ausbeutung. Dabei reduziert er auf die Konturen des Gefängnissystems. In knapper, manchmal verstümmelter Sprache

Entlarvende Realität kapitalistischen Strafvollzugs

K. P. Zyweck

werden typische Szenen des Gefängnislebens geschildert. Überhaupt ist Aktion das tragende Element in diesem Bericht. Vier Jahre Knastschilderung sind komprimiert auf die Darstellung von Aktivitäten, die das oben beschriebene Strafvollzugssystem eindrucksvoll belegen können.

Das macht natürlich auch die Schwächen in diesem Buch aus. Zum einen, vier Jahre Knast sind vor allem wohl Langeweile, abtötende Leere, sinnlose stumpfsinnige Arbeit, Einsamkeit. Erinnerungen, quälendes Warten. Und gerade das kommt bei Driest zu kurz. Zum anderen, die auf billige Wirkung auf den Leser bedachten Szenen des Gefangenlebens, so z. B. die Sexualität.

In einer Szene beschreibt u. a. ein wegen Unterschlagung einsitzender Vertreter seine früheren

sexuellen Erlebnisse so: (Meine Freundin hatte) „volle, pralle Brüste... die Brustwarzen waren fünfmarkstückgroß und dunkelbraun. Wenn ich sie berührte, riecheten sich die Nippel auf, wurden hart, und das Fünf-Mark-Stück zog sich zusammen. Die Vagina war nicht zu klein und schloß sich nach dem Einführen des Glieds weich und saugend an den Schwanz des Herrn.“ Und etwas weiter: „Einmal hatten wir einen Neger. Der mußte sie vergewaltigen. Ihr so richtig die Beine auseinanderreißen und sie dann unheimlich vögeln. Sie schrie und wimmerte, erst vor Schmerz, weil der so großen Riemen halte, aber dann vor Geilheit...“

Es geht hier nicht nur um die 3-Groschen-Porno-Klischees. Sonder man muß vermuten, diese

Oskar Neumann: Neue Reihe bei „kürbiskern“ und „tendenzen“

Stellen sind im Bericht, um marktgerechte, verkaufbare Ware zu produzieren. Bestenfalls denkt der Autor, daß der Leser annimmt, daß Zuchthäusler halt so ihre sexuellen Vorstellungen artikulieren. Auf jeden Fall muß bezweifelt werden, daß Gefangene in dieser Porno-Schreibweise sprechen und beschreiben. Diese niveaulose Oberflächlichkeit geht daher mit einer zweiten Schwäche. Im Klappentext des Buches heißt es: „Seine Methode (die des Autors, KPZ) der Teilnahme-Weckung ist die eines realistischen Schriftstellers mit überdurchschnittlicher Beobachtungsgabe.“ Sicher, die Beschreibung bestimmter Situationen, Handlungen ist knapp und präzise. Aber Realismus bedeutet doch wohl: auch Darstellung der Menschen, ihrer Charaktere, ihres Denkens und Fühlens. Beschreibung ihrer durch die Umgebung sich verändernde Persönlichkeit, ihrer Tagträume, Wünsche, Bedürfnisse usw. Wo das im Buch versucht wird, bleibt es schwach und oberflächlich verkürzt. Dazu ein Beispiel:

Kuul, ein wegen Totschlags verurteilter Häftling, mit „brutalem Gesicht, immer finster“, der seine Mithäftlinge in der Zelle tyrannisiert und ausnutzt, hat Geburtsstag. Die anderen beiden besorgen Kaffee, Kuchen, Kerzen und einige Geschenke. Also eine schöne Geburtstagsfeier soll stattfinden. Das wirkt auf Kuul dann so: „Kuuls Augen sind feucht. Er wendet sich schnell ab und gibt Zick Zack (Zellengenosse, KPZ) fest und männlich die Hand.“ Hier liegen die Grenzen und auch die Beschränktheit des Buches. Darum ist es auch nicht vergleichbar etwa mit der Qualität von Gefängnisliteratur wie der von Fallada oder Genet; jüngeren Datums etwa von Ernst E. Steffen (Rattenjagd, Aufzeichnungen aus dem Zuchthaus, Neuwied und Berlin, 71).

Aber: Hier schreibt einer, der das Gefängnis umfassend kennengelernt hat, und er macht dieses System in seinen Schilderungen deutlich: Brutalität und Unterdrückung, Korruption und Faustrecht, Anpassung an menschenfeindliche Moral- und Verhaltensnormen — das ist die entlarvende Realität des Strafvollzugs in der kapitalistischen BRD. Das macht das Buch lesenswert.

Marxistische Ästhetik und Kulturpolitik

Wieder eine neue Reihe, wo es doch schon soviel gibt? Nur, diese Reihe gibt's eben bisher noch nicht in der Bundesrepublik: Marxistische Ästhetik + Kulturpolitik. Wer Pluralismus auf pseudolinken Spielwiesen sucht, greift bei uns daneben. Die Illusion von „großer Verweigerung“ und „Subkultur“, die krumme Tour, es gehe nicht um sozialistische, sondern „permanente“ Revolution mit dem Ziel der Erhebung der „verstümmelten und verstümmelnden phallischen genitalen Organisation“ machen wir ebenso wenig mit wie die reformerische Kosmetik, die statt einer Veränderung der Macht- und Besitzverhältnisse den Einbau einiger Filter gegen unerwünschte ästhetische Nebenwirkungen der Massenmedien anstrebt, um im übrigen alles beim alten zu lassen.

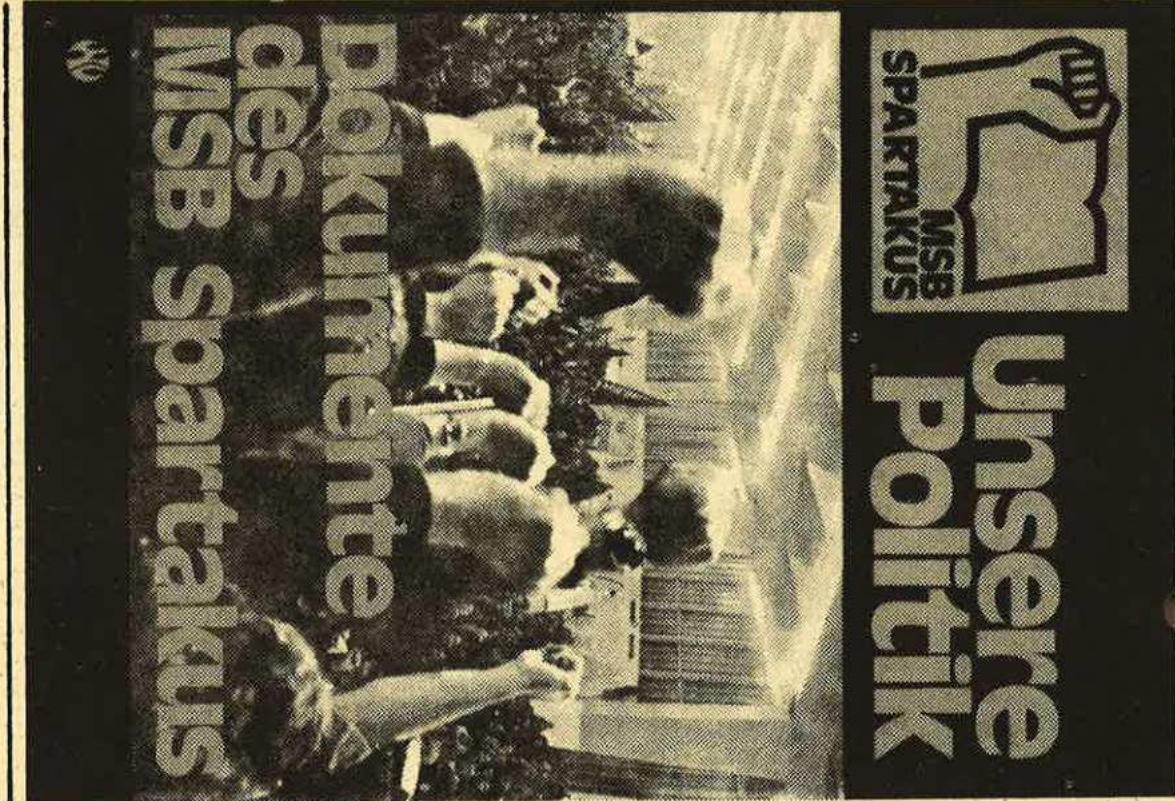
Auf Vielfalt, auf die ganze Breite der marxistischen Methode, auf individuelle Handschriften und streitbare Diskussionen — darauf allerdings legen wir bei der Herausgabe unserer neuen Reihe ebenso Wert wie in den Redaktionen unserer Zeitschriften „kürbiskern“ und „tendenzen“. Dieser Qualitätsanspruch, möglichst bezogen auf die aktuellen Bedürfnisse des Klassenkampfs an der ideologischen Front hier in der Bundesrepublik: So ist das Programm für „Marxistische Ästhetik + Kulturpolitik“ bestimmt.

Dafür ein paar Beispiele aus der bisherigen Produktion und aus unserer Planung: Wir haben die Reihe ganz bewußt mit zwei Protokollen von DKP-Konferenzen gestartet — „Zu Fragen der Bildenden Kunst“ vom Frühsummer 1973 in Neuss und „Theaterfragen von heute, Theaterforum der DKP in Recklinghausen am 27. 5. 1973“. Diese Serie, gekennzeichnet durch eine hautnahe Verbindung von Theorie und Praxis, von politischer und künstlerischer Problematik wird weitergeführt mit dem Protokoll aus dem Plenum und den Arbeitskreisen der Münchner Arbeitskonferenz der DKP zu Fragen der Literatur vom 30. und

31. März dieses Jahres: nach allen Versuchen des imperialistischen Kulturbetriebs, der bürgerlichen Literaturwissenschaft und -kritik, den Realismus totzusagen und totzukriegen, die glänzende Bestätigung seiner Lebendigkeit und seiner Wirksamkeit. Und welche Partei, außer der DKP, wäre in der Lage, in eine Diskussionsrunde zu holen, was den Standard der Literatur in unserem Land bestimmt, Martin Walser und den Werkkreisautor Karl Wüsthoff, der sein erstes Exemplar des „Roten Großvaters“ der DKP widmete, Franz Xaver Kroetz und Günter Herburger, Erasmus Schöffer mit seiner Erfahrung aus den Werkstätten für Literatur der Arbeitswelt, die Texterin der Mannesmann-Kantate, Erika Runge, und die Liedermacher von den Songgruppen und vom Floh de Cologne... Ein weiteres, unserer Meinung nach sehr wichtiges Buch zum Verständnis der bundesdeutschen Kulturlandschaft ist die Arbeit unseres wissenschaftlichen Lektorats Kaspar Maase „Volkspartei und Klassenkultur“ — Grundlagen, Konzeption und Perspektive der SPD-Kulturpolitik seit der Mitte der fünfziger Jahre bis in

Ich bestelle

Name
 Adresse
 Hochschule
 ... Exemplar „Unsere Politik“ Dokumente
 des MSB SPARTAKUS



die Gegenwart. Der Text ist fertig, das Buch in Produktion. Es ist die erste marxistische Untersuchung der Widersprüche in der sozialdemokratischen Kulturauffassung, die auf der einen Seite versucht, kulturelle Bedürfnisse und Forderungen des arbeitenden Volks anzusprechen, sie zum andern aber ins Systemdienliche verbiegt und damit für das Macht- und Profitinteresse der Konzerne zu kanalisieren trachtet. Daraus lassen sich gegenwärtige und künftige Schwerpunkte des ideologischen und kulturellen Klassenkampfs in der BRD erkennen, und gerade darauf kommt es für die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Intellektuellen an, wenn sie beginnen wollen, im Kampf um mehr Demokratie, um Mitbestimmung und Mitentscheidung gerade auch in der Kulturindustrie und in den staatsmonopolistischen Medien unsere gesellschaftliche Situation, eingeschlossen unsere Kulturlandschaft, zu verändern.

In unsere Reihe übernehmen wir außerdem wichtige Titel aus dem Arbeitsbereich des Akademie-Verlags der DDR. Im Buchhandel ist bereits Fritz Mierau „Revolution und Lyrik“ – zum 80. Geburtstag von Majakowskij; in Bälde ausliefern werden wir Nyota Thun „Das erste Jahrzehnt“ – gemeint sind die ersten zehn Jahre nach der Oktoberrevolution, dargestellt werden die Kulturpolitik der KPdSU und die Kulturrevolution in der jungen SU. Themen also, die geradezu Lieblingskinder der Fälschung und Verfälschung von ganz rechts

Das DKP-Forum zur Bildenden Kunst kostet – mit über 200 Seiten – 6,80 DM,

bis ultra-„links“ darstellen und die darum genaue Tatsachenkenntnis und marxistisches Verständnis um so mehr erfordern. Zu einem ebenfalls hart umstrittenen Punkt in der Kulturpolitik, der Klärung unserer Position zum Erbe, erscheint im Sommer Werner Mittenzwei „Brechts Verhältnis zur Tradition“.

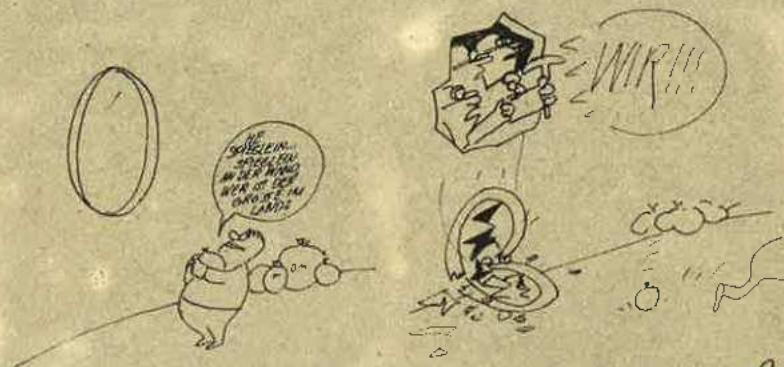
„Theaterfragen von heute“ 4,- DM, die Bände von Mierau, Thun und Mittenzwei

Im 3. Quartal 1974 erscheint dann – endlich! – unser dicker Brocken-

7,50 DM bis 8,- DM. Moissej Kagan „Vorlesungen über marxistisch-leninistische Ästhetik“.

Ich sage endlich, weil die Vorstellungen jetzt schon an ein Viertel der Auflage herankommen; die Tatsache, daß Kagan gegenüber der 2. Auflage, die seinerzeit bei Dietz in der DDR herausgekommen war, große Teile neu gefaßt, dabei wesentliche Momente der sowjetischen und internationalen Diskussion mit verarbeitet hat, führte zu einer Verzögerung in der Produktion, die aber sicher durch den Gewinn für den Leser kompensiert wird. Das Buch wächst dadurch auch von bisher 600 auf rund 900 Seiten, trotzdem hoffen wir den kalkulierten Preis bei rund 20 DM halten zu können.

Ich rede bewußt auch immer von Geld, bei der herrschenden Inflation ein wichtiger Gesichtspunkt; denn wir wollen ja nicht jene „Auserwählten“ amüsieren, von denen der „Bayernkurier“ sagt, zu ihrem Vergnügen leiste sich die Gesellschaft Kultur, die im übrigen nicht gebraucht werde. Vielleicht lassen diesen Satz auch einige Ultra-„Linke“ mal auf der Zunge zergehen, um den süßen Geschmack der Wertvorstellungen zu merken, mit denen sie sich da gewollt oder ungewollt treffen. Wir halten es demgegenüber in der marxistischen Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse an allen Fronten kämpfen muß und daß die Auseinandersetzung im ideologischen und kulturellen Bereich an Umfang und Bedeutung zunimmt. Das richtet sich nicht nur an hoffentlich viele Leser, sondern ebenso an potentielle Autoren für „Marxistische Ästhetik + Kulturpolitik“. Von der Verbesserung unserer Kommunikation, von frühzeitiger Information und intensivem Erfahrungsaustausch zwischen den Genossen und Kollegen, die an einschlägigen Arbeiten sitzen, den Verlagen und den aktiven Lesern mit ihren Ansprüchen und Bedürfnissen hängt die Effektivität unserer weiteren Arbeit ganz entscheidend ab. Auch das ist etwas Neues, das wir in die Fortsetzung unserer Arbeit einbringen und wirksam machen wollen, nicht zuletzt in Zusammenarbeit mit der Potenz, über die der MSB Spartakus in seinen Reihen verfügt.



NEU ERSCHIENEN

Panajot Gindew
Sozialistische Demokratie
und ideologischer Klassen-
kampf
VEB Deutscher Verlag der
Wissenschaften, Berlin 1973
326 Seiten 16,- DM

Panajot Gindew, einer der bekanntesten bulgarischen Philosophen und Rechtswissenschaftler, legt in seinem neuesten Werk eine umfassende und systematische Untersuchung des Demokratieproblems vor. Ausgehend von den allgemeinen Merkmalen der Demokratie legt Gindew dar, wie sich die sozialistische Demokratie als höchstentwickelter Typ der Demokratie entwickelt und weist nach, daß die politische Macht der Arbeiterklasse ihre unumgängliche historische Voraussetzung ist. Von besonderer Aktualität sind seine Gedanken über die Vervollkommenung der sozialistischen Demokratie sowie über die Beziehungen zwischen Freiheit und Verantwortung der Persönlichkeit und sozialistischer Demokratie. Ausführlich setzt sich Gindew mit dem bürgerlichen Freiheits- und Demokratiebegriff auseinander, mit seiner Funktion in der kapitalistischen Wirklichkeit und in der bürgerlichen Ideologie.

Panajot Gindew
Die Diktatur des Proletariats
und ihre Kritiker
Verlag Marxistische Blätter,
Ffm, 1973 in Reihe: „Zur Kritik
der bürgerlichen Ideologie“
136 Seiten ca. 6,- DM

Heinz Petrik u. a.
Proletariat in der BRD –
Reproduktion-, Organisation-
Aktion
Dietz Verlag, Berlin 1974
623 Seiten 14,50 DM

In der gegenwärtigen marxistischen Literatur wächst die Zahl der Arbeiten über die gegenwärtige Lage und den Kampf des Proletariats in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Auch in der DDR wurde die Forschung auf diesem Gebiet verstärkt. In der vorliegenden Untersuchung wird versucht, einige Wechselbeziehungen zwischen dem quantitativen und qualitativen Wachstum des Proletariats und seiner Organisation und Aktivität im Klassenkampf unter den gegenwärtigen Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus am Beispiel der BRD darzustellen. Die gegenwärtigen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse werden einer umfangreichen Analyse unterzogen und daraus folgende Überlegungen für ihre Organisation gezogen. Ein weiterer Punkt sind die Erfahrungen, die die Arbeiterklasse aus den gewachsenen Kampfaktivitäten der letzten Jahre ziehen konnte, sowie die Bedingungen der weiteren Bewußtseinsentwicklung des Proletariats.

Rainer Eckert, Axel Seiderer
Sozialdemokratie und Jung-
sozialisten
Verlag Marxistische Blätter,
Ffm, 1974

Dieses Taschenbuch ist die erste umfangreichere marxistische Analyse dieses Fragenkomplexes. Die Autoren zwei der ehemaligen Jungsozialisten, die den Schritt in die DKP vollzogen, setzen sich aus eingehender Kenntnis von Theorie und Praxis der SPD und der Jungsozialisten mit diesen Fragen auseinander. Insbesondere wird hier zum erstenmal die Theorie und Politik führender Jungsozialisten, ihr Verhältnis zur SPD und zum Marxismus vom marxistischen Standpunkt dargestellt. Es wird die Frage gestellt, welchen Beitrag die Jungsozialisten für den Kampf um die demokratischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse gegenwärtig leisten können und wie sie zum Kampf um den Sozialismus auch in unserem Land stehen. Dabei werden solche Schlagworte wie „Doppelstrategie“, „emanzipatorisch“ u. ä. analysiert.



UND WAS IMMER ICH AUCH NOCH LERNE,
DAS BLEIBT DAS EINMALEINS;
NICHTS HABE ICH JEMALS GEMEINSAM
MIT DER SACHE DES KLASSENFEINDS.

programm: Reiten und Kanufahrten. Preis: 490 Mark.

— Internationale Begegnung im Feriendorf Zihovost an der Slapy-Talsperre bei Prag/CSSR. Es gibt dort ein Freizeitzentrum mit Sportanlagen und Gelegenheit zum Segeln und Wasserskilaufen. Termin: 23. Juni bis 5. Juli, Preis: 445 Mark.

— Deutsch-französischer Bergsteigerlehrgang in Benodet/Bretagne vom 8. bis 21. September. Preis: 450 Mark.

— Sommerlager in Sumava/Böhmerwald (CSSR), zweiwöchiger Ferienaufenthalt mit Seminaren, Diskussionsmöglichkeiten, Hobbygruppen und Sport. Die Teilnehmer kommen aus allen Teilen Europas (Termin: Anfang Juli).

Jugendliche, die an diesen Freizeiten interessiert sind, erhalten auf Anfrage den Prospekt „Sommer '74“ von der Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend, 7000 Stuttgart-Untertürkheim, Großglocknerstraße 28.

SCI

Die Möglichkeit einer preiswerten und aktiven Urlaubsgestaltung bieten die internationalen Workcamps des SCI. Der SCI ist eine internationale Freiwilligenorganisation (Service Civil International), die praktische freiwillige Arbeit in einer internationalen Gruppe für eine gute Möglichkeit halten, Erfahrungen der Freundschaft, der antiimperialistischen Solidarität, mit gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit, interessanten Diskussionen und gemeinsamen kulturellen Aktivitäten zu verbinden.

SCI-Workcamps gibt es in allen westeuropäischen Ländern, außer in Portugal, Griechenland und Spanien

— den asiatischen Ländern Bangla Desh, Indien, Sri Lanka etc. Außerdem vermittelt der SCI Teilnehmer an internationale Arbeitsbrigaden der sozialistischen Länder und nach Nordafrika: Marokko, Tunesien, Algerien.

Ein interessantes Projekt in der Bundesrepublik ist das Workcamp in Krefeld:

Hier bemüht sich eine Bürgerinitiative schon seit langem einen Abenteuerspielplatz für ihre Kinder zu bauen. Nach langwierigen Vorbereitungen beginnt jetzt die eigentliche Aufbauarbeit, die der SCI gemeinsam mit Eltern und Kindern durchführen will.

In allen Workcamps sind Verpflegung und Unterkunft frei. 75 Prozent der Fahrtkosten im In- und Ausland werden erstattet, bis zu 400 DM!

Informationen und Programme: SCI, 53 Bonn, Römerstr. 324, Telefon: 0 22 21 / 67 07 00

Wie jeden Sommer veranstaltet die Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend eine Reihe von Sommerfreizeiten, an denen sich auch Jugendliche beteiligen können (und sollten), die nicht dort Mitglied sind. Vom Sommer-Ski

Sommerprogramm der Naturfreunde-Jugend

im Val d'Isère über Sprachkurse in den Pyrenäen bis zu Bergsteigerlehrgängen am Großglockner gibt es internationale Sportprogramme für 18- bis 25jährige in der Bundesrepublik, Österreich, Frankreich und der CSSR. Diese Freizeiten sollen die Möglichkeit bieten, die Probleme und das gesellschaftliche Engagement der Ju-

25. August in der Naturfreunde-Hochgebirgsschule „Großglocknergruppe“ Kaprun. Preis inklusive Fahrtkosten, Vollpension, Kurskosten und Materialausleihe: 400,— Mark.

— Sprachkurs (französisch) in Foix in den Pyrenäen im Zentrum der französischen Falken „Leo Lagrange“ vom 7. Juli bis 3. August. Im Bei-

ferien.



Den Sozialismus besuchen!

Günstige Reisen in die Sowjetunion bietet das Hamburger Reisebüro Hansa-Tourist an. Dabei sind vor allem die 8- und 16-Tage-Programme interessant!

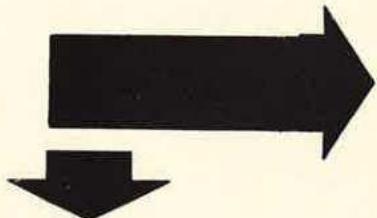
Während Moskau und Leningrad die Stationen des 8-Tage-Programms sind, sind es beim 16-Tage-Programm: Moskau, Leningrad, Erevan, Tblissi, Taschkent, Bachara-Samarkand auf dem Programm.

Das günstigste 8-Tage-Angebot beträgt 562 DM. Dabei sind eingeschlossen:

- Flug ab Berlin-Schönefeld nach Moskau / Leningrad und zurück mit Interflug oder Aeroflot
- Alle Aufenthalts- und Reisekosten in der Sowjetunion
- Vollpension mit drei Mahlzeiten pro Tag

– und das ausgedruckte Programm.

In der Touristenklasse gibt es Zwei- und Drei-Bett-Zimmer mit Etagendusche. In Leningrad, Sotschi, Tblissi, Samarkand und Taschkent werden alle Touristen in Hotels der 1. Kategorie untergebracht. Das heißt: Doppelzimmer mit Bad oder Dusche!



Ein günstiges Angebot für die Bundesrepublik ist das Sylt-Angebot des Hansa-Tourist-Reisebüros. 1 Woche Sylt mit Frühstück kostet im günstig gelegenen Vertragshaus auf Morsum/Sylt 105,- DM (vom 16. 5. bis 15. 6. und 1. 9. bis 30. 9.) 135,- DM (vom 16. 6. bis 31. 8.).

Ein Angebot für größere Brieftaschen oder diejenigen die Superjobs gefunden haben, sind die preiswerten Studentenflüge ab Berlin-Schönefeld:

Kairo	545,- DM
Algier	511,- DM
Bagdad	749,- DM
Beirut	545,- DM
Khartum	806,- DM
Damaskus	545,- DM
Nikosia	482,- DM

Ägypten für 570,- DM

Das ist das preiswerteste Angebot aus dem Ägypten-Programm des Hansa-Tourist-Reisebüros. Es enthält einen 8tägigen Kairo-Aufenthalt mit Übernachtung und Frühstück. Interessanter und vielfältiger ist die 15-Tage-Reise für Gruppen zu 680,- DM, setzt aber eine Mindestteilnahme von 15 Personen voraus. Auf dieser Reise quer durch Ägypten sind die Stationen: Kairo, Assuan, Luxor, das Tal der Könige, der Karanktempel am Ostufer des Nils u.v.a.

Daneben gibt es viel Freiheit für eigene Unternehmungen und Erkundungen. Abflug ab Frankfurt, jeden Samstag, um 16 Uhr mit der United Arab Air Lines.

tips

Weitere Informationen bei Reisebüro Hansa Tourist
2 Hamburg 76, Hamburger Straße 132
Telefon 0 40 / 29 96 01 und 299 60 54

Jetzt rote blätter abonnieren

Ab Nr. 20 gibt es
im Abonnement:
8 Ausgaben für 7 DM & Porto

1. Preis
2. Preis Büchern ^(20 x)

rote blätter Wer bis zum 8. Juli 1974
an der Abo - abonniert, nimmt teil
rote blätter zu den Oktobe

8 Tage grad zu Moskau - Lenin -
3. Preis Jahres-Abo ^(40 x)

Ich bestelle
Name _____
Beruf _____

rote blätter
Adresse _____

MSB SPARTAKUS
53 Bonn
Postfach

für 1 Jahr :
